

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustr. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einchl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 Mt. — Durch die Post bezogen 2.— Mt. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206. Postfachkonto: Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 53477	Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21 Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 72206. — Verlag in Leipzig: Tauscher Straße 19/21 — Telephon 72206	Inseratenpreise: Die 10geleit. Kolonellzeile 35 Pfg., bei Platzvorschrift 40 Pfg., Stellenangebote 10geleit. Kolonellzeile 25 Pfg. Familiennachrichten von Privatden die 10geleit. Kolonellzeile mit 50% Nachlab. Reklameseite 2 Mt. Inserate v. ausm.: die 10geleit. Kolonellzeile 40 Pfg. bei Platzvorschrift, 50 Pfg., Reklameseite 2.25 Mt.
---	--	--

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigabteile und alle Postämter entgegen

Luftfahrt-„Spionage“?

Auffechenerregende Verhaftungen

SPD Im Auftrage des Oberstaatsanwalts wurden am Dienstag in Berlin drei Personen unter dem Verdacht der Spionage verhaftet. Es handelt sich um einen höheren Angestellten der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt in Berlin-Adlershof und um zwei Helfershelfer, die beschuldigt werden, Betriebsgeheimnisse dieser dem Reich unterstehenden Versuchsanstalt an Sowjetrußland verkauft zu haben. Die Ermittlungen sind noch im Gange.

Die Deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt hat im Auftrage des Reichsverkehrsministeriums das gesamte Luftfahrtmaterial zu prüfen, die Forschungen auf sämtlichen mit der Luftfahrt zusammenhängenden Gebieten vorzunehmen und Eichungen durchzuführen. Die Erledigung dieser Aufgaben geht in neun Abteilungen vor sich, die alle außerordentlich wichtige Funktionen haben, da alle neuen Flugzeuge und Motortypen hier vor der Fabrikation ausprobiert werden.

SPD Berlin, 11. Juli. (Radio.)

Der wegen Spionage zugunsten Rußlands in Berlin verhaftete Regierungsbaumeister wird in erster Linie beschuldigt, Konstruktionszeichnungen neuer deutscher Flugzeugtypen für hohe Summen an das Ausland verkauft zu haben. Das war ihm möglich, da die deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt auf Grund der für die Abnahme von Luftfahrzeugen vorgeschriebenen Prüfordnung alle technischen Unterlagen erhält. Das gilt sowohl für die Zeichnungen wie Berechnungen von den verschiedenen Flugzeugfirmen. Für Rußland hatten diese Forschungsarbeiten insofern eine gewisse Bedeutung, weil die Sowjetregierung seit Monaten bemüht ist, die russische Luftfahrt vom nationalen Standpunkt aus neu aufzubauen und vom Auslande nach Möglichkeit unabhängig zu machen.

In welchem Umfange der Regierungsbaumeister Konstruktionszeichnungen an Sowjetrußland verkauft hat, steht bisher noch nicht genau fest. Seine Verhaftung soll übrigens nicht erst am Dienstag, sondern bereits vor vierzehn Tagen erfolgt sein.

Zwischen dem verhafteten Regierungsbaumeister Ludwig und dem Beauftragten amtlicher russischer Stellen sollen in letzter Zeit wiederholt in Dessau, Ludwigshafen, Berlin und anderen Städten Konferenzen abgehalten worden sein, in denen Ludwig unmittelbar Geldbeträge übergeben wurden. Diese Beträge scheinen in die Hunderttausende zu gehen. Von zuständiger Seite wird darauf hingewiesen, daß die Luftversuchsanstalt rechtzeitig den Regierungsbaumeister überraschen konnte, so daß dieser Stelle kein nennenswerter Schaden erwachsen ist.

Ershoffen!

SPD Riga, 11. Juli (Radio.)

Das Zentral-Exekutivkomitee der Sowjetunion hat in der Nacht vom Montag zum Dienstag fünf der im Donesprojez ausgesprochenen Todesurteile durch Erschießen vollstrecken lassen. Hingerichtet wurden die Ingenieure Gorleht, Wozarjnow, Archischanow, Jussewitsch und Budny. Die anderen zum Tode verurteilten Angeklagten wurden zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Es ist bezeichnend, daß die Sowjetregierung die Namen der begnadigten Personen veröffentlicht, während sie die Namen der bereits hingerichteten Angeklagten verschweigt, also interessierte sich kein Mensch dafür.

Deutsche Zustimmung zum Kellogg-Pakt

Berichterstattung im Auswärtigen Ausschuss

SPD Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags trat am Dienstag unter dem Vorsitz des Abg. Scheidemann (Soz.) und in Anwesenheit des Reichskanzlers Müller zusammen, um die mit dem Kellogg-Pakt, dem Sicherheitskomitee und der Völkerbundrats-Festung zusammenhängenden politischen Probleme zu erörtern. Staatssekretär v. Schubert gab zunächst eine ausführliche historische Darstellung der den Kellogg-Pakt betreffenden diplomatischen Vorgänge. Ueber die Arbeiten des Sicherheitskomitees sprach alsdann Staatssekretär a. D. v. Simson. Den Erklärungen der Vertreter der Reichsregierung folgte eine umfangreiche Aussprache. Am Schluß der Sitzung erklärte der Vorsitzende, Abg. Scheidemann (Soz.): „Die große Mehrheit des Ausschusses habe ihr Einverständnis damit ausgesprochen, daß die Reichsregierung die letzte amerikanische Note über den Kellogg-Pakt alsbald zustimmend beantwortet.“

Die Reichsregierung wird danach schon in den nächsten Tagen auch auf die zweite Kellogg-Note bezüglich eines Vertrages über die Achtung des Krieges eine zustimmende Antwort erteilen. Das bedeutet jedoch noch nicht die Unterzeichnung des Entwurfes. Wann sie erfolgen kann, ist noch ungewiß. Der Termin hängt namentlich von der Vereinigung der Meinungsverschiedenheiten ab, die vorerst noch zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich bestehen.

Die Senkung der Lohnsteuer

Unbefriedigende Vorschläge

Der Soz. Pressedienst berichtet: Die interfraktionellen Besprechungen über die Senkung der Einkommensteuer, die am Dienstag unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Hilferding stattfanden, haben noch zu keinem endgültigen Ergebnis geführt. Einige Parteien wendeten sich nach wie vor gegen eine sofortige Senkung der Einkommensteuer für die unteren Gruppen, weil sie befürchten, daß dadurch die von ihnen gewünschte Ermäßigung des Tarifs der Einkommensteuer auch für die mittleren Gruppen, deren Prüfung von der Reichsregierung angelegt ist, ungünstig beeinflusst würde. Auch der Widerstand der Länder, die auf einen Teil der unerwarteten Mehreinnahmen verzichten müssen, findet in der Haltung der Preussischen Volkspartei einen Niederschlag. Immerhin ist anzunehmen, daß diese Bedenken noch im Verlaufe des Mittwochs ausgeräumt werden können und eine Verständigung erzielt wird.

Die Verständigung würde etwa auf der Grundlage herbeigeführt werden, daß die Senkung der Einkommensteuer, die vom 1. Januar 1928 ab auf 15 Prozent bzw. 2 Mark im Monat festgesetzt wurde, auf 25 Prozent bzw. 3 Mark monatlich erhöht würde. Angekündigt ist dabei noch die Frage, wann diese Ermäßigung in Kraft tritt, ob am 1. August oder erst am 1. Oktober. Auch die Frage, ob diese Ermäßigung nur bei Einkommen bis zu 8000 Mark jährlich gelten soll, oder auch für höhere Einkommen etwa bis 12000 Mark jährlich, ist noch nicht entschieden. Neben diesen Ermäßigungen soll eine weitere Ermäßigung der Steuerleistung durch eine Abminderung herbeigeführt werden. Die Steuer soll also z. B. bei einem Monatseinkommen von 134,95 Mark nicht von diesem Betrag sondern von 130 Mark berechnet werden, und bei einem Monatseinkommen von 34,95 Mark, nur von einem Betrage von 34 Mark; Monatseinkommen sollen also auf volle 5 Mark nach unten, Monatseinkommen auf volle 1 Mark nach unten abgerundet werden. Die Gesamtermäßigung dieser Maßnahmen wird auf rund 100 Millionen Mark jährlich geschätzt.

Daß eine so minimale Ermäßigung der Lohnsteuer die Massen der Arbeiterschaft nicht befriedigen könnte, sondern eine arge Enttäuschung hervorrufen müßte, wird niemand bezweifeln.

Der gestürzte Diktator frei!

WVA. Athen, 10. Juli.

Auf Beschluß des Ministerrats wurde Pangalos heute Nacht in Freiheit gesetzt.

Die Freilassung des ehemaligen Diktators, der sich bisher in Erwartung seines Prozesses in Haft befunden hatte, erfolgte, da im Kabinettsrat die Auffassung vertreten wurde, daß es angeht, die Auflösung des Parlaments und damit auch der parlamentarischen Kommission, die die Inhaftierung des Generals angeordnet hatte, nicht gerechtfertigt wäre, ihn im Gefängnis zu lassen.

Neuwahlen in Jugoslawien?

SPD Berlin, 11. Juli (Radio.)

Der Berliner jugoslawische Gesandte ist nach Belgrad berufen worden, um den Versuch zur Bildung einer sogenannten neutralen Regierung zu machen. Sein Kabinettsrat soll aus angesehenen unpolitischen Persönlichkeiten aus allen Teilen des Landes bestehen und Neuwahlen durchführen. Es ist vorgesehen, daß von den Mitgliedern dieser Regierung niemand kandidiert. Man will dadurch die Wahlfreiheit und die uneingeschränkte Durchführung der Volksabstimmung sichern. Nach erfolgter Wahl ist die Bildung einer Konzentrationregierung beabsichtigt.

Der jugoslawische Gesandte in Berlin, der in Jugoslawien außerordentlich hohes Ansehen genießt, ist Sozialist.

Die erste Niederlage

Das „Kabinettsrat der Persönlichkeiten unter sozialdemokratischer Führung“ hat gestern im Reichstage seine erste Niederlage erlebt. Der Reichstag hat einen Gesetzentwurf, für dessen Annahme die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und der Innenminister Semering mit sehr viel Energie eingeseht haben, durch Beschlussfassung nicht zum Gesetz erhoben, sondern ihn an den Rechtsausschuss überwiesen. Das ist der gewöhnliche Weg, den alle die Gesetzentwürfe gehen, von denen die Mehrheit will, daß sie nicht Gesetz werden, die sie aber aus irgendwelchen Gründen nicht sofort und klar ablehnen will. Die Erklärung des 11. August zum Nationalfeiertag der deutschen Republik ist bei den letzten Regierungsverhandlungen einer seiner Differenzpunkte gewesen, über die es zu keiner Einigung kam. Die sozialdemokratischen Unterhändler hatten den Nationalfeiertag mit in den Vordergrund gestellt. Sicher nicht, weil sie etwa fürchteten, daß er zu scharfen Gegensätzen mit den bürgerlichen Parteien Veranlassung geben werde, sondern wohl gerade deshalb, weil sie der Auffassung waren, daß in dieser Frage der Widerstand der anderen Parteien am geringsten sein werde. Sie hätten es wahrscheinlich für einen beachtenswerten Erfolg der Koalitionsregierung gehalten, wenn unter ihrem Regime dieser republikanische Feiertag beschlossen worden wäre.

Nun ist aber selbst dieser bescheidene Erfolg einer bescheidenen republikanischen Staatspolitik versagt geblieben. Außer der Sozialdemokratie und den paar Demokraten hat kein Vertreter irgendeiner anderen Partei für den Gesetzentwurf gestimmt. Das Zentrum schützte allerlei Bedenken vor und der andere Partner der Koalitionsregierung, die Volkspartei, hat sich offen dagegen ausgesprochen. Die Haltung dieser bürgerlichen Parteien ist um so bemerkenswerter, als der Gesetzentwurf auf eine Initiative der preussischen Regierung zurückgeht, der bekanntlich das Zentrum angehört und in die die Deutsche Volkspartei lieber heute als morgen hinein möchte. Das Zentrum macht also zweierlei republikanische Politik: in der preussischen Regierung für den Nationalfeiertag und im Reichstage dagegen.

Da der Reichstag dem Gesetzentwurf bereits vor Monaten zugestimmt hat, so scheint uns das Verhalten der bürgerlichen Parteien am Anfang der Koalitionsperiode besonders klar zu machen, daß sie nicht an ein Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie denken, sondern vielmehr daran, alles zu verhindern, was als ein Erfolg sozialdemokratischer Initiative aussehend könnte.

Die gestrige Abstimmung im Reichstage hat für die neue Regierung zum erstenmal die Tatsache geschaffen, daß die eine Regierungshälfte und die hinter ihr stehenden Parteien bekämpft, was die andere durch ein Gesetz verwirklichen will. Es denkt natürlich in der Regierung und in den Parteien niemand daran, daraus irgendwelche Konsequenzen zu ziehen. Den Verteidigern des republikanischen Feiertages scheint der 11. August doch nicht die hohe Bedeutung zu haben, obwohl sie sich eben erst mit aller Wärme für ihn eingesetzt haben. Aber zugegeben, daß die Verhinderung des Nationalfeiertages von seinen Freunden nicht zur Preisfrage gemacht werden darf — soll diese Ablehnung des Gegeneinander- und Ueberstimmens unter der Herrschaft dieser Regierung zur Regel werden? Soll es so werden, daß, da im Kabinettsrat keine Einmütigkeit zu erzielen ist, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion von sich aus die unausschießbaren sozial-, wirtschaftspolitischen und sonstigen Forderungen für parlamentarische Entscheidungen formuliert, gegen die dann die bürgerlichen Parteien in der Regierung und die außerhalb der Regierung stimmen? Will es etwa die Sozialdemokratie ertragen, daß alles, was ihr wesentlich erscheint, abgelehnt wird, da die bürgerlichen Parteien doch trotz der 152 Sozialdemokraten über eine starke Mehrheit verfügen?

Ein konkreter Fall: Die Entscheidung über den Panzerkreuzer ist aufgehoben, aber sie muß noch getroffen werden. Wahrscheinlich nur vom Kabinettsrat. Die Sozialdemokratie ist selbstverständlich gegen den Bau des Panzerkreuzers, aber sie ist die Minderheit im Kabinettsrat. Die Mehrheit wird den Bau beschließen. Um ihn schmählicher zu machen, wird Herr Gröner, der Reichswehrminister, aller Voraussicht nach bereit sein, die Kosten für die erste Rate nicht noch einmal anzufordern, sondern die Mittel hierfür aus dem unverfügbaren Reichswehrfonds zu schöpfen. Ist der Kreuzer einmal im Bau, dann müssen ja die Raten für die Fortsetzung auf jeden Fall bewilligt werden, trotz schlimmster sozialer Notlage des arbeitenden Volkes. Könnte die Sozialdemokratie sich eine solche Brüstung gefallen lassen? Auf keinen Fall!

Das rechtzeitig auszusprechen, halten wir für unsere Pflicht. Denn die Ablehnung des Nationalfeiertages, der kein Feiertag der Arbeiterschaft geworden wäre, lehrt uns, daß die Vertreter der Bourgeoisie im Reichstage zusammenzufinden werden im Kampfe gegen das Proletariat und gegen die Partei, die

Die Hugenberg-Zelle

Seine Interessen vertritt, die Sozialdemokratie; lehrt uns, daß sie von ihrer rücksichtslosen Interessenpolitik auf keinem Gebiet lassen werden.

Seinem Urteil vom Sonnabend, mit dem der bestehende sächsische Landtag und die glorreiche Regierung Helldt gerettet wird, hat der Staatsgerichtshof am Montag ein weiteres hinzugefügt, das dem republikanischen Empfinden direkt ins Gesicht schlägt. Er hat die Flaggenverordnung der preussischen Regierung, in der die Kommunen angewiesen werden, bei staatlichen und reichsgesetzlichen Feiern die Reichsflagge aufzuziehen, für verfassungswidrig erklärt. Die Verordnung, vom zuständigen Landtagsausschuß beschloffen, sollte dem Stempel ein Ende machen, daß Städte, gemeint war vor allem Potsdam, im letzten Jahre der Republik noch immer die Monarchistenfahne hochziehen. Schlimm genug, daß sie durch eine besondere Verordnung erst zur Anerkennung und Achtung der in der Reichsverfassung festgelegten republikanischen Flagge gezwungen werden müssen. Aber da kommt nun der Staatsgerichtshof und erklärt die Verordnung, durch die das geschehen soll, für verfassungswidrig. Und wie zum Hohn beruft er sich auf die republikanische Verfassung des Freistaates Preußen!

Die Potsdamer können jubeln, die Monarchistenfahne ist erneut für eine Weile gerettet und für die Rechtsprechung des Staatsgerichtshofes gegen die Republik eröffnen sich noch mancherlei Perspektiven.

Preußen und der Flaggenstreit

SPD Der Vorkomitee des Preussischen Landtags beschloß am Dienstag von einer Beratung der Flaggenangelegenheit im Plenum Abstand zu nehmen. Entscheidend für diese Stellungnahme war die Beurteilung der Frage durch den Staatsgerichtshof und der Umstand, daß der Reichstag eine Entscheidung zu treffen hat, die mit der Angelegenheit in sachlichem Zusammenhang steht.

Im Plenum des Landtags wurden bei der erforderlichen Wiederholung der Präsidentenwahl der Reichspräsident (Soz.) sowie die Vizepräsidenten von Kries (Dn.), Dr. Porsch (Zr.) und Schwenk (Komm.) endgültig gewählt.

Reichsamnestie statt Länderamnestie?

Nach den Meldungen Berliner Blätter sind die Erklärungen der Länderregierungen zur Amnestiefrage dem Reichsjustizministerium jetzt zugegangen. Reichsjustizminister Dr. Koch hat in einer Besprechung mit den Parteiführern vom Inhalt dieser Erklärungen Mitteilung gemacht. Die Antworten der Länderregierungen sind so verschiedenartig ausgefallen und enthalten so viele Einzelwünsche, daß die Verständigung hierüber in dem kurzen zur Verfügung stehenden Zeitraum schwierig erscheinen würden. Am Mittwoch will der Reichsjustizminister mit den Parteiführern eine nochmalige Besprechung haben. Dabei ist daran gedacht, die Amnestiefrage der von den Ländern verurteilten politischen Verbrecher so durchzuführen, daß der Reichstag das Amnestiegesetz mit Zweidrittelmehrheit beschließt. Die Möglichkeit, eine Zweidrittelmehrheit zu erreichen, ist dadurch gegeben, daß an der Amnestiefrage sowohl die Deutschnationalen wie die Kommunisten Interesse haben. Durch eine Zweidrittelmehrheit könnten auch in diesem einzelnen Falle die Giltigkeit des Amnestiegesetzes gegenüber den Urteilen der Landesgerichte gesichert werden.

Nach dem Demokratischen Zeitungsdienst ist beabsichtigt, in die Reichsamnestie auch die Verbrechen einzubeziehen, die seinerzeit von Kriegsverurteilten abgeurteilt worden sind. Damit wird eine Erweiterung der Amnestie vorgenommen, die sich als zweckmäßig erwiesen hat, um endlich die Kriminalfälle aus der Kriegs- und der ersten Nachkriegszeit zum Abschluß zu bringen. Wie die M. erzählt, soll die Entscheidung in der Amnestiefrage in der Sitzung des Rechtsausschusses des Reichstages am Mittwochvormittag fallen.

Nützliche Lehre für die Bremensflieger

Kölns Protest gegen den Besuch in Doorn

Eine nützliche Lehre ist den Ozeanfliegern Köhl und Hünefeld, die auf ihrer Rundreise auch dem Exkaiser in Doorn „als Privatmann“ einen Besuch abgestattet hatten, bei ihrem Empfang in Köln erteilt worden. Als die Flieger, eben aus Doorn kommend, am Spätnachmittag in Köln landeten, demonstrierte die Bevölkerung, wie wir einem Bericht des Vorwärts entnehmen, gegen die Taktlosigkeit durch völlige Wilschaltung. Eine „Kleinmenge“ von etwa 40 bis 50 Personen durchbrach die Postentente von vier Schutzleuten, als das Flugzeug landete. Die Bemühungen dieser Ordnung haben verblüffend einer Geste ähnlich, die Leute herantraten, statt abzweihen sollte. Köhl, der Sympathisierender, ließ sich als erster sehen. Dann kam v. Hünefeld. Er sah sich um und staunte. Wo war der erwartete Empfang geblieben? Zwischen durch verschaffte sich der Kölner Witzgeflück. Köhl wurde von Minute zu Minute verlegen. Dann wurde Reichsordner Willekin aus der Umarmung herausgehoben. Weich reichte er den Fliegern die Hand und sagte einige „offizielle“ Begrüßungsworte. Man überreichte man Köhl aus Kluttreisen einen Blumenstrauß und v. Hünefeld einen Strauß roter Rosen. Er nahm eine davon und beschäftigte sich intensiv, den Stengel stückweise abzubeißen. Seine Nervosität war nicht zu verbergen.

Der Empfang war eben kein Empfang.

Köhl durchschaute die Sache früher, er schwieg und sah in sich verjucken im Auto. Hünefeld rief nach dem „Programm“. Darauf lachte man verzweifelt nach einem Herrn Hause, der offenbar das Programm für die Feierlichkeiten entworfen haben sollte. Haase kam nicht. Hünefeld fluchte. Im Publikum wurden Stimmen laut, es sei unerhört, keinen besseren Empfang zu veranstalten. Aber schon wurden andere Stimmen laut, die deutlich besagten, die Flieger hätten in Doorn nichts verloren gehabt. Ein Mitglied des Klubs erklärte darauf, daß Wilhelm ein Privatmann sei, ebenso wie Köhl und Hünefeld. Und im übrigen, betonte der Sprecher, habe ja Wilhelm und sonst kein anderer den Flug finanziert. (1) Köhl hatte noch mit einem Mitglied des Klubs eine kurze, aber ziemlich erregte Aussprache. Es hieß hinterher, daß er drauf und dran gewesen sei, angesichts dieser Pleite wieder ins Flugzeug zu steigen und weiterzufliegen.

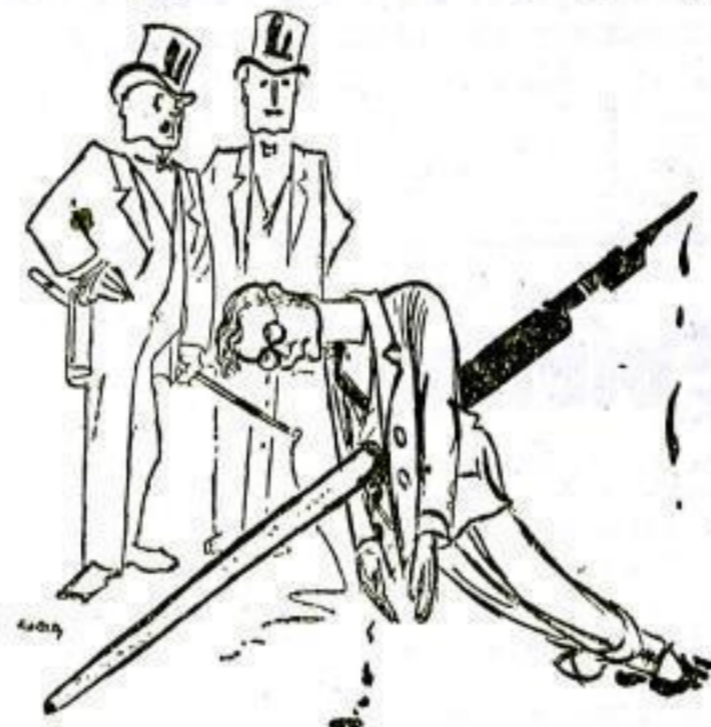
Die Deutschnationalen boykottieren Köln

Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei hat beschloffen, sich nicht an dem Besuch der Internationalen Presseausstellung in Köln zu beteiligen, unter Hinweis auf die „ablehnende und verletzende Haltung“, die die Stadt Köln und ihre Oberbürgermeister den deutschen Ozeanfliegern haben zuteil werden lassen.

Der Krach bei den Deutschnationalen

Das offizielle Verhängnis der Deutschnationalen Volkspartei wird durch die deutschnationale Presse selbst unwirksam gemacht. Die deutschnationale Rheinisch-Westfälische Zeitung erzählt z. B. folgendes aus der Parteivertrantagung: „Hugenberg brachte Westarp gegenüber eine Zusatzresolution an den Parteivorstand ein, indem er diesem zur Kenntnis übermittelte, daß er mit seiner Gruppe Wert darauf lege, daß das endgültige Urteil im Sinne seiner Gruppe, also auf Ausschluß Lambachs, laute. Hugenberg hatten sich für diese Zusatzresolution von den 35 Landesverbänden zunächst 10 angeschlossen. Während

Deutschnationales Rebergergericht



„Der Handlungsgehilfe Lambach wird verurteilt, sich in seinen eigenen Federhalter zu stürzen.“

der Verhandlungen über diese Zusatzresolution stellten sich weitere 5 Landesverbände hinter Hugenberg. Selbstverständlich brachte diese Form der Gruppenbildung in Verbindung mit dieser Form der Vorlegung einer gegen den Parteivorstand gerichteten Resolution den Grafen Westarp in eine schwierige Situation, die geeignet schien, eine Erschütterung der Partei hervorzurufen. Graf Westarp brachte das auch dadurch zum Ausdruck, daß er erklärte, wenn eine beratliche Gruppenbildung vorgenommen werde, so müsse er seinen Vorsitz niederlegen. Daraufhin sagte die Parteivorrichtung den einstimmigen Vertrauensbeschluss für den Grafen. Jedoch muß betont werden, daß durch diesen Beschluß das Bestehen der Gruppe Hugenberg, der also 15 Landesverbände angehören, nicht aus der Welt geschafft wurde.

Es ist selbstverständlich, daß es bei diesen Auseinandersetzungen nicht nur bei Diskussionen über den Fall Lambach blieb, sondern daß es sich auch um grundsätzliche Fragen handelte, bei denen im Vordergrund die Politik der Deutschnationalen Partei überhaupt seit der auffallenden Erhebung des Damesabkommens und seit den immer erneuten Bestrebungen, an der Regierung teilzunehmen, stand.

Diese Enthüllung straft alle Erklärungen aus dem deutschnationalen Kriegspressequartier Lügen. Sie geht über alles hinaus, was bisher bekannt geworden ist. Die Gruppe Hugenberg ist demnach nicht nur eine parlamentarische Sondergruppe in der deutschnationalen Reichstagsfraktion; sie ist fest in der Organisation verankert. Mit anderen Worten: die Spaltung der Deutschnationalen ist innerlich bereits vorbereitet. Unübrig ist nur noch, ob es zwei oder drei Bruchstücke gibt, wenn die Verflechtungsbeziehungen versagen.

Das Berliner Tageblatt berichtet in seiner Dienstagmorgen-Ausgabe, daß die seit langem bestehende Krise in der Deutschnationalen Partei am Montag zum Ausbruch gekommen sei. Dem deutschnationalen Abgeordneten Hugenberg sei es gelungen, eine alldeutsch-legitimistische und zugleich sozial-revolutionäre Gruppe zu bilden, der etwa 12 Abgeordnete, darunter Bang, Dräger, Leopold, Spahn und Voering angehörten. Die Gruppe verbleibe vorläufig innerhalb der Deutschnationalen Partei, es sei aber anzunehmen, daß weitere Folgen aus dem Parteivorstand würden. Der Konflikt sei am Montag äußerlich beigelegt worden, bestehe aber in Wirklichkeit fort. Ferner soll dem Blatt zufolge Hugenberg erklärt haben, daß er und seine engeren Gefolgsgenossen die Partei und Fraktionsgemeinschaft mit Lambach als aufgehoben betrachten, gleichgültig, wie der verlangte Spruch des Parteigerichts ausfalle. Gegen diese Erklärung Hugengeburs habe sich ein Antrag des Grafen Westarp gewandt, der von dem Vorsitzenden des Parteigerichts Staatssekretär a. D. Wallraf unterstützt worden wäre. In der Abstimmung sei Graf Westarp mit 64 gegen 67 Stimmen unterlegen. Später habe man sich um ein Kompromiß bemüht, das in der (bisher bekannten) Entscheidung seinen Ausdruck gefunden habe.

Räumungsdebatte im Unterhaus

SPD London, 11. Juli (Radio)

Der englische Kriegsminister äußerte am Dienstag im Unterhaus, daß zur Zeit eine Herabsetzung der Besatzungsmächte im Rheinland nicht geplant wäre. An englischen Truppen befänden sich noch annähernd 6000 Mann auf deutschem Boden. Verschiedene Abgeordnete der Arbeiterpartei begünstigten sich mit dieser Auskunft nicht. Sie fragten den Kriegsminister wiederholt, was er zur Zurückziehung der englischen Truppen im besetzten Gebiet zu tun gedanke und ob nicht schon aus finanziellen Gründen eine beratliche Zurückziehung angebracht sei. Der Kriegsminister antwortete auf alle diese Fragen ausweichend. Die Debatte hat immerhin gezeigt, daß die englische Arbeiterpartei ebenso wie die französischen und belgischen Sozialisten das Problem der Rheinlandräumung nicht ruhen lassen werden.

Polen warnt Litauen

Der Abbruch der Kownoer Verhandlungen zwischen Polen und Litauen über die Entschärfungs- und Sicherheitsfrage hat zu einem polnischen Schritt geführt. Der Berliner Geschäftsträger Polens hat dem litauischen Gesandten eine Note überreicht, die auf den Standpunkt Litauens bezüglich der Sicherheitsfrage eingeht und ihn als gegen die Abmachungen von Genf verstoßend bezeichnet. In der Note wird die Erwartung ausgesprochen, daß Litauen seinen bisherigen Standpunkt revidieren werde. Sei dies nicht der Fall, so würde Polen gezwungen sein, das Scheitern der polnisch-litauischen Verhandlungen dem Völkerbunde mitzuteilen. In der Note, die ziemlich kurz gehalten ist, wird betont, daß Litauen aus einer neuen Konferenz in Königsberg, die im Juli oder August nach der Eröffnung der Genfer Ratstagung stattfinden soll, die letzte Möglichkeit habe, die polnische Mitteilung über das Scheitern der Verhandlungen durch Revision seiner seitherigen Stellungnahme zu vermeiden.

Aus Warschau wird berichtet: Im abgelaufenen Monat wurden wegen gesetzwidriger Verweise zur Ueberbreitung der polnisch-litauischen Grenze von der polnischen Grenzpolizei 263 Personen festgenommen, an der polnisch-russischen Grenze 151. Von diesen letzteren erstellten sich 44 als kommunistische Agitatoren und 16 als Spione, die sich heimlich über die Grenze nach Sowjetrußland begeben wollten.

Italiens Kolonialkrieg

11. Rom, 11. Juli.

Wie erst jetzt bekannt wird, wurde in der Cyrenaika Anfang Juli eine Strafexpedition gegen Eingeborene, die eine Verpflegungskolonie überfallen hatten, unternommen. Dabei wurden 71 Eingeborene getötet. Die Italiener verloren einen Kapitän und 5 farbige Soldaten; ein Offizier und 29 Soldaten wurden verwundet. Zwei Tage später unternahm die Italiener eine neue Strafexpedition. Hierbei wurden 16 Eingeborene getötet und 21 gefangen genommen.

Albanien

SPD Paris, 11. Juli (Radio)

Wie Havas aus Belgrad meldet, soll der jugoslawische Gesandte in Tirana von einem Albanier ermordet worden sein. Der Sohn des Mörders ist angeblich kürzlich bei einem Grenzaußenfall von jugoslawischen Gendarmen erschossen worden. Die Meldung ist bisher noch nicht bestätigt.

Andererseits berichtet die Chitago Tribune, daß Ahmed Jogu tatsächlich die Abflucht habe, sich demnach zum König von Albanien anzuknüpfen zu lassen und daß er für dieses Projekt bereits die Zustimmung Italiens und Englands gefunden habe.

Japan und China

WTB Tokio, 10. Juli.

Auf Grund der Besprechungen, die heute das Kabinett über die chinesische Lage hatte, geht die überwiegende Ansicht dahin, daß die japanische Regierung Tchang-Kai-Schang, den Sohn Tchang-Kai-Schangs, als den obersten Kriegsherren der Mandchurie anerkennen, aber zugleich darauf bestehen wird, daß die Vereinbarungen, die Japan mit dem verstorbenen Diktator getroffen hat, in Kraft bleiben. Wie verlautet, ist die japanische Regierung bereit, mit China über eine der veränderten Lage Rechnung tragende Revision der Verträge in Verhandlung zu treten, vorausgesetzt, daß die bestehenden Verträge anerkannt werden, bis sie durch ein neues und gerechtes Abkommen zwischen den beiden Regierungen ersetzt worden sind. Bisher sei man jedoch von chinesischer Seite wegen einer etwaigen Revision der bestehenden Verträge noch nicht an die japanische Regierung herantreten.

Bombenattentat in Charbin

11. Peking, 11. Juli.

Unbekannte Täter warfen eine Bombe auf das Gebäude des Vertreters des Kantinger Außenministeriums in Charbin. Der Kantinger Beauftragte Jai wollte gerade ins Auto steigen. Durch die Explosion wurde der Wagen zertrümmert. Der Chauffeur wurde getötet, während General Jai unversehrt blieb. Das Gebäude wurde sofort nach der Explosion von Truppen und Polizei umringt und nach den Attentätern durchsucht. Vier Chinesen, die verdächtig werden, das Attentat verübt zu haben, wurden verhaftet. Bisher ist noch nicht festgestellt, wer der Anstifter ist. Man nimmt an, daß es dieselbe Organisation ist, welche den Zug Tchang-Kai-Schangs in die Luft sprengte.

Werkspionageprozess in Rußland

WTB Moskau, 10. Juli.

Vor dem Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes beginnt morgen ein Prozess gegen die Sowjet-Bürger Dostin, Orlow und Matwejew, Vertreter der schwedischen Firmen Alpha Naval und Dabolo Separator, und gegen acht Angehörige sowjetischer landwirtschaftlicher Organisationen wegen Uebermittlung vertraulicher Informationen über Importpläne und Mengen an die genannten Firmen.

Skandal in der Sobranje

SPD Sofia, 10. Juli

Unfähig der Beratung des Justizrats kam es in der Sobranje zu ärmenden Ständlungen. Als der Redner der kommunistischen Arbeiterpartei einen scharfen Vorstoß gegen das Staatskuppelgesetz unternahm, das tausende unschuldige Opfer gefordert habe, verhierte ihn die Regierungsmehrheit durch ein ohrenschmeichelndes Geschrei und Vultdeckelkonzert am Neben. Hierbei zeigten sich besonders die sogenannten „wilden Herde der Eskadron“ aus, in deren Reihen sich eine ganze Anzahl ehemaliger Kommunisten befanden. Abgeordnete der Linksparteien bemerkten schließlich, daß sich mitten im Plenum unter den Regierungsvorrednern der Leiter der Sobranje-Kanzlei befand, der sich, ohne Abgeordneter zu sein, an dem Geschrei der „wilden Herde“ beteiligte. Der Sozialist W. A. T. Joff, der gegen die unglückliche Amakung protestieren wollte kam nicht zu Wort. Der Abgeordnete Christoff schrie ihm zu: „Schweig, oder ich schlage dich zu Boden, daß du nie wieder aufstehst.“

Als sich Anastasoff nunmehr zum Präsidenten des Parlaments begeben wollte, um ihn zum Einschreiten gegen den Kanzleisekretär aufzufordern, schleuderte ihn ein Sobranje-Mitglied gegen die Abgeordnetenbänke. Dieser Vorgang rief innerhalb der Opposition einen Sturm der Entrüstung hervor. Die Auseinandersetzungen waren so ärmend, daß die Sitzung schließlich unterbrochen werden mußte.

11. Im holländisch-indischen Volksrat wurde die Abschaffung der Todesstrafe mit 25 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

Kampf um den Verfassungstag

Das Begräbnis erster Klasse über „relativen Ewigkeitswert“

Berlin, 10. Juli.

Auch die Weimarer Verfassung habe nur relativen Ewigkeitswert. So orakelte Herr Dr. Käß, der Verfassungsminister der Stützen Koalition in seiner Rede über den Verfassungstag. Und wahrhaftig sind es keine „Ewigkeitswerte“, die die Debatte über den Verfassungstag gezeitigt hat, gewiß auch nicht relativ, im Verhältnis gesehen. Eigenlich war die heutige Debatte im Reichstage nur die Fortsetzung der politischen Aussprache in der vergangenen Woche. Eine Diskussion über allerhand Verfassungsfragen, der aber leider die eiserne Logik fehlte, die Verbindung zwischen der Behandlung von Verfassungsfragen verband.

Das gilt auch für die beiden Reden des neuen Innenministers Severing, der allerletzte schöne und wohlmeinende Worte fand, die aber die Begeisterung über den Verfassungstag nicht wesentlich zu heben vermochten. Dies um so weniger, da mit seiner Gesetzgebung kaum noch zu rechnen ist. Die Deutsche Volkspartei hat den Beschluß gefaßt, dem Verfassungstag ihre Zustimmung zu versagen. Damit sind auch die Hoffnungen der Optimisten geschwunden, daß etwa eine knappe Zufallsmehrheit zustande kommen könnte. Hätten die Volksparteier Stimmenthaltung gelbt, dann hätten sich Befürworter und Gegner der Reichsratsvorlage etwa die Waage gehalten, nun aber dürfte der Verfassungstag endgültig erledigt sein.

Besondere Trauerlieder darob anzuheulen ist für Feinherren Anlaß vor. Wenn auch der Innenminister, und in diesem Sinne Genosse Sollmann als Redner der Sozialdemokratischen Fraktion Bedenken trugen, den 1. Mai durch eine bürgerliche Parlamentsmehrheit zum gesetzlichen Feiertag erheben zu lassen, so bleibt doch der 1. Mai das Symbol der Arbeit, unter dem der Sozialismus flehentlich Triumphe feiert. Und wenn schon der Republik ein Feiertag genügt, dann ist es der 9. November, an dem das alte morsiche Ding, der kaiserliche Staat, endgültig zusammenbrach. Ohne den 9. November kein 11. August.

Freilich wurde gerade der Verfassungstag zu einem jener Differenzpunkte herausgestellt, an denen die Verhandlungen über die Große Koalition scheitert sind. Nun scheitert er unter dem Kabinett der Persönlichkeiten dennoch an dem Willen der Volkspartei, und es ist keineswegs zweifelhaft, daß damit die Widerstandskraft der Volkspartei noch keineswegs am Ende ist. Bei alledem war nicht mehr zweifelhaft, wie sich der Ausgang dieser Aktion gestalten würde. Da das Ergebnis der Abstimmung im voraus zu sehen war, wurde ein Begräbnis erster Klasse vorgesehen. Das war praktisch der Zweck, der mit der Ueberweisung an den Rechtsausschuß verfolgt worden ist. Und auch dieser gelang erst durch Hammelspannung; bei der ersten Abstimmung schloß das Ergebnis etwas zweifelhaft. Die Abstimmung aber ergab Ueberweisung mit 214 gegen 136 Stimmen. Die Volkspartei und die Deutschen Bauern hatten mit den Weimarer Parteien gestimmt. Hinter den Kulissen machte Admiral Brüninghaus dem neuen Fraktionschef der Deutschnationalen, Herrn Lindeiner-Wildau, bittere Vorwürfe, daß diese sich am Begräbnis nicht beteiligen wollten, aber ehrenhafter wäre es damit nicht geworden. So wird denn der Verfassungstag durch die Arbeit der breiten Massen gehehrt, und der Feiertag der Arbeitenden bleibt nach wie vor der 1. Mai.

Aber damit ist diese Sache nicht abgetan. Gewiß, Severing hat in dieser Frage nur den Vermittler gespielt — und man kann nicht behaupten, daß er sehr geschickt agierte, aber es war der erste Schritt des Kabinetts der Persönlichkeiten in der Praxis des parlamentarischen Schaffens. Daß er sehr erheben war, wird niemand behaupten wollen, und es scheint, als ob auch der Großen Koalition „relative Ewigkeitswerte“ nicht beschieden sind. Dabei ist zu beachten, daß die Patentkraft der Reichsratsvorlage über den Verfassungstag vom Preußenkabinett übernommen wurde. Ob durch die Abstimmung der Volkspartei die für den Herbst geplante Umbildung der preussischen Regierung gefördert wird, ist schwerlich anzunehmen. Das aber ist das Ruhmobjekt für die Schaffung der echten Großen Koalition.

Im übrigen haben in der Debatte zwei neue „Wortgewaltige“ debütiert. Herr Göbels von den Nationalsozialisten, der die Votusprobe noch nicht bestanden haben dürfte, und der christlich-nationalen „Bauer“ — lies Rittergutbesitzer — Wendhausen aus Mecklenburg. Sie reden beide sehr laut. Aber noch lauter waren die Ordnungsrufe, die ihnen aus dem Saale entgegenhallten. Dagegen blieb die Glocke des Präsidenten, noch mehr aber die Stimme des Herrn Eiser völlig wirkungslos.

Der Sitzungsbericht

Berlin, den 10. Juli, 3 Uhr nachmittags.

Vor Eintritt in die Tagesordnung protestiert Abg. Stöcker (Komm.) dagegen, daß der Haushaltsausschuß die Beratung des gegen den Bau des Panzerhäufes A gerichteten kommunistischen Antrags bispher abgelehnt hat.

Abg. Seimann (Soz.) verweist als Vorsitzender des Ausschusses darauf, daß die Mehrheit der Fraktionen sich im Hinblick auf die bekannte Erklärung der Regierung zu dieser Frage sich gegen eine Ausschlußberatung des kommunistischen Antrags in diesem Augenblick ausgesprochen habe.

Nach Erledigung einiger Rechnungssachen folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über den Nationalfeiertag.

Mit der Beratung wird verbunden der kommunistische Antrag auf Einsetzung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag, ebenso der Antrag der Deutschnationalen auf Bestimmung des 18. Januar als Nationalfeiertag.

Reichsinnenminister Severing

In meiner Eigenschaft als Mittler zwischen Reichstag und Reichsrat ist es mir ein Herzensbedürfnis, Sie um Zustimmung zu dem vom Reichsrat beschlossenen Gesetzentwurf zu bitten. In den verflochtenen sechs Jahren hat der Gedanke des Verfassungstages im Volke Wurzel geschlagen. Gegen den 11. August wird eingewandt, daß er in die Schulfestlichkeiten und in die landwirtschaftlichen Entearbeiten fällt. Die Verfassungsfeiern können so gestaltet werden, daß auch die Jugend daran teilnehmen kann. Hinsichtlich der Entearbeiten werden die Landes- und Kommunalverwaltungen Ausnahmen von § 1 des Gesetzes zulassen können.

Als Höhezeit der Kongress der Arbeiter- und Sozialisten in einem Beschlusse die Einberufung der Nationalversammlung beschloß, da wurde dieser Beschluß auch von den Kreisen begrüßt, die heute an der Weimarer Verfassung kein gutes Haar lassen. Auf einer Verfassungsfeier hat Abg. v. Kardorff in einer ausgezeichneten Rede die hohe Bedeutung des Tages gewürdigt, an dem die Vertretung des deutschen Volk sich eine Verfassung gab. (Zurufe von den Kommunisten und Nationalsozialisten: „Eine keine Verfassung!“) Eine Verfassung, der Sie, meine Herren Nationalsozialisten und Kommunisten, es verdanken, daß Sie heute hier sitzen können. (Sehr gut!)

Die Weimarer Verfassung hat, mit der Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für Reich, Länder und Gemeinden ein einigendes Band um alle Schichten des deutschen Volkes geschlungen, das sich auch in den bösesten Tagen bewährt hat.

Der 18. Januar wird um deswillen niemals ein wirklicher Nationalfeiertag für die breiten Massen werden, weil mit der Gründung des Weimarer Reiches der Gedanke an das Dreiklassenwahlrecht verbunden ist, das die Nation weiter spaltete. Der 9. November als Geburtsstag der Republik ist auch wenig geeignet, denn am 9. November gab es keinen Völkerrückgang, sondern den endgültigen Zusammenbruch eines Systems, das schon vorher Tag für Tag morischer geworden war.

Abg. Sollmann (Soz.)

Das deutsche Volk habe sich zum ersten Male aus freiem, eigenem Willen ein Grundgesetz gegeben und dieses in einem Jahrzehnt nie erlebter Stärke hochgehalten. Das war nicht nur ein Akt der Gesetzgebung, sondern eine weltgeschichtliche Wende, als die Deutschen aus tausendjährigen Monarchien zur Republik übergingen. Der Redner wendet sich dann gegen den kommunistischen Antrag, den 1. Mai zum Feiertag zu machen. Wer das wolle, habe den Sinn dieses Weltfeiertages nicht begriffen. Der 1. Mai sei der internationale Tag der Arbeiterklasse, und es widerspreche seinem ganzen Gedanken, ihn von einer bürgerlichen Parlamentsmehrheit zum Feiertag machen zu lassen. Nur der Sieg des Sozialismus könne diesen Feiertag einsehen, und dieser werde einmal kommen. Der Redner betont zum Schluß die großen gemeinsamen Gedanken, an denen sich das Volk am Verfassungstage erheben könne: die republikanische Verfassung zur Grundlage aller politischen Kämpfe zu machen und die sozialen Gedanken in die Wirklichkeit umzusetzen.

Abg. Schlange (Dn.) bestritt, daß in weiten Kreisen des deutschen Volkes der Wunsch nach einem neuen Feiertag bestände. Der 18. Januar als Tag der Reichsgründung könnte trotz Änderung der Staatsform als Nationalfeiertag gelten. Kein Deutschnationaler denke daran, die bestehende Staatsform gewaltsam zu ändern, aber wir hoffen, daß eines Tages das wieder gesunde Volk aus freiem Willen aus dem Zerbrochener Demokratie vorwärts schreiten wird zu einem neuen Kaiserthum. (Lachen links und rechts: „Sie sind doch nicht mehr in der Fraktionslösung!“ — Händeklatschen bei den Deutschnationalen.)

Von der Wirtschaftspartei ist der Antrag eingegangen, den 2. August im November als Volkstrauertag zum Gedächtnis der Gefallenen zu begehren.

Reichsinnenminister Severing

erwidert dem deutschnationalen Redner, Deutschland stehe allerdings vor einer wirtschaftlichen Depression; aber die schweren Zeiten könnten nur auf dem Boden und mit den Mitteln der Weimarer Verfassung überwunden werden. Die ganze Welt bewundert das deutsche Volk wegen der Schnelllebigkeit, mit der es sich aus tiefstem Fall wieder emporgerichtet hat. In der Geschichte dieses Wiederaufstiegs gibt es viele ruhmreiche Tage, die wohl verdienen, am 11. August mit der Verfassung gefeiert zu werden. Wenn Abg. Schlange mir einen großen Einfluß in der Regierung zuschreibt, so bin ich ihm sehr dankbar. Den vorliegenden Gesetzentwurf kann

Rundgebungen für den Nationalfeiertag

SPD Berlin, 11. Juli (Radio).

Die am Dienstag im ganzen Reich veranstalteten Rundgebungen des Reichsbanners zur Einführung des 11. August als gesetzlichen Feiertag verliefen überall unter außergewöhnlich zahlreicher Beteiligung ohne Zwischenfall. In Berlin waren Tausende und aber Tausende dem Rufe der Gauleitung gefolgt, trotzdem die Aufforderung zu der Rundgebung erst 24 Stunden vorher ergangen war.

Reform des Welthandels

SPD Genf, 10. Juli.

Die Konferenz gegen die Ein- und Ausfuhrverbote wird am Mittwoch ihre Arbeit mit der Unterzeichnung einer Zusatzvereinbarung abschließen. Diese Vereinbarung sieht das Inkrafttreten der Konvention gegen die Ein- und Ausfuhrverbote zum 1. Januar 1930, d. h. des Wegfalls der Verbote zum 1. Juli 1930 vor. Die anerkannten Vorbehalte der verschiedenen Länder umfassen nur 18 Waren, von denen 10 für den internationalen Handelsverkehr ohne größere Bedeutung sind. Nunmehr haben die Parlamente das Wort, da die Konvention nur bei einer Ratifizierung durch 18 Staaten in Kraft tritt. Gleichzeitig sind die beiden Sondervereinbarungen über die Regelung des Verkehrs von Häuten und Knochen fertiggestellt worden, sie werden gleichfalls am Mittwoch unterzeichnet werden.

Jungsozialisten in Frankreich

SPD Paris, 9. Juli.

Das kleine Städtchen Surzenes war am Montag Zeuge einer erhabenen deutsch-französischen Friedenskundgebung. Die dortige sozialistische Ortsgruppe hatte im Verein mit der Pariser Parteileitung einige zur Zeit in Paris in Ferien weilende Jungsozialisten zu einem Bankett eingeladen. Auf dem Rathaus wachte die deutsche Flagge. Als die Delegation auf einem Seinedampfer eintraf, bereitete ihr die in dichten Massen an den Ufern lagende Menge eine begeisterte Kundgebung. Einige Kommunisten hatten natürlich nichts anderes zu tun, als die Veranstaltung zu fördern. Während der sozialistische Abgeordnete Grumbach die Begrüßungsrede hielt, warfen sie mit mächtigen Mauersteinen die meterhohen Fenster im Bankettsaal ein und ergriffen hierauf die Flucht.

Wilsudski reist nicht nach Rumänien

DE Warschau, 10. Juli.

Die gesamte Presse bringt eine gestern abend ausgegebene amtliche Meldung, laut welcher Wilsudski nicht, wie bisher vorgesehen, nach Rumänien reisen, sondern seinen Erholungsurlaub in Polen, und zwar in Sulejowet, verbringen wird. Als Begründung für die Veränderung des Plans wird angegeben, daß das Klima in Rumänien im Sommer nachteilig sei und daß anderseits Wilsudski Anfang August ohnehin schon wieder in Polen sein müßte, um an der Wilnaer Tagung der Legionäre teilzunehmen. Bei dieser Feier soll eine bedeutungsvolle innerpolitische Kundgebung über die Verfassungsfrage erfolgen.

Es wird weiter auch angedeutet, daß das Scheitern der Verhandlungen mit Litauen, vor allem aber innerpolitische Fragen es dem Marschall ratlos erscheinen lassen. Polen zunächst jetzt nicht zu verlassen. Offenbar ist weniger die gesundheitschädliche Hitze in Rumänien als die Schwüle in Polen selbst, die Wilsudski veranlaßt, dahier zu bleiben.

er aber nicht als mein persönliches Werk betrachten. Ich verleihe hier eine Vorlage, die vom Reichsrat beschließen worden ist.

Abg. Dr. Bell (Z.) präzisiert den Standpunkt der Zentrumskolonie dahin: Wir stimmen grundsätzlich dem Gedanken des Nationalfeiertages zu und streben die enge Verbindung dieser Nationalfeier mit dem Weimarer Verfassungstag an. Wir halten an der Ueberzeugung fest, daß die gesetzliche Regelung eines Nationalfeiertages und zwar in Gestalt der Verfassungsfeier sich durch die gegebenen Staatsverhältnisse rechtfertigt.

Abg. Dietrich, Berlin, (Komm.) erklärt, beim deutschen Protestant sei keine Neigung für eine Verfassungsfeier vorhanden. Die Arbeiterschaft betrachte die ganze Republik und die Weimarer Verfassung als einen Schwindel. Der Redner empfiehlt den kommunistischen Antrag auf Einsetzung des 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag.

Abg. Dr. Moldenhauer (D.Vp.) erkennt an, daß ein Nationalfeiertag geeignet sei, die Angehörigen eines Volkes fester zusammenzuschließen. Sicher hat die Weimarer Verfassung den Boden geschaffen, auf dem sich der Wiederaufbau vollziehen konnte. Wir sehen in dem 11. August einen wichtigen Meilenstein der deutschen Geschichte; zum Nationalfeiertag aber könnte man nur einen Tag wählen, an dem sich alle Volksteile einig und begeistert zusammenfinden.

Abg. Dr. Käß (Dem.) fordert den Verfassungstag als Nationalfeiertag. Nicht ein rauschender Festtag soll es sein, sondern ein Tag der nationalen Sammlung und Selbstbestimmung.

Abg. Drewitz (Wirtsch. Vg.) bedauert die Einbringung der Vorlage. Die jetzige Zeit der schweren wirtschaftlichen Depression sei nicht geeignet zur Einführung neuer Feiertage.

Abg. Dr. Horlacher (Bayr. Vp.) erklärt, seine Freunde hielten die Weimarer Verfassung in manchen Punkten für reformbedürftig. Die Reichsverfassung lasse die Einführung neuer Feiertage von Reichs wegen für die Länder nicht zu.

Abg. Dr. Goebels (Nat.-Soz.). Wenn Minister Severing so warme nationale Töne gefunden habe, so müsse man nicht nach seinen Worten, sondern nach seinen Taten sehen, denn Severing habe die Aktivität des Ruhrkampfes sabotiert und sein Name sei ewig mit dem Namen Schlageter verbunden. (Stürmische Rufe bei den Soz.: „Verteumdung! Zur Ordnung!“) Uns hat nicht die Weimarer Verfassung begeistert, als wir im aktiven Ruhrkampf standen. — Stürmische immer wiederholte Rufe der Sozialdemokraten: „Wo haben Sie da gefunden?“ — Die Nationalsozialisten verlangen durch laute Rufe ein Einschreiten des Präsidenten. Abg. Strasser (Nat.-Soz.) ruft dem Vizepräsidenten Eiser zu: „Wenn Sie nicht lähig sind, verlassen Sie doch das Präsidium!“

Während Vizepräsident Eiser fortwährend die Glocke schwingt, kommt es zu einem lauten Wortwechsel zwischen dem Nationalsozialisten und der Linken, der noch fortgeführt wird, als Dr. Goebels schon die Rednertribüne verlassen hat. Abg. Strasser (Nat.-Soz.) wird zur Ordnung gerufen, weil er fortgesetzt nach links hinüberbrüllt: „Nur Jubendand!“

Abg. Dr. Wendhausen (Christl.-Nat. Bauernpartei) bekämpft die Vorlage und erklärt unter großem Lärm der Linken, die Weimarer Verfassung sei unbedeutend.

Abg. Dr. Fehr (Dtsch. Bauernpartei) erklärt, seine Freunde seien nicht grundsätzliche Gegner einer Nationalfeier. Sie würden aber gegen die Vorlage stimmen, weil der 11. August in die Zeit der härtesten landwirtschaftlichen Arbeit falle.

Damit schließt die Aussprache.

In der Abstimmung wird mit 214 gegen 136 Stimmen die Ueberweisung beschlossen.

Am 10.45 Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch, 15 Uhr.

Die Ausstellung der Vergewaltigten

Tüftelt mit, aber die Idee, die in mir ist, werdet ihr nicht lähnen. . . . (Die letzten Worte des sterbenden Abgeordneten Giacomo Matteotti.)

Einer der interessantesten Teile der internationalen Presseausstellung befindet sich außerhalb ihrer angestimmten Räume, weil die Presseausstellung aus außenpolitischen Gründen wohl die faschistische Ausstellung im italienischen Staatenhaus duldet, nicht aber die der ständigen Antifaschisten, die die erste Rüge trägt.

Das italienische Staatenhaus hat noch nicht gewagt, seine Pforten zu öffnen, obgleich das Ausstellungsmaterial seit zwei Monaten schon bereits an Ort und Stelle befindet. Um aber die „antifaschistische Ausstellung“, der unter Kölner Volkshaus seit einem Monat bereits seine gastlichen Räume zur Verfügung gestellt hat, zu hinterziehen, haben faschistische Agenten sogar einen strengen Hausverbot verhängt.

Vor Eröffnung der Ausstellung vermuteten sie das Ausstellungsmaterial in Paris aufbewahrt in den Redaktionsräumen der beiden italienischen antifaschistischen Zeitungen Non Nollare und Ordine Nuovo, weshalb sie als geübte Räuber in der Nacht vom 21. April d. J. in die genannten Räume einbrachen und alles, was ihnen genügend wertvoll war, nahmen, während sie das ihnen weniger wertvoll erscheinende Material zertrümmerten; genau so, wie sie es in Italien in Tausenden Fällen getan hatten. Den wertvollsten und größten Teil des Ausstellungsmaterials fanden die Räuber glücklicherweise nicht, so daß daselbst heute im Saal 3 des Vorderhauses des Volkshauses, Severinstrasse 199, seine wichtigsten Anlagen gegen die faschistischen Verbrechen erhebt. Es gelang den faschistischen Spitzeln jedoch, dem ständigen katholischen Abgeordneten Miglioli wichtiges katholisches und kommunistisches Ausstellungsmaterial zu stehlen.

Die materialreiche Ausstellung, die durch einen Katalog von 80 Seiten oder durch den Leiter derselben vorzüglich erläutert wird, wirkt tief erschütternd, und mancher Besucher steht mit nassen Augen vor den Bildern der italienischen Märtyrer, die wegen ihres heroischen Widerstandes gegen die faschistischen Barbaren grausam hingerichtet worden sind. Unter den Ermordeten befinden sich auch zahlreiche Proletarierinnen, junge Akademiker und sogar Kinder, die totgeschlagen wurden, weil sie die Verleumdung der Eltern, die ermordet werden sollten, nicht angeben wollten. In besonderen Gruppen sind Berichte und Dokumente sorgfältig zusammengestellt, die tausende Verbrechen der Faschisten für ewige Zeiten brandmarken. Zahlreiche photographische Depeschen und Briefe Mussolinis, des Duce, bezeugen, daß er als geistiger Urheber mancher furchtbaren Verbrechen überführt ist.

Besonders interessant ist auch der Teil der Ausstellung, der die außerhalb Italiens wiedererstandene antifaschistische Presse vorführt.

Die dem Tode oder dem Zuchthaus durch die Faschisten entronnenen Schriftsteller haben im Ausland ungefahr fünfzig italienische Zeitungen,

wovon fast dreißig in Europa erscheinen, herausgegeben. Die Italiener des Auslandes lesen und unterstützen dieselben und schwingen sie über die Grenze nach Italien. Die zahlreichen Italiener Amerikas haben 20 antifaschistische Zeitungen ins Leben gerufen und lesen nur diese; die von der italienischen Regierung mit großen Geldmitteln unterhaltenen faschistischen Zeitungen finden keinen Absatz.

Verfäme niemand, der Köln besucht, seinem Solidaritätsgefühl mit den italienischen Freiheitskämpfern durch Besuch ihrer wichtigen Ausstellung Ausdruck zu geben, denn Sozialismus ist auch praktische Betätigung von Anerkennung edlen Selbsttums mit allen Vergewaltigten.

Gi. Mattameno.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Kurt Günther in Leipzig

Verantwortlich für den Anzeigenenteil:

Gustav Seyffand in Leipzig

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Wittengelschmidt Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Neues Theater. General 214 1/2
Wegen Ferien geschlossen.
Altes Theater.
Richard-Wagner-Zeit General 214 1/2
Täglich 8 Uhr
Sommeroperette
Milk Chocolate
Kulturbühnen in den 17en von Hand Regina
von Hand
Wacht von Fernand Grün
Musikalische Leitung: Georg Stiller
Anleitung und Bühnenleiter: W. Pragemann
Musikalische Umrüstung: Wilhelm Schumann
Cadenot: Die verführte „Werb-Berr-Bann“
Im „Werb-Berr-Bann“: W. Stiller, Martin Müller
F. Conner, Hubert (Hubs) Weber: 2. Akt
Wolter (W. Ludwig), Bronnie Wolter (W. Ludwig)
F. Conner, Bronnie Wolter (W. Ludwig)
F. Conner, Bronnie Wolter (W. Ludwig)
F. Conner, Bronnie Wolter (W. Ludwig)
F. Conner, Bronnie Wolter (W. Ludwig)
F. Conner, Bronnie Wolter (W. Ludwig)
F. Conner, Bronnie Wolter (W. Ludwig)

Panorama-Garten
Täglich große Konzerte
4 1/2 Uhr nachmittags, 7 1/2 Uhr abends, ausgeführt von erstklassigen Musikkapellen.
Jeden Sonntag
Frühchoppen-, Nachmittags- und Abend-Konzerte

S. S. Seidel-Sänger
Singspiele
Thomaskirchhof 10, Telefon 265 1/2.
Täglich abends 8 Uhr:
Gastspiel der
Dresdner Elite-Sänger
Wieder alles neu!
Komikerwitze!
Alfons — beherrsche dich!

Ämliche Bekanntmachungen
Der Bezirksrat hat folgenden
I. Nachtrag
zur **Bekanntmachung des**
Bezirksverbandes der Amts-
hauptmannschaft Leipzig vom
16. 5. 1927
beschlossen.
§ 1.
§ 12 Absatz 2 wird dahin geändert,
dass an Stelle der Worte „100 p. S. des
Verkehrspreises“ die Worte „200 p. S.
des Verkehrspreises“ eingesetzt werden.
§ 2.
Dieser Nachtrag tritt mit dem Tage
seiner Bekanntmachung in Kraft.
Leipzig, am 28. April 1928,
Der Vorsitzende
des Bezirksauschusses.
(L.S.) (ges.) Dr. Baehler.

Zoologischer Garten
Paviane und Löwen
in den Freianlagen
Heute Großes Kinderfest
der Neuen Leipziger Zeitung
Jedes Kind erhält bei Abgabe der Eintrittskarte
ein Geschenk!
Nachmittags und abends:
Großes Garten-Konzert
PLANETARIUM
Vorführungen: Täglich nachmittags 4 1/2 Uhr
Außerdem jeden Dienstag u. Donnerstag abends 8 Uhr

VOLKSHAUS
Heute Mittwoch
Gartenkonzert
Bei ungünstiger Witterung findet das
Konzert im Café (1. Etage) statt

VOLKSHAUS
Heute Mittwoch
Gartenkonzert
Bei ungünstiger Witterung findet das
Konzert im Café (1. Etage) statt

Schaupielhaus.
Euphratstr. 11, 2. Et., v. Sachsestr. Tel. 1067 1/2
Donnerstag, den 11. Juli 1928
Mit Bernhard Hillenbrand
zum 14. Male!
Unter Geschäftsaufsicht.
Schmant in 3 Akten von Georg Arnold und
Ernst Bach.
An Szene regiert von Ferdinand Hillenbrand
Bühnenleitung: Generaldirektor Franzmann (1927)
Regie: Generaldirektor Franzmann (1927)
Bühnenleitung: Generaldirektor Franzmann (1927)
Bühnenleitung: Generaldirektor Franzmann (1927)
Bühnenleitung: Generaldirektor Franzmann (1927)
Bühnenleitung: Generaldirektor Franzmann (1927)
Bühnenleitung: Generaldirektor Franzmann (1927)
Bühnenleitung: Generaldirektor Franzmann (1927)

VOLKSHAUS
Jeden Tag um 8 Uhr
Ananas-Bowle
Wird auch über die Straße abgegeben

Jeder Partei- und Gewerkschafts-
genosse kauft seine geistige
Nahrung nur in seiner
Parteiluchhandlung!
Wir empfehlen unser reichhaltiges Lager
aus sämtlichen Wissensgebieten
Leipziger Buchdruckerei G. G.
Abteilung Buchhandlung und deren Filialen

Reichsbanner
Schwarz-Rot-Gold
Vau Leipzig Tel. 108 44
Geschäftsstelle:
Leipzig, Gellertstraße 7/9.
Konzert der Reichsbanner-Ka-
pelles Dresden am Sonntag, den 14. Juli,
20 Uhr, im Felseneller, Karl-Heine-
Straße. Programme im Vorverkauf
an den bekannten Stellen. Dresden
Kapelle trifft Sonnabend 17 55 Uhr
Hauptbahnhof, Ostseite, ein. Starke
Beteiligung erwünscht.

Brauhaus Riebeck
Mainstraße 17/19 — Nähe Markt
Auf allseitigem Wunsch einige Zeit verlängert:
Solo-Quartett „Bardensang“
mit starkem Orchester
Kapelle Alfred Haucke
Das gute Riebeck-Bier
Heute: Eisbein mit Sauerkraut.

Kostüm-Bach's
allererster
Inventur - Ausverkauf
seit 25 jährigem Bestehen.
Donnerstag, d. 12. Juli
und folgende Tage.
Er wird
alle bisherigen Angebote
in den Schatten stellen.
Ungeheure Vorteile
wird dieser
erste Inventur - Ausverkauf
allen unseren
Engros- und Detail-Kunden bieten.
Rücksichtslose Preissenkung vollwertiger Qualitäts-
waren in riesiger Auswahl.

Sparfelder für Frankfurt und
Rheinfahrt. Ab 25 Juli werden
Sparmarken für Frankfurt und
Rheinfahrt nicht mehr herausgegeben.
Kassierer der Ortsvereine rechnen
bis 28 Juli ab. Anmeldungen und
Einzahlungen können nur bis 1. Aug.
abgenommen werden.
Ortsverein Engelsdorf. Heute,
11. Juli, 20 Uhr, Monatsversammlung
in der Quelle, Baumdorfer
Straße. Lichtbilder über die Rhein-
fahrt.
Ortsverein Lindenthal. Freitag,
den 13. Juli, 20 Uhr, im Kasino
Lichtbildervortrag über die Rhein-
reise.
Ortsverein Mittitz. Montag, den
16. Juli, 20 Uhr, Monatsversammlung
mit Lichtbildervortrag über
die Rheinreise.

Germania - Bad
„Leipziger Gesundborn“ Tel. 323 05
Wanderechtes sauberes Auenlokal
Beste Ersatz für laure Sommerfrischen
Luft-, Sonnen- u. Schwimmbäder
Ganz vorzügliche Massagen
Gewissenh. Schwimmunterricht
Geöffnet von früh 6 ununterbrochen bis
abends 8 Uhr
Wochentags von 2. Sonn- u. Feiertags
von 6 Uhr ab: Familienbad
Die Bäder sind neu vorgerichtet. — Die
Schwimmbassins werden mit filtertem
Wasser gespeist
Brunnenwasser-Duschen
Vom 1. Juli an
Billige Dauerkarten

Da der Andrang zu diesem ersten Inventur-
Ausverkauf ein ungeheurer sein wird, bitten wir
auch die Frühstunden zur Besichtigung zu wählen.
Ein Kautzweg existiert nicht.
Die Parole lautet:
Zu diesem Inventur-Ausverkauf
alle zu
Kostüm-Bach
Engros- und Detaillager:
Leipzig, Georgiring 6, 1.

GA: B St. 13a.
Es wird bekräftigt, dass das Ministerium
des Innern den vorstehenden Nachtrag
unter Vorbehalt des Widerrufs ge-
nehmigt hat, mit der Maßgabe, dass der
Nachtrag erst am 1. Juli 1928 in Kraft
tritt.
Leipzig, am 18. Juni 1928,
Die Kreisamtsleitung.
3 1/2.
(L.S.) (ges.) Dr. Gebhaar.

Die Schweinepest unter dem Bestande
des Gutbesizers Alfred Große in
Ludwig Nr. 24 ist erloschen.
Leipzig, am 10. Juli 1928,
Die Amtshauptmannschaft.

Großsch **Dessau**
verordneten Sitzung
Donnerstag, den 12. Juli 1928, abends
8 Uhr. Tagesordnung: 1. Kenntnis-
nahme (Saxonia-Projekt). 2. Ortsbesuch,
Gemeindeauschüsse zur Grundbesitz-
steuer u. die Wertzuwachssteuer. 3. Verber-
nung des Ortsbesuches. 4. Befreiung der
Baukosten in der J.-Straße. 5. Mittel-
bewilligung für die Gestaltung des Vor-
platzes am Feuerlösch-Gerätehaus. 6.
a) Mandats-Niederlegungen Walden-
burger-Damm betr., b) Wahl eines
neuen Ratmitgliedes der RPD. 7. Wahl
einer Kommission für die weitere Be-
handlung der Frage über die Gastern-
verlorenung. 8. Befreiung der Bäder-
preise und Badzeiten für die städtische
Wärmehaubeanlage. 9. Antrag des Zentral-
verbandes der Arbeitsinvaliden auf Er-
höhung der Fürsorgegelder.
Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Gardinen
Meterware v. Mk. 0,68 an
Stell. Künstler v. Mk. 4,80 an
Stores per Stück v. Mk. 2,80 an
Schlafdecken p. St. v. Mk. 1,90 an
Diwanddecken p. St. v. Mk. 5,50 an
Satin
Steppdecken dopp. von 9,75 an
gute Qualität
Sofabezüge 4 Meter 6,50 an
garant. federdicht
Bettlilie oachtrot 1,50
Vitragentoffe, Chaiselonguetoffe
Rosenberger, Hainstr. 8

Gute Druckerarbeiten
von der einfachsten bis zur modern-
sten, geschmackvollsten Ausführung
in ein- sowie mehrfarbigem Druck
lokal für Private und Be-
höörden, Handel und Gewerbe, auch
Massenaufträge (im Flachdruck und
im Rotationsbetrieb hergestellt), bei
äußerst billiger Preisberechnung
Leipziger Buchdruckerei AG
Leipzig C 1, Tauchaer Straße 19/21
Fernsprecher Nr. 722 06

KLEINER ANZEIGER

Stellenangebote
Gartenverein „Sommerlust“, L.-Kleinzschoch.
sucht ab 1. Oktober tüchtigen
Vereinshaus-Bewirtschafter
Bewerbungen sind bis zum 18. Juli schriftlich an den
1. Vorsitzenden Herrn O. Sebald, Leipzig N 22, Treitschke-
straße 10, zu richten.

Rabitzer
stellen ein
Spezialbaugeschäft
Baumeister Müller & Gehring,
Rohrleitstraße 11.
Jg. Mädchen in Aufwart. f. Sonnabend u.
Sonnt. sofort gesucht. Kohlr. 46, 1. Günther

Stellenangebote
haben in der Leipziger Volkszeitung
den größten Erfolg!

20-25 Küchen
und diverse laderte
und funktierte
Schlafzimmer
gibt billig ab
Lendel, Möbel-
handlung. Joseph-
str. 33.

Auf Kredit
Schränke
mit 5 M. Anzahlung
Möbel- u. Waren-
Kredithaus
Hans Hoffmann,
Hainstraße 10, 1.
Kleider- und
Wäschechränke
nur noch kurze Zeit
130, br. 80, —
Bettin 20, 30, —
Küchenschrank 20, —
Wäschekorb 20, —
Chaiselongue 20, —
Tische 20, —, auch
Teilsahlungen.
S. Wrzesinski,
Wöbelhdlg., Klei-
nzsch., Dierstadt, 38

Gebr. Korbflaschen aller
Größen
zum Abstreifen zu verkaufen
Reudnitz, Grenzstr. 23/25, 4 6 Uhr, Lagerpl.
Kleiderschränke
Vertiko, Stühle
Püschschofa, Tische
Bettstellen mit Matr.
Kücheneinrichtung
Chaiselongue, alles
wie bekannt billig.
Elsterstr. 59, Händler.
Garten-Gelbe zu
verkaufen, Kleinsch.
Antonienstr. 42, 1. l.

Wer hat Stoff?
Wir fertige eleg. An-
züge u. Mäntel aus
mitgebracht Stoffen
nach genommenem
Mantel
Zutaten **29 M.**
Tadellos, Sitz, Rosshaar-
Einlage garantiert.
M. Volkmann Nachf.
Grosse Fleischergasse 9.

29.- 37.- 45.-
Dies sind die Preise, für welche ich
Ihnen
Anzüge u. Paletots
aus Ihren Stoffen nach genauem
Körpermaß
inkl. haltbarer Zutaten anfertige.
Gute Bahnen — Neueste Modelle
Lieferung prompt innerhalb 14 Tagen
Elegante Herrenmoden Fortschritt
Leipzig, Weststr. 61, pt.
Großanfertigung im eigenen Betrieb

Leipziger Leihinstitut,
Gesellschafts-Anzüge
Belau
Ecke Zettler Straße 3
Albertstraße 29a
Frack - Dachs
verleiht alle
Gesellschaftsanzüge
Hainstr. 6

Blick nach Osten
Eine Friedensfahrt nach Polen
Von Richard Kleineiß.

Zwei Stunden etwa braucht der Schnellzug, um die Strecke von zwei Kilometern zwischen den zwei Grenzstationen zu bewältigen. Bahnkontrolle bilden, Bahnkontrolle drüben, Revision des Gepäcks. Diese besteht darin, Anordnung im wohlverpackten Koffer zu schaffen. Wollte man sie sorgfältig vornehmen, so brauchte man viele Stunden. So ist's eine ärgerliche Geste. Der Eindruck: lächerliches Europa, das hinter der Entwicklung zurückgeblieben.

Unsitte bei Eisenbahnfahrten
Zur Warnung für Reisende

Der heftige Kultusminister läßt mitteilen:
Vor kurzem haben sich zwei Schüler (17 Jahre) eines Schülertransportes während der Eisenbahnfahrt zwischen Wehra und Fulda übermäßig weit aus den Fenstern der Wagen hinausgeschwungen und sich gegenseitig zugewinkt. Im gleichen Augenblick kam auf dem anderen Bahngleis in entgegengekehrter Richtung ein Schnellzug angefahren. Von dem Windfang der Lokomotive dieses Zuges wurden beide Schüler an Händen und Armen so schwer verletzt, daß sie unterwegs in ein Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Einem der Schüler mußte inzwischen der rechte Arm abgenommen werden.

209 Opfer der Schiffskatastrophe

Santiago de Chile, 10. Juli.
Nach einer amtlichen Meldung sind die Opfer des Unterganges des Dampfers Angamos nicht ganz so zahlreich, wie anfangs berichtet wurde. Die Gesamtzahl der Toten wird jetzt mit 209 angegeben. Zur Zeit des Unterganges des Schiffes befanden sich 9 Offiziere, 124 Mann und 82 Passagiere, d. h. 215 Personen an Bord. Soweit bekannt, sind nur 6 Personen gerettet worden. Eine weitere Meldung besagt, daß die Zahl der Geretteten auf 14 gestiegen sei.

Im Todesstamps

Trostlose Lage der Biglieri-Gruppe

Die letzten Meldungen aus Spitzbergen über den Aufenthalt des schwedischen Fliegerhauptmanns Lundborg geben ein eindrucksvolles Bild von den fürchterlichen Zuständen, in denen sich die Gruppe Biglieri befindet. Lundborg fand alle erkrankt. Die meisten litten an Fieberphantasien und benahmen sich wie Geistesgestörte. Die Lebensmittel, die ihnen zur Verfügung standen, waren gering und wenig appetitlich. Die Unwirksamkeit des Aufenthaltes wurde durch das Zusammentreffen der Kälte mit starkem Nebel erhöht. Die Trostlosigkeit der Lage der Italiener wird dadurch veranschaulicht, daß sie das nur wenige Meilen entfernte Land andauernd sehen, aber es nicht über das brüchige Eis erreichen können.

Die Nachforschungen nach den übrigen Gruppen der Italia sind inzwischen als völlig ergebnislos abgebrochen worden. Mehr als 20 Menschenleben müssen damit als Opfer einer falschen Wahnvorstellung betrachtet werden. Darunter befinden sich 11 Munde und mehrere tapfere Flieger, die zur Rettung der Italiemannschaft aufgestiegen sind, ohne die Heimat wiederzusehen. Noble aber lebt. Er soll nach einer Meldung aus Kingsbay von Mussolini aufgefordert worden sein, nach Italien zurückzukehren.

Die Verantwortlichen leugnen

Einer Mailänder Meldung der Information zufolge versichern die offiziellen italienischen Kreise, daß die im Ausland verbreiteten Gerüchte (!), wonach die Überlebenden der Mobile-Gruppe am Ende ihrer Kräfte und dem Tode nahe seien, zumindestens übertrieben seien. Rom dementiert sogar den Tod des Chefingenieurs Ceccioni. Die Meldung, der zufolge Kapitän Sora, der sich auf die Suche nach der Gruppe Mariano begeben hat, das Opfer eines Bärenangriffes geworden ist, wird gleichfalls abgelehnt.

Schlesische Räuberromantik

In dem niederschlesischen Kreise Brieg treibt derzeit ein in Doppel gelachter Raubmörder sein Wesen, der es verstanden hat, die ganze Gegend zu terrorisieren und sich monatlang einem großen politischen Aufgebot zu entziehen. Der Mann namens Belzer verübte im Mai im Landkreise Oppeln einen Raubüberfall auf den Kutscher eines Petroleumwagens, wobei dieser tödlich verletzt wurde. Seither war es weder der Oppelner Landjäger noch einem Aufgebot Schutzpolizei möglich, des von der Landbevölkerung unterhalten im Walde lebenden Mannes habhaft zu werden. Vor einigen Tagen trat Balzer auf niederschlesisches Gebiet über und eröffnete gegen zwei ihn stellende Männer, ein Landjäger und ein Gutsinspektor, ein lebhaftes Feuer, dem der Inspektor zum Opfer fiel, auch der Landjäger ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen. Man nahm an, daß der Räuber daraufhin wieder nach Oberschlesien geflüchtet sei. Statt dessen tauchte er am Montag wieder in Johnsdorf bei Brieg auf und schloß nach kurzem Wortwechsel den Vorgangswirt in der Nähe des Ortes nieder. Der Bevölkerung im östlichen Teil des Kreises Brieg hat sich daraufhin eine derartige Panik bemächtigt, daß sie die Ortsgrenzen nicht mehr zu überschreiten wagt. Dem weitestgehend verfallenen Polizeiaufgebot ist es noch nicht gelungen, Balzer neuerdings zu stellen. Die Regierungspräsidenten in Breslau und Oppeln haben hohe Kopfschmerzen auf die Erregung ausgeleiert, die aber angesichts der Lage bei der Landbevölkerung wirkungslos bleiben. Bemerkenswert an diesem Fall ist, daß er sich im westlichen Teil Oberschlesiens bzw. schon in Niederschlesien abspielt, da die spezifisch oberschlesische Wild-Westatmosphäre sonst meist nur im Süden und Osten der Provinzen, vorwiegend in den Grenzgebieten, vorherrscht.

Im Schacht verchüttet

SPD Herne, 10. Juli. (Radio.)
Auf der Zeche Shamrock I und II, deren Verhältnisse dem Landtagsabgeordneten Dittler zu einer Eingabe an die preussische Staatsregierung Veranlassung gaben, sind wieder zwei Steinhauer

tödlich verunglückt. Beim Vortreiben eines Querschlagesschlages fiel ein Arbeiter an, das überließ und die beiden Hauer begrub. Nach zwei Stunden nach dem Unfall gaben die beiden Verunglückten das letzte Lebenszeichen von sich. Auf der Zeche Shamrock herrscht ein altes Antreiber System. Die Unglücksziffern auf dieser Zeche sind übermäßig hoch.

Beim Einbruch von Grubenwänden in einem Bergwerk bei Laneshy wurden zwei Bergleute getötet, drei andere schwer und 20 leichter verletzt.

Suguzusammenstoß bei Weimar

Die Reichsbahndirektion Erfurt teilt mit: Am Dienstag, vor-mittag 11 Uhr, ist auf der eingleisigen Strecke der Privatbahn Weimar-Berta-Blankenhain ein von Weimar kommender Personenzug mit einer Lokomotive zusammengestoßen, die von Berta nach Weimar fuhr. Beide Lokomotiven entgleisten. Durch den starken Anprall erlitten 18 Passagiere und Bedienungsmannschaften Verletzungen. Von Weimar aus wurde ein Sanitätsauto zur Unfallstelle geschickt. Ueber die Schuld an dem Unglück konnte bis jetzt noch nichts Genaueres in Erfahrung gebracht werden. Der Sachschaden ist ziemlich groß.

Nach den letzten Feststellungen sollen bei dem Unglück insgesamt 29 Personen verletzt worden sein.

Ein weiteres Unglück verhütet

Von der Reichsbahndirektion Erfurt wird weiter mitgeteilt: Der aus Richtung Weichenfels am 19.13 Uhr hier fällige, am Dienstag Abend mit starker Verspätung in Weimar eingelaufene Personenzug erlitt bei der Einfahrt dadurch einen Unfall, daß eine Rangierlokomotive von vorn mit ihm zusammenstieß. Glücklicherweise konnten beide Führer noch rechtzeitig so stark bremsen, daß ein - soll wohl heißen schwerer - Zusammenstoß verhindert und ein sonst unvermeidliches schweres Unglück verhütet wurde. In dem vollbesetzten Personenzug herrschte starke Erregung.

Warschau, wie gesagt, bestätigt es. Nicht als ob das Automobil und die billige Autodroschke fehlte, aber zahlreicher vertreten ist die Pferdewirtschaft, deren Kutscher noch immer, wie in russischen Zeiten, die Nummer des Wagens auf dem Rücken tragen. Orient und Occident ist nicht mehr zu trennen. Ostliches und Westliches ist in dieser Hauptstadt Polens vereinigt, vielmehr existiert nebeneinander. Brunnengebäude und Brunnenstrahlen präsentieren sich, dahinter haust, vor allem im Judenviertel, das Elend. Auch der Brunst ist nicht neu und nur teilweise „auf neu renoviert“. Ueberall sieht man noch die Spuren der sächsischen Herrschaft. Da ist der Sackengarten (seit Errichtung des polnischen Staates auch für Juden zugänglich), und da ist der riesengroße Sackengarten. Auf ihm stand, wie uns berichtet wurde, früher eine mächtige, angeblich sehr schöne russische Kathedrale. Das katholische, und wie katholische (!) Polen hat sie schleunigst abgetragen; sie galt ihm - sicher nicht zu Unrecht - als Zwinger. Im Lazienki-Park das schöne Belvedere, jetzt der Wohnsitz Pilsudskis, und der prachtvolle Bau des Lazienki-Palastes aus dem späten 18. Jahrhundert, ein idyllischer Herrenmohnsitz (mit den nötigen Damen natürl.) Sie wußten zu leben von unserm Geld, die Fürsten dieser Zeit! Immerhin hatten sie mehr Geschmack als unsere heutigen Fürsten von der Industrie und der Bank, die doch auch sonst von unserm Geld zu leben verstehen. Gebuddelt wird bereits in einigen Straßen so, als ob man in Berlin wäre. Die Hauptverkehrsader jedoch, die Royal Swiat, präsentiert sich noch immer mit zerstücktem Holzpflaster aus der Jarezzeit. Wir bauen Schulen, wird uns versichert, die Schulen sind uns wichtiger als die Straßen. Ob es mehr ist als ein hübsches Wort? Wir vermöchten es nicht nachzuweisen; Tatsache aber ist, daß sozialhygienische Einrichtungen, schöne, gut geleitete Krankenhäuser mit Ambulatorien und eigenregierten Apotheken in verhältnismäßig großer Zahl vorhanden sind. Auch sehen wir in einer Fabrik des Tabakmonopols eine vor Sauberkeit blühende Kinderkrippe, und erfahren, daß nach eben angemessenem Gehalt solche Kinderhorte in jedem Unternehmen, das über hundert Frauen beschäftigt, unter staatlicher Kontrolle obligatorisch zu errichten sind.

Der Krankentassenbau, den wir beschäftigen konnten, erhebt sich als ein Walfisch inmitten des Judenviertels. Nirgends wird er nötiger sein; denn unhygienischer als in diesem Ghetto, dem Anziehungspunkt aus der jüdischen Periode, kann man kaum leben. (Doch dieses Lob, die Stadt mit 600 000 Einwohnern, ohne Kanalisation, vielmehr den Restor schlagen.) Eine Fülle von Menschen ist zusammengepackt in diesem Teil der Stadt. Sechzig Parteien und mehr in verhältnismäßig kleinen Gebäuden, deren dunkle, verschmutzte Eingänge, enge, blinde Fenster und zerlegte Hausfronten nichts anderes als fürchterliche Wohnhöhlen erwarten lassen. Das Angelegte, das darin haust, muß Legion sein. Und entsprechend dem Mitleid sehen die Menschen aus, die hier wohnen müssen. Sie sind jammert das, was wir im Westen Lumpenproletariat nennen möchten, obwohl nicht zu verkennen ist, daß die meisten dieser Juden selbständige Existenzen sind: Handwerker, Arbeiter und Händler. Alles kleinsten Formats mit einem unfaßlichen Existenzminimum. Da wird das neue Polen noch eine harte Kämp zu tun haben, zumal diese noch frommen Juden über den traditionellen Kinderreichtum der Armut verfügen und sicher auch aus religiösen Gründen von Antikonzeptionsmitteln nichts wissen wollen. Wären ihre Wohnungen Holzhäuser, man könnte sie anzünden und vollbrände damit eine wichtige soziale Tat. Aber es sind meist Steinbauten, und woher das Geld für eine großzügige Siedlungspolitik nehmen?

Kun kann man freilich in der deutschen Presse aller Schattierungen Artikel und Notizen über den Militarismus Tolens lesen, und noch vor kurzem ging eine angeblich Warschauer Meldung durch die sozialistische Presse mit Budgetziffern, die ein Uebermaß von Ausgaben für Heereszwecke im Gegensatz zu sozialen Ausgaben erkennen lassen sollten. Erkundigungen bei politisch befreundeter und informierter Seite ergaben die Unhaltbarkeit dieser Ziffern und das ist um so bedauerlicher, als die Angehörigen der deutschen Republik sich zuerst einmal um die Entfaltung des militärischen Balkens im eigenen Auge kümmern

Der Fabrikarbeiter-Kongress

SPD Hamburg, 10. Juli.

Der Verbandstag der Fabrikarbeiter führte am Dienstag die Aussprache über den Vorstands- und Kassienbericht zu Ende. Die Finanzen des Fabrikarbeiterverbandes sind, wie aus dem Bericht des Hauptkassierers Köhler hervorgeht, durchaus günstig. Die Hauptkasse hat mit den Lokalkassen zusammen heute einen Vermögenstand von mehr als 7 Millionen Mark, darunter befinden sich 33 Grundstücke, die eigenen Zwecken dienen. Trotzdem der Vermögensstand eine günstige Entwicklung aufweist, ist im Verhältnis zur Geldentwertung die gleiche Finanzkraft der Vorkriegszeit noch nicht erreicht. Für Kampfsysteme ist in den letzten Jahren verhältnismäßig mehr Geld ausgegeben worden als vor dem Kriege.

Die Aussprache wurde zum großen Teil von den in Arbeit stehenden Kollegen geführt, ein Beweis für das große Interesse an den Arbeiten des Verbandstages. Die kommunistischen Disziplinierung wählten neue Argumente nicht anzuführen. Die erhobenen leeren Vorwürfe bewegten sich in den alten Gleisen. Es war erstens, daß gerade Kollegen aus dem Arbeitserhältnis die Angriffe auf den Vorstand und die Tätigkeit der Organisation zurückwiesen. Treffend sagte Kämmerer, Berlin, daß die Organisationsverhältnisse dort am schlechtesten sind, wo die sogenannte Opposition das Heft in der Hand hat. Beachtlich waren die Klagen aus den Großbetrieben über die niedrigen Löhne. Eine harte und gefährliche Arbeit, wie sie dort geleistet werde, müsse auch entsprechend bezahlt werden. Im Anschluß an den Bericht des Arbeiterinnensekretariats, den Frau Kammerer erstattete, beschloß der Verbandstag die Einberufung einer Reichsfrauenkonferenz.

Im Schlußwort kam Brey auf das Explosionsunglück im Kreis Mellungen zu sprechen, wo sechs Arbeiter den Tod gefunden haben. Die Versammlung erhob sich zu Ehren der Verstorbenen von ihren Plätzen. Brey knüpfte an das Unglück die Mahnung, noch

mehr als bisher für den Arbeiterschutz einzutreten. Der Verbandstag nahm dann noch zum Vorstandsbericht folgende Entschlüsse an:

Der Verbandstag begrüßt die Verschmelzung der Verbände der Porzellan- und Glasarbeiter mit dem Fabrikarbeiterverband. Er fordert alle Berufslogen auf, zur Ausbreitung des Verbandes beizutragen. Durch die Steigerung der Lebenshaltungskosten ist der durch den Kampf errungene Anteil der Arbeiter am Ertrage der Arbeit beschränkt worden. Ein angemessener Anteil am Arbeitsertrage ist mit der Voraussetzung für den inneren Aufbau der Wirtschaft. Neben einem günstigen Lebensstandard ist eine völlig gleichberechtigte Stellung der Arbeiterklasse in Staat und Gesellschaft notwendig. Der Verbandstag erklärt sich mit der Tätigkeit der Redakteure und den Veröffentlichungen des Verbandes einverstanden und spricht den betreffenden Kollegen Dank und Vertrauen aus. Als nächstes Ziel gesetzgeberischer Tätigkeit erklärt der Verbandstag: **Ausbau der Krisenfürsorge, Sorge für die älteren Arbeiter, Schaffung eines sozial einheitlichen Arbeitsrechtes nach der Verfassung, Ausbau der Arbeitsrechtspflege, Besserstellung der Versicherten der Sozialversicherung und Ausbau des Arbeiterschutzes, insbesondere strafrechtlicher Schutz der Arbeitskraft, sichere Erfassung der Berufskrankheiten als Unfallfolgen, Achtstundentag als Höchstgrenze, wirksamen Arbeiterschutz den Heimarbeiterinnen.** Die Auffassung, daß diese programmatischen Arbeiten reformistisch, d. h. der Arbeiterklasse nicht dienlich seien, ihren Bekämpfungshindern oder hinauszuversetzen, lehnt der Verbandstag als illusionär und schädlich ab.

Diese Entschlüsse wurden gegen 10 Stimmen angenommen. Der Antrag, der dem Vorstand das Vertrauen ausdrückt, wurde in namentlicher Abstimmung mit 180 Stimmen angenommen. Mit Nein stimmten 4, enthalten haben sich 30, nicht abgestimmt etwa 13 Kollegen. Unter den Stimmhaltungen befinden sich sämtliche Vorstandsmitglieder, die Bundesleitung und die Branchenleitungen.

Internationale Lebensmittelarbeiter-Union

Die Internationale Union der Lebensmittelarbeiter (IUL) hat ihren alle drei Jahre wiederkehrenden Kongress vom 2. bis 4. Juli in Wien abgehalten. Auf der Tagesordnung standen die erteilten Gesetze, die Beratung des Tätigkeitsberichts des Sekretariats, die Frage des Achtstundentages, der Nachtarbeit in den Bäckereien, die Frage der Gewichtsbeschränkung von Traglasten, die Entgegennahme eines Referats über die weltwirtschaftliche Struktur der Lebens- und Genussmittelindustrie und die Stellung ihrer Arbeiterklasse. Vertreten waren 19 Organisationen aus 16 Ländern mit 52 Delegierten. Unter ihnen waren zum erstenmal die Vertreter der Lebensmittelarbeiterorganisationen Spaniens, Polens, Finnlands und Jugoslawiens erschienen.

Zu dem gedruckt vorliegenden, umfangreichen Tätigkeitsbericht äußerte sich der internationale Sekretär, Genosse Schifferstein, in zusammenfassender und ergänzender Weise. Er wies darauf hin, daß zum erstenmal im gedruckten Bericht ein Überblick über die ökonomische Lage der Lebens- und Genussmittelindustrie der ganzen Welt gegeben werde, in welchem verdeutlicht wird, die grundlegenden wirtschaftlichen Veränderungen der Lebensmittelindustrie der letzten Jahre aufzuzeigen. Der Union ist es gelungen, ihren Mitgliederbestand weiter zu erhöhen. Anfang des Jahres 1925 gehörten der IUL 29 Landesorganisationen mit 617.569 Mitgliedern an. Ende 1927 betrug die Zahl der angeschlossenen Landesorganisationen 32, wovon 29 über ihren Mitgliederbestand berichtet haben; es ist auf 764.126 angestiegen. Dies ist ein erfreuliches Resultat. Es besteht die Hoffnung, daß man auch mit den noch fehlenden Organisationen des englischen Sprachgebietes in nähere Verbindung treten kann, insbesondere mit den Mühlenarbeitern Englands. Wertvoll ist, daß die IUL auch in Spanien Fuß gefaßt hat; es ist zu hoffen, daß damit eine Brücke nach Lateinamerika geschlossen werden kann.

In der Diskussion über den Bericht äußerten sich die Genossen Krillo und Hartmann aus Dänemark über die organisatorischen Verhältnisse in ihrem Lande. Der polnische Delegierte Wasil berichtete aus seinem Lande, daß die dortige Organisation im Aufstiege sich befindet. Der Internationale spricht er den Dank für ihre bedeutenden Leistungen in den letzten Jahren aus. Er brachte eine Resolution ein, die in zunehmendem Sinne vom Bericht des Sekretariats Kenntnis nimmt und der Leitung der IUL den Dank des Kongresses für ihre erfolgreiche Tätigkeit ausspricht.

Die Kritik der drei russischen Delegierten Weinberg, Edoznikow und Ustin an der Tätigkeit der IUL beruhte auf der bekannten Einstellung der russischen Genossen zu den Fragen der internationalen Gewerkschaftsbewegung; eine Einstellung, die die Kampfbedingungen der westeuropäischen Gewerkschaften verkennt. Ihre Kritik galt insbesondere auch den Beziehungen der IUL zum IGB und zum Internationalen Arbeiteramt in Genf.

Eine Reihe von Delegierten antwortete der russischen Delegation; es wurde dagegen protestiert, daß die russischen Vertreter die Arbeiten des Kongresses durch ihre unfruchtbare Diskussion, in der sie nichts Neues auszuführen wissen, so lange hinausziehen. Genosse Schifferstein wies darauf hin, daß die Gewerkschaftsbewegung durch die wirtschaftliche Entwicklung bedingt ist. In Westeuropa seien die Gewerkschaften als Kampforganisationen gegen die Unternehmer entstanden, in Rußland sind sie erst nach der Revolution groß geworden; dort sind sie aber zu Wirtschaftszweigen geworden, die am ökonomischen Aufbau des Staates arbeiten. Die IUL wird den Prinzipien, die die europäische Gewerkschaftsbewegung groß und stark gemacht haben, treu bleiben.

Nach Schluß der Diskussion über den allgemeinen Teil des Tätigkeitsberichts ergriß Genosse Dr. Spühler-Zürich das Wort zu seinem Referat über die weltwirtschaftliche Struktur der Lebens- und Genussmittelindustrie und die Stellung ihrer Arbeiterklasse. In seinen gut einständigen Ausführungen bot er einen Überblick über die internationale Arbeiterteilung in der Lebensmittelindustrie und über die Handelsbeziehungen, die daraus resultieren. Er konnte eine Durchbrechung der Vormachtstellung Europas und eine Verdrängung des Schweregewichts nach den überseeischen Ländern feststellen. Eingehend schilderte er die kapitalistische Zusammenfassungsbewegung in nationaler und internationaler Ausmaße, warnte aber vor der Illusion, daß die monopolistischen Organisationsformen des Kapitals zu planwirtschaftlicher Durchorganisation der Produktion führen und eine Sicherung des Weltfriedens stiften könnten. Der internationale Organisation des Kapitals sei die gleichgerichtete internationale Organisation der Arbeiterklasse einzuordnen. Industrie entgegenzustellen. Die ökonomische Entwicklung drängt in erster Linie zur Schaffung mächtiger Berufs- oder besser: Industrieinternationalen der Arbeiterklasse.

Über die Frage der Nachtarbeit in den Bäckereien referierte Genosse Schifferstein. Er verwies auf die große Bedeutung des internationalen Übereinkommens betreffend das Verbot der Nachtarbeit in den Bäckereien, das der Bäckerarbeiterklasse Gelegenheit gegeben habe, vor der ganzen Welt ihre Forderungen zu verfechten. Er empfahl die Resolution des Vorstandes zur Annahme, die die Organisationen im Kampfe gegen die Nachtarbeit der Unterstützung der IUL verpflichtet. Es sei für die Ratifikation einzutreten, aber nicht um den Preis einer Verschlechterung der bestehenden Schutzrechte. Nach Bemerkungen von Jipper (Dösterreich), Lannes (Deutschland), der dagegen protestiert, daß in

Rußland die gewerkschaftliche Organisation der Einführung des Dreißichtentages zugestimmt hat, wird die Resolution einstimmig angenommen.

In der Diskussion über die Bestrebungen zur Schaffung eines internationalen Übereinkommens gegen das Tragen schwerer Lasten gibt Köhler (Deutschland) der Enttäuschung Ausdruck, daß die Behandlung dieser Frage in Genf wieder zurückgestellt ist. Gegen die Stimmen der russischen Delegation, die beantragt jede Beziehung zum Genfer Arbeitsamt abzulehnen, wurde eine Resolution angenommen, die verlangt, daß durch die internationale Arbeiterorganisation eine Konvention geschaffen werden soll, die das zulässige Gewicht von Traglasten, die als Massengüter in den Verkehr gelangen, auf maximal 75 Kilogramm festsetzt.

Zugestimmt wird ebenfalls einer Entschlüsse, die das unverbrüchliche Festhalten am Achtstundentag ausdrückt und eine Revision der Washingtoner Konvention zur Annahme, wenn diese eine Verbesserung im Sinne der Arbeiterforderungen bedeutet.

Zustimmung fand auch eine Entschlüsse über die Einheit der Gewerkschaftsbewegung, worin der Kongress bedauert, daß die Bemühungen zur Erreichung der Einheit infolge der Einwirkungen der Roten Gewerkschaftsinternationale nicht zum Ziele führen konnten.

Damit war der Gesamtbericht abgenommen und die Diskussion geschlossen durch die Annahme des polnischen Vertrauensantrages. Die Wahlen in die Organe der IUL fielen im Sinne der Bestätigung der früheren Mitglieder aus. Um dem großen russischen Verband eine stärkere Vertretung im Vorstande zu geben, wurde dieser um zwei Mitglieder erhöht. Als Präsident der Exekutive wurde Wilhelm und als internationaler Sekretär Schifferstein bestätigt. Sitz des Sekretariats bleibt Zürich. Der nächste Kongress (1931) wird in Prag stattfinden.

Wak dem Lastkraftwagen!

In der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau veröffentlicht Dr. Otto Lauts-Hamburg den folgenden Artikel, den wir seiner besonderen Bedeutung wegen zum Abdruck bringen. Reb. d. Volkstg.

Die Förderung des Kraftfahrzeugwesens ist heute im Zeitalter der Motorisierung des gesamten Verkehrs schon aus rein volkswirtschaftlichen Gründen und solchen der Zweckmäßigkeit eine völlige Selbstverständlichkeit. Leider sind aber bei uns in Deutschland manigfache gesetzliche Bestimmungen vorhanden, die gerade jetzt einer gesunden, fortschrittlichen Entwicklung, vornehmlich des schweren Autoverkehrs, entgegenstehen. Es wäre ja sehr einfach, die Bestimmungen den Wünschen der Interessenten anzupassen, auch würde das im allgemeinen bei der günstigen Einstellung des Reichsverkehrsministeriums schnell zu erreichen sein, wenn nicht die Wegbaupflichtigen (Provinzen, Kreise und Länder) dem entgegenwärt, und es sei das gleich gesagt, unbegründete Schwierigkeiten bereiten.

Der Kampf geht hier um die Entwicklung des schweren Lastkraftwagens, und zwar um die Höchstbelastung, Geschwindigkeit, Ausmaße und die Bereifung. Man beruft sich gern und häufig, aber auch vielfach zu Unrecht auf das Beispiel Amerikas. So auch bei Betrachtung vorliegender Frage, wenn der Wegbaupflichtigen sagt, daß die Entwicklung zum schweren Wagen schick, unwirtschaftlich und schädlich sei, wo doch in Amerika fast nur leichtere Wagen bis zu 3 Tonnen Eigengewicht benutzt würden. Aber längst nicht alle amerikanischen Verhältnisse lassen sich auf die deutschen übertragen. Da jedoch heute noch nicht bei allen Wegbaupflichtigen die Richtlinie des Grundgesetzes, daß sich die Straße an den gegen früher so sehr veränderten Verkehr anzupassen habe, durchgedrungen ist, ist allerdings solche Argumentation wohl verständlich. Wenn heute bei uns die Zunahme der leichten Lastkraftwagen weit größer ist als die der schweren, so liegt das nur in der vermehrten Anschaffung von Automobilen begründet; Schlachter, Bäcker, Konditoren, Warenhäuser und Einzelhandelsgeschäfte können eben keine Fraxtonner gebrauchen. Konsumvereine, Brauereien, Eisenwerke, Kohlenbetriebe, Mühlen, Fabriken, Delgesellschaften usw. werden jedoch nach wie vor den Wagen wählen, welcher das höchste Ladevermögen hat. Hinzu kommt also noch der in starker Entwicklung stehende Omnibusverkehr; auch hier sind zum weitaus größten Teile die „Kieseln“, und zwar wiederum aus rein wirtschaftlichen Gründen, in der Mehrzahl.

Die gesetzlichen Bestimmungen über Höchstgewichte für zweirädrige Lastkraftwagen (neun Tonnen) stammen schon aus dem Jahre 1910 (!), und man darf daher schon aus diesem Grunde sagen, daß sie den heutigen Erfordernissen der Kraftverkehrsindustrie in keiner Weise mehr entsprechen. Die Entwicklung des deutschen Lastkraftwagenbaues hat auf Anforderung der Privatbetriebe sowohl als auch der Kommunalverwaltungen zur Konstruktion von Fahrzeugen geführt, welche bei voller Ausnutzung ihrer Pabfähigkeit die obengenannte Gewichtsgrenze überschreiten müssen. Verbraucher und Industrie erstreben seit langem eine Anpassung der

Ausbau der Krisenfürsorge

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages begann am Dienstag seine Beratungen mit der Behandlung der Krisenfürsorge. Nach der einleitenden Programmrede des Reichsarbeitsministers Wiffel, der die Ankündigungen in der Regierungserklärung hinsichtlich der Erwerbslosenhilfe eingehend erläuterte und den Ausbau der Krisenfürsorge besprach, begründeten zunächst die Kommunisten ihre Anträge, die eine vollkommene Außerkräftsetzung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes bedeuten würden.

Hg. Hermann Müller-Vichtenberg (Soz.) gab sodann eine Schilderung des derzeitigen Arbeitslosenstands und begründete eine von der Sozialdemokratie mit den übrigen in der Regierung vertretenen Parteien eingebrachte Entschlüsse, die den sofortigen Ausbau der Krisenfürsorge in folgenden Punkten bezweckt:

1. Der Personenkreis der Krisenfürsorge soll auf die Lohnarbeit wechselnder Art ausgedehnt werden.
2. Je nach Lage des Arbeitsmarktes sollen noch weitere Berufsgruppen erfasst werden.
3. Bei weiterer Verschlechterung des Arbeitsmarktes soll die Ausdehnung auf alle Arbeitslosen erfolgen.
4. Die Unterstützungsdauer in der Krisenfürsorge soll im allgemeinen auf 30 Wochen, für die älteren Arbeiter und Angestellten darüber hinaus verlängert werden. Bereits ausgeflewerte Arbeitslose sollen wieder entsprechend eingereiht werden.
5. Die Bedürftigkeitsprüfung soll nach neuen Grundsätzen geregelt werden.

Im Verlauf der Debatte wurden sowohl von kommunistischer wie von bürgerlicher Seite zu der von Müller-Vichtenberg begründeten Entschlüsse Änderungen anträge eingebracht, die jedoch beide der Ablehnung verfielen. Die Sozialdemokratie wird sich dafür einsetzen, daß auch das Plenum des Reichstages noch vor den Ferien die Vorlage zum Ausbau der Krisenfürsorge verabschiedet.

Sächsische Textilindustrie

SPD Die Verhandlungen zur Beilegung des Arbeitszeittrottes in der mittel- und westsächsischen Textilindustrie, die am Dienstag im Reichsarbeitsministerium stattfanden, sind ergebnislos abgebrochen worden. Die Textilunternehmer hatten den Schiedspruch über die Arbeitszeit angenommen und Verbindlichkeitsklärung beantragt.

Mitglieder des Zentralverbandes der Zimmerer Zahlstelle Leipzig

Morgen, Donnerstag, 17 Uhr, findet im Großen Saal des Volkshauses die angelegte Mitgliederversammlung statt. Jedes Mitglied ist verpflichtet, zwecks Ausfertigung über die Anwesenheit Kronenberg, in der Versammlung zu erscheinen. Zutritt nur mit Mitgliedsbuch.

Die Berliner Funktionäre des Metallarbeiterverbandes besaßen sich am Dienstag mit dem kürzlich gefällten Schiedspruch für die Berliner Metallindustrie. Die sogenannte Opposition verteilte vor dem Versammlungsort, „aufklärende“ Flugblätter, in denen die Funktionäre aufgefordert wurden, den Schiedspruch abzulehnen. Das Ergebnis war die Annahme des Spruchs mit 459 Stimmen gegen 439 Stimmen. Die Abstimmung war geheim.

Bei den Wahlen des Metallarbeiterverbandes zum Verbandstag sind im Bezirk Thüringen für die Anstaltler Richtung 7739 und für die Moskauer 3634 Stimmen abgegeben worden. Seit der letzten Wahl hat in Thüringen die Richtung Amsterdamer 1279 Stimmen zugenommen, während Moskau 322 verloren hat.

gestellten Bestimmungen an diese Entwicklung. Die bisherige, stark ablehnende Stellung der Wegeunterhaltungsbehörden kam von diesen nicht weiter aufrechterhalten werden, da sowohl Laboratoriumsversuche als auch praktische Fahrversuche den Nachweis der besonderen Schädlichkeit der schweren Lastkraftwagen für die Straßenoberfläche nicht erbracht, vielmehr erwiesen haben, daß bei Wahl geeigneter Bereifungsarten die bisherigen Höchstgewichte unbedenklich erheblich erhöht werden können und müssen.

In der letzten Forderung der Verordnung über Kraftfahrzeugverkehr ist der gewöhnliche Vollgummireifen verboten, außerdem angeordnet, daß alle Kraftfahrzeuge bis drei Tonnen nur mit Luftreifen, über drei Tonnen mit Luft- oder hochelastischen Vollgummireifen versehen sein müssen. Damit ist also auch die letzte Voraussetzung für die Heraushebung des Höchstgewichts erfüllt. Ueberdies darf nicht vergessen werden, daß in technischer Hinsicht, und zwar hauptsächlich bezüglich der Abfederung gegen früher erhebliche Fortschritte zu verzeichnen sind. Auch diese Tatsache kommt bei der Schonung der Straße zugute!

Die 9-Tonnen-Grenze muß fallen, und zwar schon jetzt! Auch die Bestimmung, nach der Kraftwagen über 5,5 Tonnen Gesamtgewicht außerhalb geschlossener Ortschaften erheblichen Geschwindigkeitsbeschränkungen unterliegen, ist durch die Entwicklung überholt und widerspricht den heutigen Bedürfnissen. Ihre Abänderung ist insbesondere mit Rücksicht auf den Omnibusverkehr dringend notwendig und kann unbedenklich erfolgen. So hat z. B. der VAD die aus nachstehender Tabelle ersichtlichen Geschwindigkeiten vorgeschlagen; die in Klammern hinzugefügten Zahlen bedeuten die zur Zeit zulässigen Geschwindigkeiten:

Gesamtgewicht	Höchste Geschwindigkeit			
	innerhalb geschlossener Ortschaften bei		außerhalb	
	Voll- und Hochelastikreifen	Vollreifen	Voll- und Hochelastikreifen	Vollreifen
1. Bis 5,5 Tonnen ohne Anhänger	40 km (30 km ¹)	40 km (30 km ¹)	unbeschränkt	unbeschränkt
2. Bis 5,5 Tonnen mit Anhänger	30 km (15 km)	15 km (15 km)	unbeschränkt	unbeschränkt
3. Über 5,5 Tonnen ohne Anhänger	30 km	20 km (25 km)	40 km ² (30 km)	20 km (25 km)
4. Über 5,5 Tonnen mit Anhänger	25 km (16 km)	15 km (16 km)	40 km (30 km)	20 km (25 km)

¹ Höhere Verwaltungsbehörde kann bis 50 Kilometer (40) zulassen.
² Für Omnibusse 50 Kilometer.

Für die Existenz der Beförderungsentnehmer sowie der Großfahrzeugindustrie ist es Lebensfrage, daß die Fahrzeuge immer leistungsfähiger gestaltet werden. Hierzu ist es schließlich noch notwendig, daß die Wagenbreiten so groß wie irgend mög-

Nach gehalten werden. Auch hier stoßen sich die Ansichten der Wegebaupflichtigen und der Interessenten einander gegenüber. Nach der Auffassung der ersteren sollen die Höchstbreiten für Lastkraftwagen einschließlich aller vorstehenden Teile 2,10 Meter, für Autobusse und Möbelwagen 2,25 Meter nicht überschreiten, während die andere Partei (Kraftwagenbesitzer einschließlich Reichspost und Kraftverkehrsvereinigungen und Autoindustrie) Breiten von 2,30 Meter bis 2,48 Meter fordert.

Die Breite von 2,25 Meter muß für Autobusse als zu gering bezeichnet werden, weil der Personenverkehr mit Autobussen sich nur rentabel gestalten kann, wenn der Wagen vier Sitze in einer Querreihe hat, wozu als Mindestmaß unter Berücksichtigung des notwendigen Mittelganges 2,35 Meter in Frage kommen. In der Reichspostverwaltung, besonders in Norddeutschland, sind sogar Omnibusse von 2,43 Meter schon in Betrieb, ohne daß bisher sich nennenswerte Unzulänglichkeiten ergeben haben. Die guten Erfahrungen im Berliner Verkehr, in welchem durch ein Verbot von Autobussen mit größerer Breite auf Linien verkehren, die ihnen wegen ihrer Enge unterlag waren, haben bewiesen, daß selbst in dem wie an keiner anderen Stelle Deutschlands derteilig zusammengedrängten Verkehrsstrom der Hauptstadt eine Vergrößerung der Wagenbreite unbedenklich erscheint.

Bei dem Kampf um den schweren Lastkraftwagen handelt es sich um die Entwicklung eines Beförderungsmittels, das trotz seines geringen Alters zu einer gewaltigen Vollkommenheit gelangt ist und berufen erscheint, die gesamten Verkehrs- und Beförderungsbedingungen, volkswirtschaftlich und vom Standpunkte des Allgemeinwohls betrachtet, in günstigem Sinn umzugestalten. Man darf mit Recht hoffen, daß die Gesetzgeber diesen Kampf so schnell wie möglich beenden.

Ein Klavieryndikat

Wie in der Handelspresse mitgeteilt wird, wurde unter Mitwirkung von 53 namhaften deutschen Firmen des Pianoforte- und Harmoniumbaues eine Interessengemeinschaft deutscher Pianoforte- und Harmoniumfabriken mit dem Sitz in Berlin errichtet. Zweck des Unternehmens soll sein der Einkauf von Materialien, die Normalisierung der Herstellung, der Austausch von Fabrikationserfahrungen, die Festlegung von Verkaufsvereinbarungen, die Kreditbeschaffung und die Verkaufsförderung, letztere insbesondere für Teilzahlungsgeschäfte und die Beschaffung von Mietinstrumenten. Die Interessengemeinschaft wurde mit einem Grundkapital von vier Millionen Mark gegründet. Dem Aufsichtsrat gehört u. a. der Inhaber der Pianofortefabrik Westermayer in Berlin an, der gleichzeitig Vorsitzender des Verbandes Deutscher Pianofortefabriken ist. Im Vorstand der neuen Interessengemeinschaft steht an erster Stelle der Geschäftsführer der Interessengemeinschaft Deutscher Pianofortefabriken, der Diskontovereinigung Deutscher Pianoforte- und Harmoniumfabriken und der Kreditgemeinschaft Deutscher Pianofortefabriken, Eduard Lucas. Es handelt sich bei der Neugründung offensichtlich um eine Zusammenfassung der bisherigen Einzelorganisationen der Klavierindustrie, die zu einer Verbilligung und Typisierung der Produktion und zu einer Ausweitung des Absatzes durch eine bessere finanzielle Fundierung des Verkaufs auf Teilzahlung, damit auch zu einer „Stabilisierung“ der Preise die Möglichkeit gewähren soll.

Schwieriger Baumarkt

Die Konjunktur wird gegenwärtig ungünstig dadurch beeinflusst, daß es nicht gelungen ist, den Baumarkt wie im Vorjahre zu beleben. Nach Angaben des Reichsstatistischen Amtes bleiben die in den ersten drei Monaten des Jahres 1928 fertiggestellten Wohngebäude und Wohnungen ganz erheblich hinter den Zahlen des vierten Vierteljahres 1927 zurück, liegen aber über den Ziffern des ersten Vierteljahres 1927. Dieser Vergleich will aber nichts belügen, da im ersten Vierteljahr 1928 noch zahlreiche aus dem Vorjahre stammenden Restbauten vollendet wurden. Ein klareres Bild erhält man, wenn man die für das erste Vierteljahr 1928 erteilten Bauerlaubnisse betrachtet. Sie bleiben, in der Hauptfache infolge der schwierigen Finanzierungsfrage, hinter den Bauerlaubnissen zurück, die 1927 erteilt wurden. Einen Überblick über die Entwicklung gibt folgende Zusammenstellung:

	Erteilte Bauerlaubnisse für Wohnungen in 86 Städten	in 30 Großstädten
1927		
1. Vierteljahr	22 416	18 161
2. Vierteljahr	33 378	25 084
3. Vierteljahr	32 081	25 924
4. Vierteljahr	23 792	20 191
1928		
1. Vierteljahr	20 031	17 259

Die im ersten Vierteljahr 1928 erteilten Bauerlaubnisse liegen weit unter dem Durchschnitt der im Jahre 1927 erteilten; jedoch ist ein ständiges Ansteigen der Bauerlaubnisse festzustellen. So betrug in den von der Statistik erfaßten deutschen Großstädten die Zahl der im Januar 1928 erteilten Bauerlaubnisse rund 5350. Sie steigerte sich im Monat Februar um gut 600, am im März 1928 auf über 8000 anzuwachsen. Trotz dieser immerhin günstigen Entwicklung wird der Baumarkt die Auslandsanleihe nicht entbehren können. Sie wird besonders deshalb nötig, weil der private Baubetrieb im Vorjahre die Bauten übermäßig finanziert hat.



Gewerkschaftliche Ferienheime im bairischen Hochland

München, Ende Juni.

Vor kurzem hat der Konsumverein Sendling-München im schönen Mariabrunn, zwischen Zing und Wolfratshausen (eine schwache Stunde Bahnfahrt), ein gewerkschaftliches Kinderheim errichtet, das inzwischen eröffnet worden ist und alle vier Wochen 50 erholungsbedürftigen Kindern von Konsumgenossenschaftlern Aufnahme gewährt.

Aber auch die erwachsenen Angehörigen der Arbeiterklasse beanspruchen ihr Recht auf Erholung. Es hat eines jahreslangen gewerkschaftlichen Kleinkampfes, gewaltiger Streikentbehrungen und der Novemberrevolution bedurft, bis dem Arbeiter und dem Privatangestellten ein jährlicher Urlaub zugestanden wurde. Wie lange hat es gedauert, bis die Krankenkassen dazu übergegangen sind, den in der Rekonvaleszenz begriffenen Kranken Erholungsurlaub mit Fortzahlung des Krankengeldes zu gewähren? Es wird noch einiger Anstrengungen bedürfen, bis auch noch die Krankenkassen und ein Unterhaltungsurlaub für die Familien des Rekonvaleszenten geleistet werden.

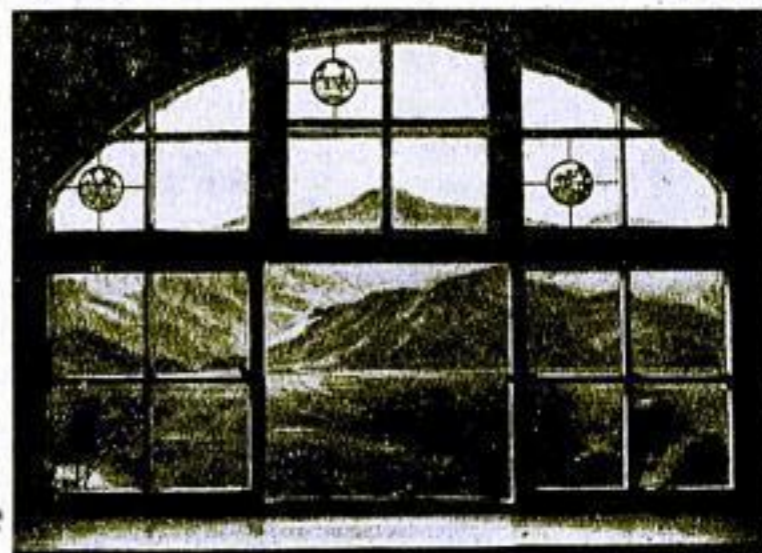
ist die Erlämpfung eines jährlichen Urlaubes für die Arbeiter und Angestellten ein prinzipieller Erfolg vom Standpunkte des sozialen Gedankens, so doch unter dem Druck der rückwärtslos kapitalistischen Rationalisierung, die den Arbeiter jeden Tag in die Arbeitsleier hinein schleudern kann und ihm so einen aufreibenden und qualvollen Zwangsurlaub diktiert, ein höchst fragwürdiger: Sehr oft wird der Arbeiter seinen lergen Urlaub dazu-



benützen, zuhause seiner Frau zu helfen und seine elende Wohnung ein wenig instandzusetzen, damit ihn nicht jeden Tag graut, wenn er von der Arbeit nach Hause kommt. Soweit er sich etwas erholen will, wird er seine Verwandten auf dem Lande aufsuchen, dort wieder ein wenig helfen, um Lebensmittel für Frau und Kind mitzubringen. Die Frau ist ohnehin an die Wohnung gebannt, wenn Kinder da sind, für die es zu einem Erholungsurlaub nicht mehr reicht. Für die Arbeiter gibt es noch zu wenig Möglichkeiten, sich zu einem billigen Preis im Rahmen Gleichgeinnter eventuell mit seiner Frau zu erholen.

Diesem Uebelstand versucht der Münchner Gemeinde- und Staatsarbeiterverband unter der Führung seines tatkräftigen Leiters Erhart durch die Errichtung eines Ferienheimes zu begegnen, das Anfang Juni mit Unterstützung des Berliner Verbandsvorstandes in Kochel am See eröffnet worden ist. Das Ferienheim war früher ein Strandcafé mit Unterlunfts-möglichkeiten. Einstweilen stehen 21 Betten zur Verfügung, die bereits bis August vergeben sind. Das Heim besitzt prachtvolle Terrassen, die einen wundervollen Ausblick auf die umliegende Bergwelt gewährt, schöne Säle, darunter ein Speisesaal für 200 Personen, ein Strandbad und Gelegenheit für Boot- und Motorschiff-fahrten. Bei bester und reichlicher Verpflegung nebst Wohnung in freundlich ausgestatteten Zimmern, ist die Tagespension auf 4 Mark festgesetzt, was gerade zur Bestreitung der Selbstkosten reicht.

In diesem Ferienheim des Münchner Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes hat der Erholungsbedürftige alles, was er sich nur wünschen kann: eine Verbindung von See und Gebirge; nicht



weit oberhalb des Kochelsees liegt der Walchensee, an dem bekanntlich Volkmars seine letzten Tage verlebte hat (Solenjah) und den Goethe und Heine auf ihrer Italienfahrt passierten. In nächster Nähe liegt das gigantische Walchenseekraftwerk, dessen Bau erst durch die Novemberrevolution und die Initiative der Sozialisten ermöglicht geworden ist. Von Kochel aus gibt es die schönsten Ausflüge.

Das freigewerkschaftliche Ferienheim ist eine öffentliche Einrichtung. Wer daher in den kommenden Wochen das bairische Oberland besucht oder mit dem Postauto von Kochel über Mittenwald am Walchensee vorbei nach Innsbruck-Tirol will, veräume nicht, dem Heim, wo er billiger als sonstwo essen und trinken kann, einen Besuch abzustatten.

Da Kochel mit seinem See, dem tiefschwarzen Walchensee und den umliegenden Bergen ein beliebtes, nahegelegenes und mit Sonntagstarke auch billig zu erreichendes Ausflugsziel ist (man fährt knapp eineinhalb Stunden entweder mit der privaten Har-talpbahn oder am billigsten mit der Staatsbahn am Starnberger (Wärn)see, den lieblichen Osterseen, dem Bergwerksort Penzberg und am alten Kloster Benediktbeuren — Aufstieg zur prachtvollen Benediktinerwand! — vorbei) bietet das Ferienheim auch den proletarischen und freigewerkschaftlichen Sonntagsausflüglern eine preiswerte Einkehr.

Gewiß ist das neue Heim nur ein Tropfen auf einen heißen Stein, aber es ist immerhin ein Anfang, dem weitere Schritte der sozialen Selbsthilfe durch die freien Gewerkschaften und die Genossenschaften folgen müssen und auch werden.

* Die Leipziger Ortskrankenkasse hat seit mehr als 25 Jahren Erholungsheime. (D. Red.)

Die Nacht nach dem Berrat

59) Roman von Liam O'Flaherty.
Berechtigte Uebersetzung aus dem Englischen von H. Hauzer.
Copyright by Th. Knauer Nachf., Berlin W 50

Mit einer lauten, fröhlichen Stimme sagte sie: „Aber sicher, Gypso, du kannst hier schlafen bis zum jüngsten Gericht, wenn du Lust hast. Conmemara Mary hat mir's ja erzählt, wie Bartly im Rulholland gekommen ist dich holen. Sie kam zu Biddy Burke rein, betrunken wie'n Lord und kam dann raus mit der Geschichte, wie Bartly dir 'nen Revolver vor den Kopf gehalten hat und dich dann vor sich her auf die Straße trieb.“

Gypso richtete sich etwas auf: „Du lägst!“ grollte er.
„Kann sein, daß sie das nicht genau so gesagt hat, aber —“
„Hoi sie dir das Pfund gegeben, das sie dir von mir geben sollte?“

„Ein Pfund? Hast du ihr ein Pfund für mich gegeben? Na so ein Lügenpad! So eine Räuberbande! Oh, diese dreckige Brut von podennarbigem Pflidschneidern! Die nimmt den gelackten Kuchen! Wenn du die Wahrheit wissen willst: zehn Schilling hat sie mir gegeben, und um die mußte ich noch kämpfen. Ich will ja nichts sagen über Dinge, über die ich 'ne ganze Waise sagen könnte, aber —“

„Oh, laß nach mit dem Geschwätz!“ — Gypso grollte und tastete mit der Hand hinter sich nach dem Boden. „Ich bin nicht in der Laune für dein Gekabbel, Katie.“

Gereizt schrie sie ihn an: „Lieg nicht auf dem Boden! Mach, daß du ins Bett kommst. Leg dich in meine Ecke hin. Klammere dich nicht um Louisa. Die Ecke gehört mir. Ich kann da reit-laffen, wenn ich will. Louisa, wenn du nicht still liegst, mach ich dich kalt, so sicher wie unser Herr gekreuzigt worden ist. Ich tu's. Kannst du was anderes erwarten? Ich will jetzt nichts sagen, Gypso, ich sehe die Lage, in der du stehst, aber trotzdem, jetzt hast du's zu büßen. Ich hoffe, du machst dir nichts draus, daß ich geradeheraus rede. Jetzt hast du's zu büßen, daß du die Leute verläßt, die freundlich zu dir sind und dein Geld wegwirft an ein Stück wie das. Aber wie meine arme Mutter, Gott sei ihrer Seele gnädig, immer sagte —“

„Heraus mit dir, raus mit dir!“ kreischte die alte Frau und suchte mit ihrem Stof.

Gypso hatte sich rüdlings auf das Bett geworfen. Die alte Dame begann schwächlich mit ihrem Stof nach ihm zu schlagen. Er beachtete sie nicht. Er beschäftigte sich mit dem Haufen der verknüllten Decken und widelte sie sich um die Beine.

Katie Fox hob die Feuerzange vom Boden auf und näherte sich von der Seite dem Bett, indem sie der alten Frau vergeblich heimliche Zeichen machte, sich ruhig zu verhalten.

Die Alte gab nach und murmelte etwas. Katie ging wieder zum Feuer und legte die Zange hin. Sie fuhr mit Reden fort. Keckend schnell wurde sie immer erregter. Ihre Augen hatten jetzt einen Ausdruck von Wut. Ihre Lippen verzogen sich andauernd zum Lächeln wie bei einem Mondlichtigen, der in seinem wirren Hirn an irgendeine gespinnstliche Karreheit denkt.

Mit frecher Stimme rief sie, während sie sich eine Zigarette anzündete und nach der Tür hinauf: „s wissen's zwar nur ein paar Leute, aber meine arme Mutter war als richtige Dame geboren. Stopp dir das in die Pfeife, Louisa Cummins und verlaß dich zu rauchen. Wie 'nen Hund hast du mich behandelt, seit ich hierher gekommen bin in deinen vertrotteten Taubenschlag von Bude, und trotz alledem weißt du, daß du nicht wert bist, mir die Schuhe ab zuwischen. So gebe ich denn keinen verdammten...“

Louisa Cummins krächzte:
„Herrje, hörst du, was sie sagt, hörst du, was sie sagt?“
Sie fing an zu lachen, wobei sie ein Geräusch in ihrer Kehle machte wie eine Henne, jenen absonderlichen, bösen, nörgelnden Laut, wie ein Huhn ihn macht, wenn man es bei Nacht von seiner Stange aufhört.

Gypso hatte das Bettzeug zu seiner Zufriedenheit geordnet. Die Decken hüllten seinen Körper bis zur Brust ein. Die Augen begannen ihm zu funkeln. Sein kleiner runder Hut lag immer noch auf seinem Kopf, vorn über die Stirn gezogen. Durch sein Gehirn ging ein beständiges Murmeln. Die Geräusche, die Worte, die Gerüche um ihn her hatten keine Bedeutung mehr für ihn.

Schlaf, Schlaf, Schlaf.
„Jesus!“ kreischte wiederum die alte Frau und verfluchte noller Mut sich zu erheben. „Ist das ein Berrat, neben dem ich liege? Heraus mit dir. An deiner Hand klebt Blut. Da ist —“

Gefahr, Gefahr, alles was vergessen in seinem Verlangen nach Schlaf, Schlaf, Schlaf, Schlaf.
„Lieg still, aber ich schlag dir das Gehirn ein!“ zischte Katie, wiederum zum Bett stürzend.

Mit einem schlaftrigen Seufzer streckte Gypso seine linke Hand aus und ließ sie quer über den Körper der alten Frau sinken.

Sie unterlag dem Gewicht der mächtigen Hand. Sie lag über ihr, gelodert und erschöpft. Neugierig blinzelte sie über die Wölbung der Decken nach ihr hin. Velleicht erblickte sie sie mit Schrecken. Wer weiß, welche Gefühle sich hinter diesem häßlichen Schadel verbargen?

Gypso sah nicht nach ihr hin. Seine Augen waren fast geschlossen. Seine Käftern dehnten sich lautlos und zogen sich zusammen.

Schlaf, Schlaf, Schlaf.
Dann ein wildes Rennen zu den Bergen.
Schlaf, Schlaf, Schlaf.

Katie Fox stampfte auf den Boden. „Verdammte Geschichte.“ Sie ging in die Mitte des Zimmers. Dann verfränte sie die Arme und stand mit weitgespreizten Beinen und vorgestreckter Brust und starrte mit glühenden Augen nach der verschommenen Wand. Sie warf den Kopf zurück und lachte.

„Bin ich nicht verrückt? Bin ich nicht verrückt? Die ich mit den feinsten Herren im Land gehen könnte? Weißt du das? Und meine Mutter war väterlicherseits mit dem Königshaus verwandt. Nicht etwa mit dem König von England, sondern mit meinem kühnen König von Spanien, da wo die Orangen wachsen und wo sie Wein trinken aus Brunnen wie Wasser vom Shannon-Fluß. Ich bin da nämlich geboren und in einem Schloß aufgewachsen, groß wie die Grasschaft Waterford, und Erzbischofe haben mich bei Tisch bedient mit roten Eierweinen überm Arm und eine richtige Dame —“

„Herrje, willst du wohl die Puste anhalten,“ piepte die alte Frau. Sie verfluchte ihren Stof zu schwenken und sich loszumachen von der Hand, die auf ihr lag. Aber die Hand wurde einen Augenblick lang steif. Das alte Weib wurde von ihr niedergedrückt, dann wurde die Hand wieder schlaff.

Schlaf, Schlaf, Schlaf.
Einen Augenblick lang öffneten sich Gypsos Augen weit. Dann schloß er sie wieder. In seinem Gehirn verflammte alles. Lip-träume standen in seinem Hirn gesammelt, bereit, sich auf das schlafende Bewußtsein loszulösen und in ihrem wilden Reigen fortzuführen, sobald es in den Schlaf gebannt entwich. Er war den Alptraumen bereits ausgeliefert.

(Fortsetzung folgt.)

Südamerikas Tierwelt

Von Otto Nordenskiöld.

Der bekannte Südpolar- und Südamerikaforscher hat bei Strecker & Schröder in Stuttgart ein reich illustriertes Buch herausgebracht (Südamerika, ein Zukunftsland der Menschheit, geb. 9 Mark), das die klimatischen Verhältnisse, Pflanzen- und Tierwelt, das Rassenproblem, die Wirtschaft, Produktion und die Einwanderungsfrage bespricht. Nachstehende Schilderung ist diesem Buch entnommen.

Der südamerikanische Urwald hat wohl das reichste Tierleben, obgleich die Steppe in der individuellen Anzahl der Säugetiere nicht viel nachsteht. Aber so wie der Wanderer im Urwald selten etwas von der Blütenpracht sieht, die sich hier und da in den Wipfeln der Bäume entwickelt, so kann man unter dem Laubwerk wandeln, ohne etwas von dem Tierleben zu sehen, das sein Dasein droben im Lichte führt. Hierher gehört eine Welt von Säugetieren, die bald durch besonders kräftige Krallen, bald durch Greiffüße, die sie dazu befähigen, sich auf den Zweigen zu bewegen oder sich mit unglaublicher Raschheit von einem Baum zum andern zu werfen, als Kletterer ausgebildet sind. Besonders kennzeichnend für viele dieser Tiere, von den meisten Affen bis zu den Wildschweinen und den Kletterfaulschwänzen, ist der Greifschwanz, der ihnen als linke, gut verwendbare Hand dient. Hier im obersten Laubgewölbe leben auch Scharen von Vögeln in Farben, die uns überaus prachtvoll vorzukommen, und sie selbst sind eine Beute der Raubtiere, die gelernt haben zu klettern und auf den Bäumen zu leben. Damit gibt es andere Baumtiere, die wie das Faultier des Landes damit verbringen, daß sie an dem Ast hängen, dessen Laub ihre Nahrung ist. Solche Tiere sowie die meisten Formen, die ihr Leben im Halbdunkel auf der Erde verbringen, nehmen gerne die dunkle Farbe des Bodens und der Baumrinne an. Die größten Tierformen des Weltteils sind meist Wasser- oder Sumpftiere, der Tapir und das Wasserhuhn, das größte und pumpstige aller Kriechtiere, ferner die großen Riesenschlangen.

Vollkommen abweichend ist die Tierwelt der offenen Steppe. Hier ist es nicht gut, mit bunten Farben bekleidet zu sein, die rasch den Untergrund der Art herbeiführen würden, und während im Walde auch die größten Tiere sich auf dem Boden oder auf den Bäumen verstecken können, so finden auf den offenen Feldern nur die allerkleinsten Formen unter Steinen oder zwischen Grasspalmen Schutz. Gelbe und graue Farbtöne sind bei allen diesen Tieren vorherrschend, und außer den richtigen Raubtieren und solchen vereinzelten Ausnahmen wie das Stinktier müssen sich alle vor ihrem Verfolger entweder durch die Flucht oder durch Vergraben in der Erde schützen können. Deshalb sind so viele von den Steppentieren und unter ihnen die größten, wie das Guanaco und die Strauße, echte Schnellläufer, was im Urwald kaum vorkommt. In selbstgedachten Höhlen unter der Erde leben vor allem elstische Nagetiere, in Argentinien und Nordpatagonien das Uaca, so groß wie ein Hase, und ganz im Süden der Tucos, Ctenomys. Weite Gebiete gerade der üppigsten und grünlichsten Steppen sind oder waren, ehe die Kultur und die Schafherden vordrangen und ihre Höhlen zerstörten, von diesen Tieren ganz untergraben. Es ist nicht leicht, zu Pferd in diesem Gelände weiterzukommen, wo man jeden Augenblick Gefahr läuft, zu stützen, und es wäre noch schlimmer, wenn sich nicht die Pferde eine besondere Art Trab angewöhnt hätten, so daß sie nicht mit mehreren Füßen gleichzeitig in die Erde einsinken. In den gleichen Höhlen leben auch einige kleinere Eidechsenarten, und nicht nebenan hat sich in einer besonderen etwas größeren Höhle der unerschrockene Feind des Tucos, eine kleine Steppenente, ihren Wohnsitz eingerichtet. Steppentiere mit der Fähigkeit, sich bei einer Verfolgung mit unglaublicher Schnelligkeit einzugraben, sind auch die Gürteltiere, die letzten Vertreter einer merkwürdigen ausgestorbenen südamerikanischen Tiergruppe.

Was den Reichtum an Schlangen betrifft, so wetteifert die wärmere Steppe mit dem Urwald, und wenige Länder dürften mehr von Giftschlangen heimgekehrt sein wie die Campos Brasiliens. Dort gibt es zahlreiche Klapperschlangen, ferner überaus giftige Korallen- und Wasserchlangen, aber noch gefährlicher wird durch ihre große Zahl die Jaraca (Lachesis lanceolatus und andere Arten). Man hat berechnet, daß in Brasilien jährlich etwa 20 000 Menschen von Schlangen gebissen werden und daß 5000 daran sterben. Das sind Zahlen, die nur von dem menschenüberfüllten Indien übertroffen werden. Kein Wunder, daß man gerade hier den Kampf gegen die Schlangen ernstlich aufgenommen hat.

Natürlich herrschen sowohl in der Steppe als auch im Urwald große Unterschiede zwischen dem Tierleben in den tropischen und den kühlen Gebieten. Im patagonischen Wald ohne Sommerwärme und mit täglichen kühlen Regnen wird das Tierleben überhaupt sehr arm. Auch das Insektenleben ist äußerst arm, und in Mengen treten nur die Mücken auf, deren Schwärme auch hier in der Wüste dem Menschen das Leben verbittern können.

In den tropischen Urwäldern bildet das Insektenleben im Guten und Bösen den stärksten Einfluß im Bilde. Zwar macht sich die eigene schwere Pracht der Pflanzenwelt und die dunstgeschwängerte Luft am ersten und stärksten bemerkbar, aber niemand, der den amazonischen Wald besucht hat, wird je den Eindruk des ersten Worphe, des Riesenschmetterlings, vergessen können, der auf farbenprächtigen Schwingen, die in der Natur kaum erreicht und sicher nicht übertraffen werden und die zusammen bis zu zwanzig Zentimeter und mehr breit sind, langsam im grellen Sonnenlicht vor dem Hintergrund der wunderbaren tropischen Pflanzenwelt flattert. Prachtvoll in seinem Farbenreichtum ist auch das Bild, das man so oft im Sonnenschein am Auslauf eines kleinen Baches sieht, wo zahllose Scharen von kleineren Schmetterlingsarten mit bunten Farben umherflattern oder still auf den Steinen oder auf dem feuchten Uferland sitzen.

Aber die Schmetterlinge bilden bloß einen geringen Teil des wimmenden Lebens dieser Gegend, das hier nicht geküßelt werden kann, das aber im Gegenfall zum höheren Tierleben oft gleich in die Augen fällt. Bald findet man auf den Hängen eine riesige kriechende Heuschrecke, bald kommt der begleitende Indianer und zeigt ein Biene- oder Wespennest, das man auch richtig nennen kann. Und dann hat man die Ameisen mit ihrem wechselnden, aber immer gleich wunderbaren Staatsleben und mit zahllosen Formen, von denen mehrere dem Menschen außerordentlich lästig fallen. Von den Moskitos und anderen stechen Insekten will ich nicht sprechen. Zu den Insekten, die dazu beitragen, jedem Urwaldbesucher den allerersten starken Eindruk zu geben, gehören auch die Heimglöckchen, von denen eine Art kurz vor Sonnenuntergang ihr Konzert das ganze Jahr hindurch so pünktlich auf den Glockenschlag hin anstimmt, daß es von der Bevölkerung mit dem Abendläuten verglichen wird. Etwas später in der Nacht kommen die Feuerfliegen, die ebenso wie die Schmetterlinge in Südamerika prachtvoller sein mögen als sonstwo auf der Welt. In Wirklichkeit sind es Käfer, die laufenden elektrischen Lampchen gleich in der

Schwarzen tropischen Nacht dahingelassen und von einigen Fledern hinter dem Rückenbild ein so starkes Licht ausstrahlen, daß man dabei, wenn man sie knapp neben die Buchstaben hält, sehr gut lesen kann.

Farbe und Durchsichtigkeit des Meeres

Wer häufig zur See reist, macht die Beobachtung, daß für jedes Meer der Erde eine ganz besondere Farbe charakteristisch ist. Es mag daher interessieren, daß sich auch die wissenschaftliche Untersuchung (von Schott) mit den Farben der Meere beschäftigt hat. Nach den von Wulff mitgeteilten Angaben findet sich im Atlantischen Ozean reines Blau ausschließlich in den Teilen, die zwischen 15 und 35 Grad N und 10 bis 30 Grad S liegen, und zwar bis zur brasilianischen Küste reichend; es sind dies also hauptsächlich die Meeresflächen, die sich zwischen Mittel- und Südamerika und Afrika ausbreiten. Innerhalb dieser Zone nimmt das Meer stellenweise — so z. B. um die Kanarischen und Kapverdischen Inseln wie auch in der Nähe Südwestafrikas — eine fast grüne Verfärbung an. Die grünblaue bis grüne Färbung herrscht auch in den nördlich von 40. Grad N gelegenen Meeresflächen vor. Nord- und Ostsee, der Kanal, die europäischen und amerikanischen Nordmeere zeigen somit ebenfalls vorwiegend grüne Farbtöne; auch das Meerwasser südlich der La Plata-Mündung ist mehr grün als blau. Sonderbar dunkel, ja sogar bis Schwarzgrün verfärbt ist das kalte Meerwasser zwischen den Falklandinseln und dem Bouvet-Eiland im Südatlantischen Ozean, während es in den ganz hohen Breiten, sowohl im Norden wie im Süden, oft ein nahezu reines Blau aufweist.

Fast noch mehr Verwunderlichkeiten zeigen die Meeresgewässer der Erde in bezug auf ihre Durchsichtigkeit. Um die Durchsichtigkeits-tiefen festzustellen, versenkte man jeweils weiße große Scheiben ins Wasser und maß dann genau, bis zu welcher Tiefe sie dem normalen menschlichen Auge noch sichtbar waren. Bei diesen Untersuchungen erwies sich das Mittelmeer als das durchsichtigste Gewässer, da die Durchsichtigkeit stellenweise bis zu 80 und 82 Meter erreichte. Im Indischen Ozean war die Versuchstiefe bis 50 Meter tief zu sehen, im Atlantischen Ozean — bei Madeira — 42 Meter und — beim Bouvet-Eiland — 25 bis 30 Meter, im Roten Meer etwa 43 Meter und in der Adria 30 bis 40 Meter tief. Viel weniger durchsichtig sind dagegen Nord- und Ostsee. In der Helgoländer-Bucht war die Scheibe nur in Tiefen von 5 bis 12 Meter wahrzunehmen, nur bei der Kleinen und Großen Fischerbank ging die Durchsichtigkeit bis in eine Tiefe von 23 Meter. Verhältnismäßig wenig klar ist auch das Wasser der Ostsee, dessen Durchsichtigkeit bei Bornholm bis zu 11 und 13 Meter tief ging, wo nach einem Sturm die Scheibe immerhin noch in einer Tiefe von 7 bis 10 Meter sichtbar war. Im Bostonschen Meerbusen reichte die Durchsichtigkeit des Wassers, je der Wasserfarbe entsprechend, im gelblichgrünen Wasser bis 15 Meter, im braunen Wasser dagegen nur bis 2 Meter Tiefe. Das Licht der Sonnenstrahlen reicht natürlich noch viel weiter ins Wasser hinein. Mit Hilfe photographischer Messungen hat man festgestellt, daß ganz schwache Lichtstrahlen sogar noch in Tiefen von 600 Meter anzureifen sind. Doch ist das Licht, wenigstens in uneren nördlichen Meeren, schon in geringen Tiefen — beispielsweise in 25 Meter Tiefe — so zerstreut, daß man fast nichts mehr sehen kann. Der französische Schiffschmittler De Wurz, der über hundert Tauchverläufe machte, erzählte, daß man in einer Tiefe von 32 Meter die Sonne „wie eine rötliche Kugel“ und selbst am hellen Tage die Sterne sehe, sofern die direkte Sonnenbestrahlung etwas durch einen Felsen unterbrochen sei. Als die Sonne im Zenith stand, befand sich De Wurz einmal auf dem Meeresgrund. „Ich stand auf einem Grunde von feinem, weißem Sand“, berichtet er darüber, „und die Lichtbrechung auf dem schneeigen Teppich machte auf mich den Eindruk, als ob ich auf einer Ebene geschmolzenen Goldes stände. In einer Tief von 75,5 Meter herrscht bereits tiefe Dunkelheit; bei 106 Meter ist die Dunkelheit undurchdringlich, und um etwas sehen zu können, braucht man elektrische Licht. Ich benutze elektrische Lampen von 10 000 Kerzenkräften, deren Licht sich aber nicht über einen Radius von 20 Meter verbreitet. Gefundene Schiffe, zerplatterte Schiffsrumpfe, Trümmer von Decks und gebrochene Masten bieten dann einen traurigen Anblick.“

Anfolge der schwachen Beleuchtungsverhältnisse kommt die Hauptmenge der vom Licht abhängigen Organismen — und auch nur in den durchsichtigsten südlichen Meeren — denn auch nur in Tiefen bis zu 80 Meter vor. Die von der Deutschen Valdivia-Expedition beobachtete „Schattenflora“ des Meeres reicht jedoch bis 350 Meter Tiefe hinauf. M. L.

Der dichtende Anarchist

Kürzlich wurde Erich Mühsam am 50. Jahre alt, und der J. M. Spaeth-Verlag präsentiert zu diesem Anlaß eine Auswahl von Mühsams dichterischem Werk, betitelt „Sammlung“ (1898 bis 1928). Wie man auch über Mühsams, dem Anarchismus nahe, politische Richtung und ihre geistige und praktische Bedeutung denken möge, Mühsam war immer ein eifriger Schwärmer des Proletariats. Niemals ist er nur literarischer Revolutionär gewesen. Auch auf der Schulbank, wurde er wegen „sozialistischer Umtriebe“ demittiert, vor dem Kriege schon verfolgt ihn die Gerichte, 1918 wurde er, wegen der Weigerung, vaterländischen Hilfsdienst zu leisten, eingesperrt. Infolge seiner revolutionären Tätigkeit verurteilte ihn ein holländisches Schand- und Standgericht zu 15 Jahren Festung. Auf Niederholländisch, wo Toller eingesperrt war, hat auch Mühsam gelitten, bis er Weihnachten 1924 begnadigt wurde.

In dem Buche „Sammlung“ umfassen die Ueberschriften der Versaruppen Mühsams Entwicklung und seine Bezirke. In „Dichter und Labyrinth“, in „Weltkummer und Liebe“, findet man die Trint- und Lumpenlieder einer Jugend, die nicht ohne Stilleit sich die Wälder wüster Boheme gibt, ein wenig zuviel vom Veremachen und Dichtersien dahereimt, und im Groischen so besiffen lastig ist, daß selbst Mühsams ausgeprägter Jgnismus die Verse nicht vor bourgeoisem Wohlgefallen retten könnte, wenn nicht kräftige Hervorhebung ökonomischer Ursachen und heftige Anklagen gegen Justiz und Gesellschaft die Verstruppen für die Sache des Proletariats reklamieren. Der zynische Pessimismus, der läge Fall aus konventionellem Beginn in ein aufzittelndes Ende charakterisiert auch die „Beschaufliche Weisheit“ und die „Gleichnisse“, die aggressive politische Tendenz die wirksamen Bänkelfängerlieder und Balladen im Stile Weckelinds. Ein Frühlingsgedicht schließt:

Sturmwind pfeift um nackte Zweige, und der Rosenplak ist schlaammig. In mein Los ergehen neige ich das Auge. Gottverdammtig.

Die Ballade von Meia endet: O kommt mir nicht mit euerm keuschen ästhetisch lüthernen Gegein. Ein liebes Mädchen zu enttäuschen, vermag in Wahrheit nur ein Schwein.

Die aufrechten Gedichte gegen den Krieg zeigen den unbenebelten Kämpfer, auf den zukunftsächtigen „Panalen“ ist manches durch Arbeiterfeiern wohl bekannt, die Dokumente aus der Haft mahnen in ihrem Ausklang:

Vergeht eure Not, eure Leiden nicht! Ich lehr' euch: Gebächtnis!

Das „Requiem“, Beschlus der Verse, gedenkt der großen Toten im Kampf um die Befreiung des Proletariats. Die Prolostücke enthalten Aufzeichnungen über Mühsams Geschied, Lehren, literarische Gedächtnis und Anekdoten. In Form und Ausdruck haben sie nichts Erregendes, nichts Radikales, das sie als

Werk eines solchen Mannes kennzeichnet. Das literarische Gewicht all dieser Dinge, der humorigen und der schmerzlichen, tritt zurück vor dem menschlichen Wert der Bekenntnisse. Soldat der Revolution auf seine Art, nach seinem Geiste: das wollte Mühsam sein, das ist er gewesen. Der Wert der „Sammlung“: es zu bezeugen. Mühsam selber spricht die Formel für sich und sein Buch aus: „Zweck meiner Kunst ist der gleiche, dem mein Leben gilt: Revolution, Gleichheit, Freiheit! Die Dichtkunst ist nichts als eine meiner Waffen im Kampf.“ H. W.

Eine alte Pfarrhofgeschichte

Von Wilhelm Spener.

Am Tage, an dem der Knecht vierzig Jahre alt geworden war, trat der Pfarrer vor ihn hin, redete sich auf seinen Jehen, denn er war ein sehr kleiner Mann, in dessen der Knecht einen gewaltig hohen und sogar prächtigen Körper sein eigen nannte, und sprach: „So, du bist das Heu in der Scheuer? Das ist recht. Nun lege die Gabel fort und reich mir deine Hand, denn ich will dir zu deinem heutigen Geburtstag Glück wünschen und dir diesen Taler überreichen als mein und meiner Gattin Angebinde.“ Der Knecht legte, wie ihm geheißen war, die Gabel fort, reichte mit einem schwachherzigen Lächeln die Hand hin, die wie der Pfloßfuß einer Elefantentotbe in dem Händchen des Pfarrers hing, und lagte: „Bei Ihnen bedanke ich mich auch schon für das schöne Geschenk.“

Der Pfarrer hatte plötzlich ganz diese Adern am Hals. Er wippte auf seinen Jehen und Gaden, hielt die Hände auf dem Rücken und sprach: „Du wirst einmal sehen, daß du sehr bald ein paar Maulschellen von mir bekommst! Du bedankst dich bei mir für das schöne Geschenk, aber bei deiner Herrin Karentina, du Lügner, willst du dich nicht bedanken? Ich bin ein alter Mann und ich heiratete ein junges Weib. Man sollte denken, da werde der Sprengel seinen Spott daran haben. Aber niemand ist so frech oder so unehrlich, auch nur das Maul zu verzieren, wenn ich vorüberkomme oder die Kanzel besteige, und ein jeder ehrete meine Gemahlin und ein jeder ehrt mich. Du großer Bauernflegel aber hast noch keine drei Worte an Karentina getichet, bistest ihr nicht die Zeit, büchst dich nicht, wenn ihr ein Kahlkopf aus dem Arm oder ein Apfel aus der Schale fliegt. Du bist dreißig Jahre auf diesem Hof und du hast manche Prügel von mir bezogen. Gib ja acht, daß du nicht an deinem Geburtstag eine sorgfältig zugemessene Tracht erhält!“

Mit bleichem Grinsen nahm der Knecht die Gabel wieder in die Faust und lange Zeit dachte er über das Gehörte nach. Nachdem er schließlich alles begriffen hatte, was zu ihm gesprochen worden war, schlich er die Gabel auf den nackten Stein und den Taler dazu. Sein Gesicht war nun weiß wie das Leichenbleich des Lazarus. Er schritt mit mächtigem Schritte über die Wiese, am Rain der Winterlaas entlang, zum Laubwald hin, wo er sich unter eine halbgeborstene Eiche niederwarf, dort ins Erdwerk kroch, als gesehe sich Wurzel an Wurzel, und von unten so laut heraufstöhnte, daß es bis zum Pfarrhof hinüberhallte.

Als dieses im Laufe des Tages allen auf dem Hofe beschwerlich wurde, sagte der Pfarrer zu seiner Frau:

„Du solltest einmal hingehen, Karentina, und ihm gehörig den Kopf waschen.“

Die Frau nahm einen Eimer lauwarmen Wassers, einen Schrubber und Schmirselfe, ging mit wiegenem Gang und aufgeschürzten Rock über die Wiese, am Rain der Winterlaas entlang und zur Eiche hin, wo sie ihren Eimer vor den Knecht niederstellte, sich erhob eine Strähne ihres gelben Haares aus der Sitze blies und hierzu sprach:

„Der Pfarrer, mein Mann, hat mir aufgetragen, dir einmal tüchtig den Kopf zu waschen.“

Als stellte sie sich vor den sitzenden Niesen auf, griff in sein mürrisches Haar, begann den Kopf von der Sitze bis zum Kinn abwärts mit Wasser, Schrubber und Schmirselfe zu behandeln. Hierüber aber weinte der Knecht wie ein junger Hund, der gereinigt wird. Denn er hielt das, was Karentina da mit ihm unternahm, für eine große und unlägbare Schmach. Sie riß ihn nämlich an den Ohren, am Warte, an der Nase, ja, was das Schlimmste von allem war, sie presste sogar sein Gesicht zwischen ihre kräftigen Knie, damit sie keinen Teil der ihr aufgetragenen Pflicht veräume und dem Knecht auch den Nacken und das Hinterhaupt tüchtig einseifen könne. Zum Schluß goß sie noch den Rest Spülwasser über ihm aus, zeigte lachend ihre jungen Weibeszähne und sagte: „So! Nun ist es gesehen, was geschehen sollte!“ und sie ließ den jammernben Giganten in seinem Wurzelwerk zurück.

Zur Mittagszeit des Tages, an dem der Knecht vierzig Jahre alt geworden war, als jedermann im Hause schlief und schnarchte, stieg der Knecht in seine Kammer und hingte sich am Fensterkreuz auf, denn einen anderen Ausweg, dem Schimpf zu entrienen, sah er nicht. Aber Karentina war ihm auf Geheiß des Pfarrers nachgegangen und hatte sich durch das Schließeloch alles Schenowerte dieser Selbst-Entseelung mit angesehen. Jetzt öffnete sie die Tür, redte lachend ie Arme zum Hals des Knechtes hin und schnitt mit einem Gartenmesser den Strid durch, so daß der Knecht an ihrer Brust und an ihrer Hüfte und an ihrem Schenkel entlangglitt und schließlich mit dem Gesicht auf ihren Fuß stürzte.

Beim Abendmahl hatte er wieder keinen gewöhnlichen Sitz an der Tafel inne. Die Wirtshagd hufete. „Ich weiß gar nicht, was mir seit heute mittag im Hals steckt!“

„Das ist das Frühjahr, das schnell gekommen ist, da jußt der Blütenstaub in der Luftstöhre“, sagte der junge Theologe, der hier als Bechtling das Predigen erlernen sollte.

Der Stallbarsh schwante den Finger wie in der Schule beim Anlügen.

„Ja, im Kalender steht es geschrieben: Bei solchem Wetter erzieget es sich, daß manch einen Menschen ein wahrer Jorn gegen seine eigene Kehle ergreift!“

„Du solltest „Seele“ sagen, nicht „Kehle!““, antwortete ihm die Großmagd.

„Sieh einmal den Großknecht an, der hat schon einen richtigen roten Streifen um den Hals vor lauter Jorn!“

Die Dienstmagd stellte eine Schüssel voll Brei vor den Knecht auf: „Das eh' der Großknecht leßt! Das macht ihm seinen Jorn gelind!“

Der Pfarrer aber klopfte mit dem Knöchel seines Felsfingers auf die Tischplatte: „Ihr sollt mir einen Mann nicht hänseln, sondern ihn ehren, der heute vierzig Jahre alt geworden ist und davon dreißig auf unserm Pfarrhof bedientet war. Er ist diese ganzen Jahre ein gewaltiger Arbeiter im Weinberge des Herrn gewesen, und was belagt das Hergesagen, wenn ihr von ihm spricht, daß er zuweilen trüht und ungeraten handelt und daß seine Ohren zuweilen das Rechte nicht hören, seine Lippen das Rechte nicht schmecken und seine Augen das Rechte nicht sehen? Wahrlich, das heißt mir doch im Hause des Gehentken vom Strid reden!“

Der Knecht hielt bei all diesen Reden durchaus nicht den Kopf gefenkt, sondern rechte im Gegenteile stolz seinen Hals und sah jedem der Höhnenden, zumal aber dem Pfarrer, grinsend in das Gesicht. Sodann erwiderte er:

„Es ist noch nicht heraus, wer heute hier in diesem Hause der Gehentke geworden ist, und was meine Augen heute mittag gesehen haben und was meine Lippen heute Mittag geschmeckt haben, das haben sie vom Montag ausvor alle vierzig Jahre nicht zu schmecken und zu sehen bekommen, und wahrlich, es war das Rechte!“

Diese Rede war nun freilich dunkel, wirr und sogar albern, und niemand am Tisch nahm sich auch nur die Mühe, richtig hinzuhören oder sie gar zu enträtseln. Der Knecht aber grinte Karentina an, die ihm mit ihren schiefen grauen Augen ins Gesicht bligte und mit laudem Munde in ihr großes Stid voll biß.



Eine Schulerfahrung

Ein kleiner, unbeschriebener Teil der Volksschullehrerschaft steht die ermöglichte Befreiung der Kinder vom Religionsunterricht...

Es ist nun interessant, zu sehen, wie die Kinder darauf reagieren. (Was die Lehrerin nicht weiß!) Die weltlichen Kinder...

Ein Reinfall

Der 'Mantel' im Zigarren-Etui.

Yttermit will ich einem größeren Kreise von Gesinnungs-freunden Kenntnis geben von dem Reinfall, den ich bei einer Warenbestellung erlebte.

Bestellt da neulich einer meiner Kollegen einen Regenschuh-mantel bei einer Kölner Firma...

Heute sind die 'Mantel' angekommen, jeder in einer Tasche von Yappe, wie sie vielfach bei Zigarrentäufen gratis mitgegeben werden.

Gerichtlich wird gegen diese Schwindelfirma wenig zu machen sein, daher möge jeder die Warnung beherzigen, niemals un-bekannte Waren bei unbekanntem Firmen zu bestellen.

Gegähstes Geld ist in allen solchen Fällen unwiederbringlich dahin. Also Vorsicht!

Reichskundgebung des Reichsbanners

Der 'Reichsalarm' des Reichsbanners hatte am Dienstagnabend auch in Leipzig eine stattliche Anzahl von Reichsbannerleuten auf die Beine gebracht.

Am 11. August vor neun Jahren wurde in Weimar das Grund-gesetz der Republik verabschiedet. Die Verfassung war nur ein A n f a n g zu der ungeheuren Aufgabe des Wiederaufbaues Deutsch-lands.

Nach dem Spiel des Reichsbannerleides setzte sich der Zug der Teilnehmer nach dem Volkshaus in Bewegung, wo er sich dann auf-löste.

Die Lebensführung von mehr als 40 000 Studenten in Deutsch-land ist abhängig von den studentischen Wirtschaftseinrichtungen...

Auch in Leipzig sind die jetzt bestehenden Zustände auf die Dauer nicht haltbar. Die akademische Speiseanstalt, die Mensa...

Die Lage des neuen Studentenhauses wird natürlich bestimmt durch den Zweck, dem es dienen soll: neben der Aufnahme aller...

Privater oder städtischer Wohnungsbau

Der grenzenlosen Wohnungsnot Herr zu werden, ist der Stadt-verwaltung in Leipzig immer noch nicht gelungen. Im Gegenteil, Leipzig gehört leider zu den in dieser Hinsicht ungünstigst be-stehenden Städten.

Im Januar und Februar dieses Jahres wurde eine ganze Reihe von Wohnungsbauangeboten dem Rat für Rückübernahme über-wiesen. Der Rat hat jetzt die Antwort darauf erteilt.

Ein zweites Angebot ging von der Landesföhlungs- und Wohnungsfürsorge-GmbH aus und stellte den Bau von 500 Woh-nungen in Aussicht.

Auch die Gemeinnützige Mittelstandswohnungs- und Sied-lungsgesellschaft mbH, die 309 Wohnungen zu errichten versprach, wenn ihr 6000 bis 8000 Mark Zuschuß pro Wohnung aus der Aufwertungssteuer bewilligt werden, mußte abgewiesen werden.

Nun blieb noch ein sechstes Angebot, eines von der Haus- und Grundbesitz-AG. Sie stellte den Bau von mehreren hundert Wohnungen in Aussicht ohne Inanspruchnahme von Aufwertungssteuerdarlehen.

hörige Gebäude Ritterstraße 12, in dem sich die Mensa be-reits jetzt befindet. Dieser Platz scheint uns schon deswegen für be-sonders geeignet, weil das Nachbargrundstück (11), in dem sich schon jetzt verschiedene studentische Räume befinden, auch Eigentum der Universität ist...

Doch das alles wird den weiteren Beratungen der zuständigen Instanzen (Landtag, Stadtkorporation usw.) vorbehalten sein. Nur auf einige Punkte müssen wir noch hinweisen. Als selbstverständ-lich erscheint es uns, daß der Zweckboden aus diesem Studenten-haus verschwindet.

Zuschuß von 6000 Mark pro Wohnung der Zins-, Amortisations- und Betriebskostenbetrag sich auf 418 846 Mark stellen, dessen Auf-bringung einen Mietsfuß von 106 Prozent der Friedensmiete er-fordern würde.

Der Rat weiß nun aber weiter nach, daß, obwohl die Bau-kostenberechnung richtig ist, die Gesamtrechnung der Haus- und Grundbesitz-AG, dennoch ein großes Loch hat.

Ganz anders stellen sich die Dinge, wenn in der bisher von Stadtkorporation und Rat gehandhabten Weise der Wohnungsbau weiter betrieben wird.

Wollte die Stadt dem Angebot der Aktiengesellschaft für Haus- und Grundbesitz-AG entsprechen, müßte sie die über 345 906 Mark hin-ausgehende Mehrausgabe im Betrage von jährlich rund 33 000 Mark durch Zins- und Tilgungszuschüsse decken, und zwar für die Dauer von 50 Jahren.

Aus alledem ist klar zu ersehen, was von all den Anheimelnden der Apfel des privaten Wohnungsbau zu erwarten ist.

Es ist das Verdienst des städtischen Wohnungsfürsorgeamtes, an dessen Spitze jetzt der Genosse Arntzen steht, auf diese Tatsachen einmal in aller Offenheit hinzuwiesen zu haben.

Wo ruft die Pflicht?

Erweiterter Bezirksvorstand

Donnerstag, den 12. Juli, 20 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 9, Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes, Pünktlich und bestimmt erscheinen! Bezirksvorstand der SPD Leipzig J. U. Schrörs.

Frauen.

Ditzbeitz. Montag, den 16. Juli, besuchen alle Genossinnen des Ditzbeitz Frauenabend im Gutspark Bausdorf. Die Darbietungen werden einige Mitglieder der „Roten Spinnen“ (Prof. Kabarett) übernehmen: ernste und heitere Dichtungen, Lieder zur Laute usw. Beginn 20 Uhr.

Mücheln. Donnerstag, den 12. Juli, 20 Uhr, im soz. Heim, Frauenabend, ausgestaltet durch die SWJ Mücheln.

Alt-Weipitz-Nord. Donnerstag, den 12. Juli, 20 Uhr, in der Müchelnstraße 14, Vortrag des Gen. Mähle (Fortsetzung) „Der Kampf um das Arbeiterheim“.

Sitzung. Zum Besuch der Bausdorfer Genossinnen treffen wir uns 19.15 Uhr Ecke Zweenfurter und Plauziger Straße.

Jungsozialisten.

Kaffierer. Junges. Blätter für Monat Juli sind abzuholen bei Bemm, Entzich, Kunadtstraße 9.

Entzich. Mittwoch, 20 Uhr, Heimabend. Kommunizistisches Manifest mitbringen.

Wotan. Morgen, 19.45 Uhr, Gruppenabend im Rathaus, Zimmer 7. Alle Jungen und Mädchen, die sich an unserer Arbeit beteiligen wollen, sind herzlich eingeladen, Sonntag gehen wir auf Fahrt. Näheres im Gruppenabend.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Groß-Weipitz. Alle Gruppen, die es ermöglichen können, gehen morgen Donnerstag mit ihren Helfern 19.30 Uhr nach dem Hauptbahnhof zur Abfahrt der Belgienfahrer. Wimpel mitbringen.

Kleinshofer. Alle Eisenhammerfahrer, auch die Parteiführer und Eltern, die mitfahren wollen, treffen sich Donnerstag, den 12. Juli, 18.15 Uhr in der 52. Volkshaus zu einer Aussprache.

Veitsh. In der Woche vom 23. Juli bis mit 1. August fahren wir mit den Parteiführern nach dem Spannerhaus bei Altenburg. Die Verpflegung, einfr. Fahrpreis, beträgt für jedes Kind 10 Mt. Meldungen sind möglichst bis zum Kinderfest beim Genossen Petermann, Friedrich-Ebert-Straße, abzugeben.

Connewitz. Alle Gruppen treffen sich am Donnerstag, dem 12. Juli, 17 Uhr, im Connewitzer Bade. — Lenin Gruppe trifft sich Sonnabend, 15.30 Uhr, am Connewitzer Bade.

Alt-Weipitz-Nord. Die Zwickauer Kinder kommen heute Mittwoch, zwischen 20.30 und 21 Uhr, in die Quartiere.

Plagwitz-Vindennau-Schleußig. Unsere Ferienfahrten: 18. Juli, Badefahrt nach Gaußig.

15.—28. Juli, Gruppe Artur, nach Johannegeorgenstadt, Kosten 15 Mark.

23. Juli—4. August, Gruppe Kurt, nach Siebshaus, Kosten 13 Mark.

30. Juli—11. August, Gruppe Diesel, nach Ruhla, Kosten 15 Mark.

5. August, Tagesfahrt nach dem Wienig.

1.—15. August, Gruppe der Kleinen, nach Thammenhain, Kosten 12 Mark.

In allen diesen Fahrten können sich Parteiführer beteiligen. Anmeldungen nimmt die Volkszeitungsstelle Obermannstraße entgegen. Die Treffpunkte werden vor jeder Fahrt nochmals bekanntgegeben.

West-Bezirk. Freitag, den 13. Juli, 20 Uhr, Helfersitzung in der Bibliothek, Merseburger Straße.

Mitglieder-Veranstaltungen

Gröbern-Croblewitz. Donnerstag, den 12. Juli, 20 Uhr, wichtige Mitgliederversammlung im Gasthof Gröbern (Kuhstall).

Wöhlig. Morgen Donnerstag, 20 Uhr, im Heim, Halbjahresgeneralversammlung. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Beerdigung als Geschäft

In den letzten Jahren haben die Beerdigungskosten in Amerika eine für viele unerträgliche Höhe erreicht. Unter der Führung einer großen Lebensversicherungsgesellschaft hat sich deshalb eine Kommission aus Vertretern und einigen Menschenfreunden gebildet, die sich mit diesem Problem beschäftigte. Die hohen Kosten sind vor allem durch die Beerdigungsgeschäfte entstanden. Sie machen für Luxus Propaganda und setzen die öffentliche Ausstellung der Särge durch, um auch so viele Kreise zu teuren Särge zu zwingen. So kommt es, daß von einer Hinterlassenschaft von 4000 Mark, die drüben nichts Besonderes ist, 62 Prozent für Beerdigungskosten abgehen. Geschäft ist Geschäft, und so können die 800 Beerdigungskosten Neuparis betragen. Manches von dem, was hier über Neuparis berichtet wird, ist in starken Keimen auch im Leipziger Beerdigungswesen anzutreffen. Um so wichtiger und notwendiger ist es, die kommunale Totenbestattung einzuführen, der jetzt noch der Rat unverständlichen Widerstand entgegensetzt.

Winterhilfsmassnahmen für Kriegsooper. Wie uns vom Reichsverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegereinterliebener, Berlin, mitgeteilt wird, hat der Reichsarbeitsminister in Benehmen mit dem Reichsfinanzminister auch in diesem Jahre die Möglichkeit geschaffen, durch vorübergehende Zahlung von Aufzinsen rechtzeitig für den Winter die Anschaffung von Kohlen und Kartoffeln zu sichern. Zukünftigerechtschädigte Kriegsooper und Kriegereinterliebene können durch Antrag bei ihrer zuständigen Fürsorgestelle in der Regel einen Vorschub in Höhe eines Monatsbetrages der Aufzinsen erhalten, wovon etwa die Hälfte für die Beschaffung von Kohlen, die andere Hälfte für Kartoffeln zu verwenden ist. Rechtzeitige Antragstellung bei den Fürsorgestellen erscheint deswegen empfehlenswert, weil diese wiederum einen Überblick über das Ausmaß der Anforderung gewinnen und gegebenenfalls sogar durch Gesamtbestellung für verbilligte Vorräte Sorge tragen können.

Sonderzugverkehr 4. Klasse. Der für 21./22. Juli 1923 vorgesehene Wochenendzug 4. Klasse von Leipzig nach Johannegeorgenstadt kann an diesem Tage nicht verkehren. Er wird auf Sonntag, den 12. August 1923 verlegt. Führer werden demnächst verteilt. Sonderzug nach Oibernhau (Höhatal) am 20. Juli 1923 muß entfallen.

Stbad. Eisenbahnstraße 66, sind die Dampfbäder für Männer und Frauen wieder werktags von 9 bis 20 Uhr und Sonntags von 8 bis 12 Uhr geöffnet. Kassenschluß 1/2 Stunde vorher.

Von einem Auto überfahren und schwer verletzt. Am 10. Juli, 10 Uhr, wurde in der Löhner Straße in Vindennau ein etwa 14 Jahre alter Junge von einem Auto angefahren und dabei so schwer verletzt, daß er nach dem Krankenhaus geschafft werden mußte. Verletzungsschwere. Heute 10 Uhr wurde am Johannisplatz ein Radfahrer von dem linken Vorderrad eines Lieferautos gefaßt, zu Boden geworfen und überfahren. Dabei erlitt er einen Beinbruch, der keine sofortige Überführung nach dem Krankenhaus notwendig macht.

Kentner, Fürsorgeempfänger, Erwerbslose, Kurzarbeiter, Kriegsbeschädigte. Ausgabe von Hammelfleisch, gute Qualität, Freitag, am 13. Juli, von 8—15 Uhr und Sonnabend, am 14. Juli 1923, von 8—14 Uhr, im städtischen Schlachthof. Einheitspreis das Pfund 95 Pfennig. Außerdem findet Ausgabe von billigem Speck statt. Die Ausgabe erfolgt nun gegen Ausweis. Nächste Woche voraussichtlich Schweinefleisch.

Fleischverkauf an der Freibank. Morgen Donnerstag, den 12. Juli, an der Freibank 1 freier Verkauf.

Das Landesparlament

Sonderbauprogramm für Arbeiterwohnungen — Universität und Technische Hochschule

87. Sitzung des Sächsischen Landtages.

Zunächst stimmte das Haus den mit Schreiben der Regierung vom 27. Juni 1923 dargelegten Plänen mit Kostenschlag für den Bau der Quellen- und Wandelhalle in Bad Elster zu.

Dann berichtete Genosse Müller, Plauitz, für den Rechtsausschuß über die Einstellung von 2 1/2 Millionen Mark in den außerordentlichen Haushaltsplan zur

Durchführung eines Sonderprogramms von Industriearbeiter- und Angestelltenwohnungen.

Es sollen 1000 Wohnungen gebaut werden. Der Berichterstatter empfiehlt die Einstellung der Mittel und stellt folgende Anträge:

1. Die Mittel aus dem Sonderbauprogramm zur Erstellung von Industriearbeiterwohnungen sind nur an Gemeinden und gemeinnützige Bau- und Siedlungsgenossenschaften zu vergeben.
2. Die Wohnungen sind entweder im Erdbau oder als Reihshäuser in Städten zu erstellen.
3. Für die Größe des Wohnraums und die Mietpreisbildung sind die Richtlinien des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums vom 6. Januar 1927 sowie deren Ergänzungen anzuwenden.
4. Die Benutzung der Wohnungen darf nicht Bestandteil eines Arbeitsvertrags sein.
5. Die Mieter solcher Wohnungen können nicht verpflichtet werden, bei Wechsel ihres Arbeitsverhältnisses oder des Berufs die Wohnung zu räumen.
6. Sind die wirtschaftlichen Voraussetzungen, die zur Erstellung von Industriearbeiterwohnungen maßgebend waren, nicht mehr vorhanden, so kann die Gemeinde solche leerstehende Wohnungen auch an andere Wohnungsuchende vergeben.

Ein von Schreiber begründeter kommunalistischer Minderheitsantrag wollte bei der Errichtung von Industriearbeiterwohnungen gewisse Richtlinien durchgeführt werden (Zahlung von Zuschüssen zu den Mieten durch die Unternehmer, Stellung der Mieter nur durch die Gemeinden und Bestimmung der Mieter durch die Betriebsräte).

Im letzten Augenblick brachten die Regierungsparteien noch einen Verzögerungsantrag zu den Anträgen des Berichterstatters ein. Für diese Verzögerung stimmten auch die Arbeiter. Im übrigen brachten es die Regierungsparteien (Deutschnationale, Wirtschaftspartei und Deutsche Volkspartei) fertig, gegen die Anträge des Berichterstatters zu 2, 3, 4 und 5 zu stimmen, ohne damit aber deren Annahme verhindern zu können.

Der kommunalistische Minderheitsantrag wurde gegen die Stimmen der Linken abgelehnt.

Ein neues Leipziger Krüppelheim.

Der nächste Punkt betraf die Uebernahme einer Staatsbürgerschaft zur Aufnahme einer Hypothek durch den Verein Leipziger Krüppelheim für die Errichtung eines neuen Krüppelheims.

1. Der Haushaltsausschuß A empfahl Zustimmung dazu, daß der Staat die Bürgerschaft für eine Hypothek von 800 000 Mt. bis zum Höchstzinsfuß von 7 Prozent unter der Voraussetzung übernimmt, daß die Verzinsung und die Tilgung des Hypothekentragts durch die Bezirksfürsorgeverbände des Regierungsbezirks Leipzig sichergestellt wird.
2. Esuchen an die Regierung, die Bürgerschaft für das dem Humanitäts zu gewährte Darlehen nur dann zu übernehmen, wenn dem Staate ein Kaufrecht eingeräumt wird.

Ein sozialdemokratischer Minderheitsantrag lautete:

1. a) das Krüppelheim wird zu den in der Vorlage vorgesehenen Bedingungen vom Staate selbst erbaut;
- b) der Kauf der 200 000 Mark, die vom Verein Leipziger Krüppelhilfe vorgesehen sind, ist auf die beteiligten öffentlichen Körperschaften anteilig anzulegen;
2. in dem Verwaltungsausschuß des Leipziger Krüppelheims erhalten die öffentlichen Körperschaften Sitz und Stimme entsprechend ihrer finanziellen Beteiligung.

Auch den als landeswichtig anerkannten Organisationen und den Gewerkschaften ist eine Vertretung einzuräumen. Die Abstimmung ergab die Annahme des Minderheitsantrages unter 1. Der Minderheitsantrag unter 2. wurde abgelehnt, ebenso wurde der sozialdemokratische Minderheitsantrag abgelehnt.

Auch die Arbeiter waren dafür, daß die Gewerkschaften im Verwaltungsausschuß keine Vertretung bekommen.

Die SPD hat für die Landarbeiter nichts übrig!

Dann wurde die am letzten Donnerstag verlegte Abstimmung über das Kapitel Landwirtschaft nachgeholt. Angenommen wurde ein Entschuldigungsantrag, der die Regierung ersucht, zur Förderung der Bodenkultur und zum Zweck der Beschäftigung Erwerbsloser Zuschüsse aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu vermitteln und diese Kulturarbeiten aus Staatsmitteln, stärker als im Haushaltsplan für 1923 vorgesehen, zu fördern, namentlich durch Baubehilfen.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte einen Entschuldigungsantrag angenommen der Landarbeiter eingebracht (Anpassung der Landarbeiterordnung an die gewerkschaftlichen Forderungen, Einbeziehung der Landarbeiterschaft in das Arbeiterlohngesetz), der aber durch Schuld der Kommunisten, die zum großen Teil durch Abwesenheit plänzten, der Ablehnung verfiel. Lediglich die Forderung, bei Gewährung der Unfallrenten an die Landarbeiter der Rentenrechnung den tatsächlichen Jahresarbeitsverdienst zugrunde zu legen, konnte durchgedrückt werden.

Dann beschäftigte sich das Haus mit den

höheren Lehranstalten.

Der Ausschuß ersucht die Regierung, 1. 20 000 Mark zur Unterstützung unbemittelter Schüler für den Besuch von Schul- und Hochschulen zu verwenden; 2. unter der Voraussetzung einer angemessenen Beteiligung der Stadt Leipzig den Neubau der Deutschen Oberschule in Leipzig-Süd sobald als möglich in die Wege zu leiten. a. für die anderweitige Unterbringung der höheren Volkshochschule (Dürerhschule) in Dresden Sorge zu tragen. — Ferner soll in Erledigung eines Antrages Böttmann (Dtn. Vp.) die Regierung ersucht werden, im Volksministerium beim Eintreten einer Vakanz eine Referentin zu ernennen, inzwischen aber eine Hilfsarbeiterin anzuweisen.

Ein sozialdemokratischer Minderheitsantrag forderte Neueinstellung von 1 Million Mark zum Bau der Dürerhschule.

Der Volksparteier Dr. Gelfert sagte, seine Partei sähe in der höheren Schule die Pfingstfeier einer Arbeit, welche sich frei halte von den Schwierigkeiten, nach ungeklärten Weltanschauungsfragen. Zu viel Freiheit und Wacke habe den höheren Schulen.

Genosse Wetzel: Herr Dr. Gelfert hat ein hohes Lied auf die höheren Schulen angestimmt. Bei einem sozialdemokratischen Kultusminister würde es wahrscheinlich umgekehrt sein. Ubrigens wird keine Anschauung nicht reiflos geteilt. Herr Dr. Siegert hat schon darauf hingewiesen, daß die Reformen, denen die höhere Schule

unbedingt unterzogen werden muß, noch an äußeren Hemmungen leiden, d. h. die höhere Schule sei noch so wie anno damals. Wetzel fordert dann eine Verteilung der Stipendien nach sozialen Gesichtspunkten, ein Entgegenkommen in der vierjährigenden Schulgeldniedrigung und weist dann darauf hin, daß die Warnungen der Linken vor einer Inflation der höheren Schule vollgestopft, um die Flucht aus der Volkshochschule zu begünstigen. Die Folge dieser Politik ist eine Ueberfüllung der höheren Schule, eine Geldverschwendung, denn der größere Teil der Schüler wird wieder herausgeworfen, ehe er die Oberprima erreicht hat.

Volksbildungsminister Dr. Kaiser polemisierte gegen Wetzel; er wollte es nicht für wahr haben, daß die Kritik der Linken zu einer gewissen Besserung geführt hat. Der Minister erklärte dann, das Ziel der Schulen müsse abgeändert werden. Es müsse gespart werden. In den nächsten Tagen würde eine Verordnung herauskommen, die Erleichterungen in der Schulgeldzahlung bringe.

Die Abstimmung ergab das gewohnte Bild: Ablehnung der Minderheitsanträge und Annahme der Ausschüssanträge.

Zum Schluß kamen noch

die Hochschulen

zur Beratung. Es handelt sich um die Bergakademie zu Freiberg, Forstakademie Tharandt, Technische Hochschule zu Dresden, Universität Leipzig und Pädagogisches Institut zu Leipzig.

Soweit die Technische Hochschule in Frage kommt, liegen verschiedene Ausführanträge vor. Es wird, entsprechend einem sozialdemokratischen Antrage, die Regierung ersucht, für Sachen ein einheitliches Studentenrecht zu schaffen. Ferner soll die Verwendung der Studierenden der Technischen Hochschule zu Zwecken der Technischen Rothilfe untersagt werden.

Zum Kapitel der Leipziger Universität wurde die Regierung durch einen Ausschüssantrag ersucht, das Befehlungsverfahren bei der Besetzung der Lehrstühle dem preussischen Verfahren anzugleichen, und eine außerordentliche Professur für Zeichen, sowie

einigen Lehrstuhl für marxistische Gesellschaftswissenschaft

einzurichten und den Inhaber dieser Professur zum Mitgliede der Prüfungskommission zu machen, endlich Mittel zum Leipziger Studentenhaus bereitzustellen.

Sozialdemokratische Minderheitsanträge ersuchen die Regierung:

- a) den vom Landtage bereits bewilligten Lehrstuhl für soziale Hygiene sofort zu besetzen;
- b) mit dieser Professur ein Seminar, eine Bibliothek und Assistentenstellen zu verbinden;
- c) auf das Reichsinnenministerium dahin einzuwirken, daß für die ärztliche Abschlußprüfung die soziale Hygiene als Prüfungsfach eingeführt und als Pflichtfach gefordert wird;
- d) bei der Zuzustimmung und beim Befolgen des Kollegs eine Geschäftsvereinfachung durchzuführen;
- e) die Studentenschaft zu veranlassen, daß sie aus der Deutschen Studentenschaft austritt;
- f) für alle an den Universitätskliniken Beschäftigten Pfleger und Pflegerinnen den Achtkundentag durchzuführen;
- g) in der Universitäts-Frauenklinik ist der bestehende Arbeitszwang für Hauswanger zu beseitigen.

Die Kommunisten haben ebenfalls mehrere Minderheitsanträge eingebracht. U. a. wird die Aufhebung der theologischen Fakultät an der Leipziger Universität gefordert.

Ministerialrat Dr. Meunier verliest eine Regierungserklärung. Danach ist eine eingehende Untersuchung der im letzten Jahre vorgenommenen Ausschreibungen von Studenten in Tharandt vorgenommen worden. Gegen Studierende, die sich grobe Ausschreitungen zuschulden kommen lassen, wird mit Disziplinarstrafen eingeschritten werden.

Genosse Wetzel: An der Technischen Hochschule kämpft die sozialdemokratische Studentengruppe schon seit Jahren um ihre Anerkennung. Sie darf an dem sogenannten Schwarzen Brett keine Anschläge vornehmen, während es der deutschnationalen Studentengruppe gestattet ist. Bei diesem Unterschied, den das Rektorat zwischen rechts und links macht, darf man sich nicht wundern, wenn sich auch die Studentenschaft mehr nach rechts orientiert. Der Zustand, in dem der alte Dringlichkeitsrat der Leipziger Universität der Nachkriegszeit überliefert hat, ist ein menschenunwürdiger gewesen. Der nachrevolutionäre Landtag hat deshalb eine ganze Reihe von Millionen für Neuhauten bewilligt. Die Zahl der Theologieprofessoren muß beschränkt werden. Wetzel schließt mit der Bemerkung, daß die Leipziger Universität nicht mehr auf der Höhe steht, die sie früher innegehabt hat.

Volksbildungsminister Dr. Kaiser wendet sich in seiner Rede fast ausschließlich gegen Wetzel. Vor allem befreit er, daß die Universität Leipzig nicht mehr auf der Höhe steht.

Genossin Schilling fordert, daß die Privatkationen in den staatlichen Kliniken befristet werden. Ueberhaupt sollte mit der ganzen Klauseinrichtung in der Universitäts-Frauenklinik aufgeräumt werden.

Die Abstimmung ergab die Ablehnung aller Minderheitsanträge. Dazu gehörte auch der Antrag Wetzel auf Neueinstellung von 800 000 Mark für den Erweiterungsbau des Pädagogischen Instituts in Leipzig.

Abgelehnt wurden aber auch — entgegen den Ausschüssanträgen — die Errichtung einer außerordentlichen Professur für Zeichen, der Lehrstuhl für marxistische Gesellschaftswissenschaft, die Schaffung eines einheitlichen Studentenrechts und die Verwendung der Studenten für die Zwecke der Technischen Rothilfe.

Am 11. Juli nächste und zugleich letzte Sitzung vor den Ferien.

Eingelaufene Schriften

- Kurt Hiller, Der Stralitzschlösschen. (Kampfschriften zur Umwälzung der Geister. Band 2.) Elementar-Verlag, Berlin.
- Volker Dornberg, Die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung in Wien. Dritte umarbeitete Auflage mit 20 Bildern. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien VI, Gumpendorferstr. 18.
- Martha Meule, Die tolle Carawa. Roman. J. G. Speidel'sche Verlagsbuchhandlung, Wien und Leipzig.
- Kelly Winner, Tannenschütze. Der Roman einer Sozialkämpferin. Im Kosmos-Verlag, Pöhlitz bei Dresden.
- Wolfgang, Von Kaniou bis Schanghaï. 1920/21. Agis-Verlag, Wien-Berlin.
- Georg Engelbert Groß, Stamm der Ruch vom Affen aus? Thüringer Verlagsanstalt und Buchdruck G. m. b. H., Jena.
- Die Kinderhilfsorgane der Krankenanstalten. Herausgegeben von Hauptverband deutscher Krankenanstalten e. V., Verlagsgesellschaft Deutscher Krankenanstalten m. B. O., Berlin-Charlottenburg 1.
- Wahlhilfsbewegung und Gewerkschaften. Vortrag von A. Ellinger auf dem zweiten oberösterrischen Bundeskongress des Deutschen Bauernvereins in Dresden, 1927. Verlagsanstalt des Allgemeinen Deutschen Bauernvereins, G. m. B. O., Berlin 2.
- Die Neoplatoniker in Arbeitssachen. Grundrissliche Darstellungen des Reichsarchivarchivs, der Landesarchivarchiv und der Reichsarchivarchiv. Nr. 13, 14, 15 und 16. Verlag Georg Olms, Berlin 1923. 7. Preis vierteljährlich 3 Mt.
- Marxistische Weltanschauung des Marxismus in England, 1847/21. Herausgegeben von J. Thomas, Leipzig, 1. 1. 1. Verlag, Verlagsanstalt des Deutschen Bauernvereins und eine Einbandbede telefoniert. Neuer Deutscher Verlag, Berlin W. 8, Wilschstr. 2.

Sächsische Angelegenheiten

Die Regierung gegen streikende Arbeiter

Im Mai dieses Jahres hat die sächsische Regierung an die sächsischen Steuerdirektionen eine Verordnung erlassen, wonach die von den Arbeitnehmerorganisationen gezahlten Streikgelber entsprechend einer Weisung des Finanzministeriums vom 24. Juli 1925 einkommensteuerpflichtiges Einkommen darstellen. Daraus ergibt sich bei der Berechnung der Einkommensteuer eine Schädigung der 20 000 Metallarbeiter, die vor einiger Zeit vom Untermertum ausgespart worden sind. Rechtzeitig ist vom Deutschen Metallarbeiterverband darauf hingewiesen worden, daß gewerkschaftliche Unterstellungen nicht als Einkommen im Sinne des Gesetzes angesehen werden können. Trotzdem ist die den ausgesparten Metallarbeitern von der Gewerkschaft gewährte Streikunterstützung bei der Einkommensteuer angerechnet worden.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat darauf einen Antrag gestellt, die Verordnung der sächsischen Regierung vom 9. Mai d. J. aufzuheben und die Weisung vom 24. Juli 1925 zurückzuziehen. In der Begründung bezeichnete Genosse Schleinig mit Recht die Verordnung als eine Ausnahmebestimmung gegen die organisierte Arbeiterschaft. Er betonte, daß sich die organisierten Arbeiter durch ihre Verbandbeiträge gegen willkürliche Maßnahmen des Untermertums sichern. Dafür bringen sie erhebliche finanzielle Opfer, die die Unorganisierten nicht leisten. Ein Beitrag von 1,20 Mark pro Woche ergibt im Jahresdurchschnitt eine Beitragsleistung von reichlich 60 Mark. Der Unorganisierte spart diese Summe. Er hat aber dafür den Vorteil, bei einer Auswertung von der Mietsteuererhöhung befreit zu werden. Es ist keine Frage, daß dies eine groteske Ungerechtigkeit darstellt und daß die Bestimmungen, selbst wenn sie formalistisch aufrecht erhalten bleiben, sofort beseitigt werden müßten.

Daß die sächsische Regierung den Standpunkt vertritt, eine Zurückziehung ihrer Verordnung sei undurchführbar, vergrößert nur den Skandal, denn wenn die Reichsfinanzbehörden und ihre Steuerauslässe für die Zwecke der Einkommensteuer Streikgelber Franzosen, so bedeutet das keineswegs einen Zwang für die sächsische Regierung, gleich ungerecht vorzugehen. Die sächsische Regierung ist sehr wohl in der Lage, den § 4 des Aufwertungssteuergesetzes in einer der Arbeiterschaft günstigen Weise auszulagern, denn es handelt sich bei der Regelung der Aufwertungssteuer um eine der Landesgesetzgebung unterliegende Frage. Zweifellos sind auch Abgeordnete der Koalition derselben Auffassung, wie die sozialdemokratische Fraktion, doch wagen sie es in Rücksicht auf die Koalition nicht, ihrer Überzeugung Ausdruck zu geben. So ist denn der sozialdemokratische Antrag im Rechtsausschuß abgelehnt worden und schon, daß er bis heute nicht zur endgültigen Erledigung im Plenum kam, zeigt, welches weitere Schicksal er erfahren wird. Erst recht verdient die Behandlung der Arbeiterfragen durch die sächsische Regierung und die Koalitionsparteien niedrigere gehängt zu werden. War schon die Wahl vom 20. Mai ein vernichtendes Votum gegen die letzte Koalition, so werden die weiteren Taten der Regierung die Entrüstung der werktätigen Bevölkerung nur steigern.

Selbstmordhäufigkeit in Sachsen und den deutschen Ländern

Die Zahl der Selbstmorde im Deutschen Reich und seinen einzelnen Ländern ist in den letzten beiden Berichtsjahren 1923 und 1924 erheblich gestiegen und hat den Vorkriegsstand des Jahres 1913 wieder überschritten. Nach den letzten veröffentlichten Nachweisungen des Statistischen Reichsamtes über die Selbstmorde im Deutschen Reich und in seinen einzelnen Ländern kamen im letzten vollen Berichtsjahre 1913 auf das Hunderttausend der Einwohner des Reiches 24,4 Selbstmorde, dagegen 22,1 im Jahre 1924, dann 24,5 im Jahre 1923 und 26,2 im Jahre 1924. In absoluter Zahl hat sich die Zahl der Selbstmorde im Reich von 10 082 männlichen und 4291 weiblichen im Jahre 1923 auf 11 846 männliche und 4634 weibliche im Jahre 1924 vermehrt.

Das Land Sachsen hat keinen Anteil an dieser Entwicklung der Selbstmordhäufigkeit im Deutschen Reich, es bietet ebenfalls Zunahme der Selbstmorde im Verhältnis zur Einwohnerzahl während der letzten Berichtsjahre. Von dieser Steigerung der Selbstmordhäufigkeit bei der Mehrzahl der deutschen Länder machen nur fünf deutsche Länder eine Ausnahme, nämlich Württemberg, Baden, Hessen, Mecklenburg-Strelitz und Schaumburg-Lippe haben auf das Hunderttausend ihrer Einwohner im letzten Vorkriegsjahre 1913 mehr Selbstmorde als im letzten Berichtsjahre 1924, zeigen also Abnahme der Selbstmordhäufigkeit.

Sachsen wies im Jahre 1913 auf das Hunderttausend seiner Einwohner 36,2 Selbstmorde auf. Nach den Kriegs- und ersten Vorkriegsjahren sank die Selbstmordhäufigkeit Sachsens auf 34,2 im Jahre 1924; sie stieg im Jahre 1923 auf 36,2 und erhob sich im Jahre 1924 auf 38,1 Selbstmorde auf das Hunderttausend Einwohner Sachsens. Die absolute Zahl der Selbstmorde war im Jahre 1923 in Sachsen 1229 männliche und 679 weibliche; im Jahre 1924 betrug sie 1305 männliche und 610 weibliche.

Sachsen gehört zu denjenigen deutschen Ländern, deren Verhältnis der Häufigkeit der Selbstmorde über der Verhältniszahl 100 des Deutschen Reiches im Ganzen liegt und zwar sowohl über der Verhältniszahl von 24,4 im Jahre 1913 als über der Verhältniszahl von 26,2 im Jahre 1924. Ueber der Verhältniszahl der Selbstmorde, also ungünstiger als des ganzen Reiches, liegen zehn Länder im letzten Berichtsjahre 1913, dagegen acht Länder im letzten Berichtsjahre 1924. Unter der Verhältniszahl, also günstiger als das Reich im Ganzen, treffen wir acht Länder im Berichtsjahre 1913, dagegen zehn Länder im letzten Berichtsjahre 1924.

Sachsen steht mit seiner Verhältniszahl der Selbstmordhäufigkeit an sechshöchst Stelle der einzelnen Länder des Reiches im letzten Berichtsjahre 1924; es stand im letzten vollen Berichtsjahre 1913 an fünfthöchster Stelle der Länder, hat sich also in seiner Selbstmordhäufigkeit etwas verbessert. Vorausschickend, das im Jahre 1913 mit der Selbstmordhäufigkeit 33,1 auf das Hunderttausend der Einwohner gestiegene Land Sachsen, ist im Jahre 1924 mit der Selbstmordhäufigkeit 29,4 über Sachsen, also an ungünstigeren Platz, vorgezogen.

Unmittelbar über Sachsen, also ungünstiger als Sachsen, steht in der Reihe der deutschen Länder Württemberg mit 38,2 Selbstmorden auf das Hunderttausend seiner Einwohner im letzten Berichtsjahre, gegen 24,0 im letzten Vorkriegsjahre. Unmittelbar unter Sachsen, also günstiger als Sachsen, befindet sich Oldenburg mit 32,8 Selbstmorden auf das Hunderttausend seiner Einwohner im letzten Berichtsjahre, gegen 22,0 im letzten Vorkriegsjahre.

Die Verhältniszahlen für die Häufigkeit der Selbstmorde gehen von den höchsten, von 47,0 Selbstmorden in Berlin und 44,0 Selbstmorden in Hamburg auf das Hunderttausend der Einwohner, während des letzten Berichtsjahres herunter bis auf 14,2 Selbstmorde auf das Hunderttausend der Einwohner in Waldeck und 18,2 Selbstmorde in Württemberg.

Der Knautfleberger Mord

Psychiatrische Erklärung des Geständnisses und des Widerrufs — Schluß der Beweisaufnahme

Zu Beginn des zweiten Verhandlungstages macht der Angeklagte Otto Schulze dem Zeugen Kriminalkommissar Bast noch einige Vorbehalte. Er versucht nachzuweisen, daß er in seinem Geständnis verschiedene Details den tatsächlichen Verhältnissen in der Vanzerschen Wohnung zuwider angegeben habe. Schulz bleibt dabei, daß der Inhalt seines Geständnisses auf Zeitungsartikeln und Aktienkenntnis beruhe und daß Bast ihm während der Berechnung unrichtige Angaben stets sofort korrigierte. Der Zeuge Bast erklärte nochmals energisch, daß die heutigen Angaben Schulzes den Tatsachen nicht entsprechen.

Der Gerichtsarzt vom Frankfurter Gefängnis befandete als Zeuge, daß er Schulz schon seit Jahren kenne. Schulz habe ihm viel Vertrauen entgegengebracht und ihm das Knautfleberger Verbrechen gestanden. Auch anderen Frankfurter Beamten, die als Zeugen auftraten, hat Schulz von der Mordtat ausführlich erzählt. Diese privaten Geständnisse entsprechen auch in den Einzelheiten dem Geständnis vor dem Untersuchungsrichter.

Einem Wachmeister gegenüber hat Schulz geäußert, daß er hoffe, mit 15 Jahren Zuchthaus wegzukommen. Damit sei die Sache beendet abzumachen.

Einem anderen Beamten sagte Schulz, daß man ihm ja bestimmt nicht den Kopf heruntermachen könne, da er zur Zeit der Tat erst 19 Jahre alt gewesen ist.

Der Leiter des Leipziger Kriminalamtes, Heiland, befandete als Zeuge, daß Schulz ihm das Geständnis in einer Form wiederholte, die ihm keinen Zweifel an der Täterschaft des Beschuldigten ließ. In einem Bericht an den Untersuchungsrichter hat Heiland aus dem Geständnis psychologisch zu erklären versucht. Schulz habe nach dem ersten Besuche Basts unter einem dauernd sich verstärkenden seelischen Druck gestanden. Beim zweiten Besuche Basts in Frankfurt habe Schulz dem Geständnisdrang nachgegeben und sein Gewissen erlöschert. Nachdem der Druck von ihm gewichen war, sei er sich seiner Lage erst voll bewußt geworden und habe nun aus Selbsterhaltungstrieb das Geständnis widerrufen.

Ein Beamter hat den Beschuldigten unmittelbar nach dem Geständnis gefragt, wie es ihm nun ums Herz sei.

Schulz erwiderte: „Wie immer!“

Beim 2. Beleg: „Wie fühlen Sie sich nach der Tat?“

Schulz: „Wie gewöhnlich, denn ich bin ja sofort nach der Tat nach Hause gegangen und habe gearbeitet.“

Der Zeuge erklärt, daß die unerschütterliche Ruhe Schulzes ihm einen unauflösbaren Eindruck machte und daß ihm dieses Verhalten menschlich unmöglich erschienen wäre.

Der Untersuchungsrichter hat dem Angeklagten seine Vermutung über die vermeintliche Ruhe bei der Tat ausgesprochen. Schulz erwiderte: „Ich wundere mich nachträglich selbst darüber.“

Auch einem Zeugen gegenüber hat Schulz sich als „Knautfleberger Mörder“ bekannt. Der Zeuge befandete, daß Schulz mit einem gewissen Stolz erklärte: „Ich bin dreifacher Mörder!“

Die letzten Äußerungen bestreitet heute der Angeklagte. Der Zeuge bleibt bei seiner Angabe. Leumundzeugen treten auf und erzählen Episoden, bei denen sie zum Schluß nach Gelagen, zu denen Schulz sie erst großzügig eingeladen hatte, die Zecher bezahlen mußten. Der Knautfleberger Lehrer hat der Mutter Schulzes als Beistand gedient, da diese nicht mit ihrem Sohne fertig wurde. Der Lehrer befandete, daß Schulz seiner Mutter in einer Weise gegenübergetreten wäre, wie es ihm in seiner langjährigen Praxis als Jugendpfleger noch nie vorgekommen sei. Schulz habe noch kurz vor dem Knautfleberger Mord seine Mutter erheblich bestohlen.

Der Angeklagte wendet sich lebhaft gegen die Aussage des Lehrers. Seine Mutter habe ihm am nächsten gestanden und er habe sie nie bedroht. (Schulz ist zum ersten Male erschüttert und weint!)

Schulz (erregt): „Ein innerer Drang und Zwang treibt mich zum Verbrechen. Gewiß, aber ich bin kein Mörder. Sie können mich verzeihen, aber schuldig machen können Sie mich nicht!“

Schließlich beschuldigt der Angeklagte den Zeugen, daß er ihm gegenüber nicht ehrlich und offen gehandelt habe.

Schulz: „Sie und Rechtsanwalt Klok haben mich dahin gebracht, wo ich heute bin. Sie haben mich nicht einmal zur Verteidigung meines Vaters gerufen!“

Der Zeuge gibt bekannt, daß er das Erbe Schulzes verwalte und daß der Angeklagte jederzeit darüber verfügen könne. Gerichtsarzt Schütz gibt über Schulz und den Besund der Leichen

Sachverständigenurteilen

ab. Schütz hat die drei Ermordeten sezert. Bei allen dreien ist als huzweifelhafte Todesursache die Zertrümmerung der Schädeldecke durch einen Hammer festgestellt worden.

Der Angeklagte ist homosexuell veranlagt. Er hat im Untersuchungsgefängnis keine Anzeichen von Hysterie erkennen lassen. Schulz ist erblich belastet. Sein Charakter ist geistlos und gewalttätig. Ein Bruder starb 1920 in der Nervenklinik an Gehirnleiden. Schulz habe oft über Kopfschmerzen geklagt. Schulz hat Schütz erzählt, daß er sich zu dem hier in Frage kommenden Geständnis lediglich durch seine lebhafteste Phantasie verführen ließ. Schütz pflichtet der Annahme Heilands bei. Der Widerruf des Geständnisses sei auf einen hysterischen Reaktionszustand zurückzuführen. Zunächst habe Schulz unter dem Eindruck des Zwangs gestanden. Nachdem in ihm das Gefühl der Befreiung und der Erleichterung durch die gestandene Tat sich eingestellt habe, lehnte er die Zurückziehung ab. Die psychiatrische Literatur lehre, daß man nunmehr Himmel und Erde in Bewegung setzen könne, ohne den Delinquenten je wieder zum Geständnis zu bringen. Wenn der Angeklagte die Tat beging, schloge bei ihm der Paragraf 51 nicht ein.

Die Beweisaufnahme ist erschöpft. Am Mittwoch erfolgen die Plädoyers und das Urteil.

Der Arbeitsmarkt in Sachsen

Die Arbeitsmarktlage ist in den einzelnen Berufsgruppen und Bezirken stark unterschiedlich. Eine einheitliche Bewegungstendenz ist zur Zeit nicht erkennbar. Gesamtangebot und Nachfrage verändern sich trotz lebhaften Marktverkehrs in ihrem Verhältnis zueinander kaum. Wenn auch das Gesamtangebot an männlichen Arbeitskräften noch weiterhin etwas sinkt, so steigt doch andererseits das Angebot weiblicher Kräfte infolge der konjunkturellen und saisonbedingten Wiedereingliederung in der Textilindustrie und im Bekleidungsberufe ebenfalls noch weiter etwas an. Eine einheitliche, starke Beharrensindigung zeigt sich nur in der Landwirtschaft, deren Kräftebedarf angesichts der bevorstehenden Ernte groß ist. In der Metallindustrie ist der Beschäftigungsgrad und damit die Nachfrage nach Kräfte stellenweise schwächer geworden, ebenso auch in Teilen der Holzindustrie und im graphischen Gewerbe. In der Textilindustrie ist fast allgemein die Nachfragebewegung schwach, nur in der Strumpf- und Wollwaren-Industrie und in den Spinnereien herrscht teilweise ausgeprägter Mangel an Fachkräften. Im Baugewerbe treten teilweise größere Nachfragebewegungen hervor. Im Ganzen ist hier jedoch verhältnismäßig frühzeitig ein labiler Zustand eingetreten. Im Gastgewerbe dürfte die saisonmäßige Aufwärtsbewegung der Nachfrage nunmehr den Höhepunkt erreicht haben. Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe ist die Beschäftigungslage im ganzen stabil und die Arbeitsmarktbewegung daher nur geringfügig.

Im Ganzen darf man sagen, daß zur Zeit fast nur die Landwirtschaft, der Bergbau, zum Teil die Bauindustrie, sowie einige Saisongewerbe ausgeprägte Nachfragegruppen sind; die Konjunkturdirektoren geben insgesamt mehr Angebote auf den Arbeitsmarkt ab, als sie aufnehmen in der Lage sind, während sich die Bewegungen in den Produktionsmittelindustrien ungleich ausgefallen; man darf also eine labile Gesamtbeschäftigungslage feststellen mit den typischen Kennzeichen: Starke Fluktuation und Vermittlungstätigkeit der Arbeitsnachweise, aber zahlreiche kurzzeitige Arbeitsverhältnisse. Die Arbeitsmarktfrage deutet also auf eine vielfach unsichere oder schwache Beschäftigungslage und auf eine vorläufig abwartende Haltung in der Produktion hin, die sich in manchen Branchen offensichtlich bemerkt, die Lagerbildung zu drohen.

Verfügungen des Volksbildungsministeriums

In den letzten Jahren sind sehr häufig Schüler der Volls- und Berufsschulen für landwirtschaftliche Arbeiten beurlaubt worden, und zwar auch in Fällen, in denen eine unbedingte Notwendigkeit für eine solche natürlich der Unterricht schädigende Maßnahme nicht vorlag. Das Ministerium für Volksbildung hat deshalb in einer Verordnung neue Grundsätze erlassen, nach denen die Erlaubnis zum Wegbleiben der Schüler möglichst eingeschränkt werden soll. Gegebenenfalls sollen die Sommer- und Herbstferien nach dem örtlichen Bedürfnis auf den Sommer und Herbst verteilt werden.

Weiter ist das Volksbildungsministerium mit dem Arbeitsministerium übereingekommen, daß künftighin die Beteiligung von Schülern über 16 Jahren an öffentlichen Sammlungen nur noch in ganz besonderen Ausnahmefällen genehmigt werden soll. Die Beteiligung von Schülerinnen wird grundsätzlich abgelehnt. In jedem Falle, in dem eine Genehmigungserteilung überhaupt in Frage kommt, muß das Arbeitsministerium zunächst das Volksbildungsministerium um Meinungsäußerung ersuchen.

Dresden. Familientragödie. Hier hat sich am Montag eine Familientragödie abgespielt. Als der Arbeiter Tischer nach Hause kam, bot sich ihm ein furchtbarer Anblick. In der Küche lagen tot seine Frau und seine Tochter, während der 12 Jahre alte Sohn noch schwache Lebenszeichen von sich gab. Wie festgestellt, hat die Mutter, die in den letzten Tagen Anzeichen von geistiger Annäherung zeigte, den Gashebel geöffnet. Den Sohn glaubt man am Leben zu erhalten.

Königslein. Waldbrand. Während eines heiligen Gottesdienstes schlug der Blitz in eine Kiefer und zündete. Durch den Sturm

angefacht, entfiel ein verheerender Waldbrand. Die Vorkarbeiten gestalteten sich außerordentlich schwierig. Die Brandstelle mußte noch lange durch Waldarbeiter bewacht werden.

Döbeln. Schuß auf einen D-Zug. In der Nähe von Döbeln ist auf einen D-Zug Dresden-Leipzig geschossen worden, wobei zwei Fensterscheiben im Gepäckwagen zertrümmert wurden. Der Täter konnte noch nicht ermittelt werden.

Mittelbach. Tödlich gestürzt. Der in Oberlungwitz wohnhafte Erich Lautenbach kam in voller Fahrt mit seinem Motorrad durch Mittelbach plötzlich über den Kopf und wurde durch den Sturz schwer, so daß er beunruhigend ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Dort ist er seinen schweren Verletzungen erlegen. Lautenbach war verheiratet und hinterläßt fünf Kinder.

Leipziger Rundfunkprogramm

Donnerstag, den 12. Juli.

- 10,20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms.
- 10,25 Uhr: Was die Zeitung bringt.
- 11,45 Uhr: Wetterbericht und Voraussage (Deutsch und Esperanto).
- 12,00 Uhr: Mittagsmusik mit Kunstwerkung.
- 12,55 Uhr: Kauerer Zeitlicher.
- 13,15 Uhr: Presse- und Börsenbericht.
- 15,00—16,00 Uhr: Konzert. Die Dresdner Rundfunkkapelle. Dirigent: Gustav Agente. Uebertragung aus der Jahresfeier in Dresden.
- 16,30—17,55 Uhr: Konzert. Die Dresdner Rundfunkkapelle. Dirigent: Gustav Agente. Beliebte Ballettmusik und Saiten.
- 18,05—18,20 Uhr: Rechtskund.
- 18,20—18,30 Uhr: Sennerbrunn.
- 18,30—18,55 Uhr: G. van Eyeren und E. M. Alfieri: Spanisch für Fortgeschrittene. (Uebertragung von der Deutschen Welle, Berlin.)
- 19,00—19,30 Uhr: Prof. Dr. Georg Wiegner, Leipzig: Vortragsreihe: „Grundbegriffe der technischen Physik“. 5. Vortrag: „Grundrissliches aus der technischen Wärmelehre“.
- 19,30—19,55 Uhr: Dr. H. Braunstiel, Linz: „Kolonisierung und Industrialisierung“.
- 20,00—21,00 Uhr: Zum 60. Geburtstag Stefan Georges. Uebertragung auf den Deutschlandsender. Einleitender Vortrag: Dr. Kurt Martens, Dresden. Sprecher: Johannes Steiner. Aus den Büchern der Hirten und Preisgedichte, der Sagen und Sänge und der hängenden Gärten, aus „Der Teppich des Lebens und das Lied von Traum und Tod“, aus „Der siebente Ring“, aus „Der Stern des Bundes“.
- 21,00 Uhr: Wettervorausage, Zeitangabe und Kunstwerberichten.
- 21,15—22,15 Uhr: Volkstümliches Konzert. Das Leipziger Rundfunkorchester. Dirigent: Dr. F. R. Duste.
- 22,15 Uhr: Funtpromer.
- 22,20 Uhr: Pressebericht und Sportsport.
- 22,30 Uhr: Funtpille.

Berichtungsstempel

Mittwoch, den 11. Juli 1928.

- Bund-Soz. Freidenker, Bezirk, Funktionäre, Volkshaus 19,30 Uhr.
- Holzarbeiter, Thürlinger Hof, Volkshaus, 17 Uhr.
- Holzarbeiter, Gasenstraße, Zutrich, 17 Uhr.
- Holzarbeiter, Stadt Altenburg, Lindenauer Markt, 17 Uhr.
- Baukumpner, Elshum, Elshustraße 72, 18,30 Uhr.

Donnerstag, den 12. Juli 1928.

- Holzarbeiter, Restaurant Metropol, Gottschalkstraße, 17 Uhr.
- Holzarbeiter, Löwenpark, Götterhof, 17 Uhr.
- Holzarbeiter, Gasenstraße, Plagwitz, 17 Uhr.



Wichtigster Gemeindevorordnetenitzung. Der vom Gemeinderat aufgestellte Haushaltsplan wird nach Durchberatung durch den Finanzausschuss mit einigen Änderungen mit 11 gegen 2 Stimmen angenommen. Er schließt ab in Einnahme mit 111.992 Mark und in Ausgabe mit 112.600 Mark; es ergibt sich somit ein Fehlbetrag von 1014 Mark. Die diesjährigen Straßeneinbaubarbeiten (730 Meter Großstädtelner Straße, 375 Meter Copandener Straße) werden an Steinmetzmeister Bogandit-Gaughis zur Ausführung vergeben. Die hierzu nötigen Baumaterialien werden von der Gemeindeverwaltung selbst beschafft. Die Kosten des diesjährigen Straßeneinbaus belaufen sich auf 10.130 Mark. Für die öffentliche Siedlung übernimmt die Gemeinde bis zur Hälfte der Kaufsumme eine Baufördergarantie zwecks Versorgung dieses Gebietes mit elektrischem Strom. Die Wiedereingliederung der Garantiesumme erfolgt nach einem noch festzulegenden Tilgungsplan, der sich über mehrere Jahre erstrecken wird. Weiter beschließt man die sofortige Anschaffung von 30 Stück Dreiflüßeln für die freiwillige Feuerwehr unter Vergebung der Arbeit an Schneidermeister Spöhr, hier. Außerdem werden verschiedene Ausstattungsstücke für die Wehr beschafft. Gegen die Errichtung einer Kläranlage für den Stadt Zwentau wird die Gemeinde Einspruch erheben, da nach Lage der Anlage sich verschiedene Nachteile für die Gemeinde ergeben. Einem Antrage zufolge wird beschlossen, den beabsichtigten Fußweg entlang der Staatsstraße in Richtung Gaughis auch dann zu erstellen, wenn sich die Gemeinde Gaughis an der Weiterführung innerhalb ihres Gebietes nicht beteiligt. Vorläufig muß allerdings noch die Kostenberechnung abgewartet werden.

Gaughis Gemeindevorordnetenitzung. Ein Gesuch um Errichtung einer Kraftschleppschleife in der Nähe des Bahnhofs wird genehmigt. Unterstützungsgesuchen von privaten Füllorganevereinen und dergleichen soll künftig erst dann nähergeprüft werden, wenn deren Geschäftsberichte vorgelegt worden sind. Den Vorschlägen des Bauauschusses entsprechend beschließt man, das Gemeindegelände Hauptstraße 60 zu reparieren. Die Arbeiten hierzu werden an die Gewerke im Gesamtbetrage von 3500 Mark vergeben. Um immer Magnesiumlauge zur Bekämpfung des Straßeneinbaues vorrätig zu haben und insbesondere bei Beschaffung nicht vom Wetter abhängig zu sein, beschließt man, einen Behälter zu kaufen und denselben auf Bahnhofsgebäude aufzustellen. Mit der Reichsbahnverwaltung sind bereits Verhandlungen eingeleitet worden. Man nimmt Kenntnis von der Verlegung eines Verfrähtungsabfels durch den Ort seitens der Energie-K.G. Die der Aktiengesellschaft Sächsischer Werte bei Verlegung eines 30 KW-Kabels durch den Ort nach Leipzig gestellten Bedingungen glaubt diese nicht annehmen zu können. Die Gemeindevorordneten beschließen, daran festzuhalten, daß ein 2 Meter breiter Streifen Landes an der Hauptstraße, gegenüber dem Rittergut, zur Herstellung eines Fußweges zur Verfügung gestellt werde. Dies ist für die Gemeinde ein Erfordernis im Interesse der Verkehrssicherheit geworden. Das Einrücken des Zaunes würde durch die Gemeinde gelassen. Nach dem bestehenden Wqebauprogramm soll in diesem Jahre die Zwentauer Straße geteert werden. Der Bürgermeister wird beauftragt, Kostenanschläge einzufordern. Bei Beratung des Haushaltsplanes entwickelt sich bei verschiedenen Kapiteln eine lebhafte Debatte. Auf Antrag der SPD-Fraktion wird das Kapitel „Füllorgane“ um 800 Mark erhöht, um einigermaßen der gestiegenen Einwohnerzahl Rechnung zu tragen. Zur späteren Anschaffung einer Motorfeuerlöschpumpe werden 2000 Mark als Rücklage eingeleitet. Mit Anschaffung dieser Spritze wird beabsichtigt, die Pflichtfeuerwehr abzuschaffen.

Bad Kauf. Aus dem Stadtparlament. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Heinemann (KPD), den Genossen Schmidt, keinen Parteigenossen, zur Sitzung wieder zuzulassen. Die bürgerliche Mehrheit lehnt ab. Nunmehr erklären Vertreter der SPD- und KPD-Fraktion, daß sich beide Fraktionen an den Beratungen zum Haushaltsplan nicht beteiligen werden. Die Beschwerde des Genossen Stadtvorordneten Schmidt an die Amtshauptmannschaft gegen seinen Ausschluss auf die Dauer eines Monats ist mit der Begründung abgewiesen, daß die wiederholte Bezeichnung der Handlungsweise der Bürgerlichen als gemeine Lüge unparlamentarisch sei. Die Forderung der Geschäftsordnung wird auf Antrag des Genossen Jahn (SPD) verlegt. Die Einrichtung der Jugendherberge wird erneut abgelehnt. Beschlossen wird, der hiesigen Jugend das große Zimmer der Kinderbewahranstalt an mehreren Abenden der Woche zur Verfügung zu stellen. Die bürgerliche Mehrheit beschließt, obwohl die Linke beantragt, die städtischen Wäpfe und Wappensteinen an hiesige Einwohner zu verpachten, eine Verpachtung, für die nur Händler in Frage kommen. Zur Vergebung der Bauleitung für das städtische Familienheim wird Herr Winkler-Worna als Gutachter gehört worden. Die Wahl fällt mit allen bürgerlichen Stimmen auf den Architekten v. Berg. Die Mieter im städtischen Familienheim am Amtsgericht protestieren gegen die erneute Forderung ihrer Miete. Hierbei wird dem früheren Bürgermeister Lange vorgeworfen, daß er eine falsche Rentabilitätsberechnung aufgestellt habe. Auf Antrag des Vorsitzers wird beschlossen, für alle städtischen Gebäude 1 Prozent Amortisationszuschlag zu erheben. Zur Bauleitung Heinz-Hennig wird gegen die Stimmen der Linken beschlossen, die Genehmigung an der Straße zu verlagern und Austauschgefälle an der Siedlung zur Verfügung zu stellen. Der Gaspreis soll erhöht werden, da dieser angeblich nicht die Gekochungskosten deckt. Die Linke beantragt, den Preis auf 21 Pf. pro Kubikmeter festzusetzen. Auf Antrag des Bürgerlichen Schlimper beschließt die Rechte, ab 1. August für den Kubikmeter 25 Pf. zu erheben, also eine Steigerung um 25 Prozent. Bei der Festlegung des Zuschlages zur Grund- und Gewerbesteuer konnte man das Gegenteil erleben. Die SPD-Fraktion beantragte Zuschläge in Höhe von 150 Prozent. Die Bürgerlichen beantragten 125 Prozent. Die KPD lehnte jedweden Zuschlag ab. Die Rechte beschloß 125 Prozent. Der Rat kündigte Einspruch an. SPD und KPD vertieften darauf den Saal. Der Vorsitz stellte fest, daß die bürgerliche Fraktion allein beschlußfähig sei. Die Beratungen wurden nunmehr von den acht bürgerlichen Stadtvorordneten durchgeführt. Die 30 Einzelkapitel wurden beraten und fast einstimmig zum Beschluß erhoben. Das Gesamtbild ist folgendes: Gesamtbetrag 481.142 Mark, Deckung 309.386 Mark, Fehlbetrag 171.756 Mark, zu erwartende Steuern 130.900 Mark, ungedeckter Fehlbetrag 40.856 Mark. Für ein Gemeinwesen wie Kauf ist eine hohe Summe, die nur durch Anleihe gedeckt werden kann.

Bundestag der Arbeiterathleten
Am 7. und 8. Juli tagte in Dresden der 8. Bundestag der Arbeiter-Athleten. Die Tagung wurde am Sonnabendabend durch einen offiziellen Begrüßungsakt des Vorstandes eröffnet. Die eigentlichen Verhandlungen blieben dem Sonntag vorbehalten. Die Sonntagstagung wurde durch Begrüßungsansprachen in- und ausländischer Gäste eingeleitet. Anschließend berichtete die Mandatskommission über die organisatorische Zugehörigkeit der Delegierten. Der Bericht ergab, daß 42 Delegierte der SPD angehören, 15 der KPD, 3 der USF und einer dem Lenin-Bund; 62 Delegierte sind freigewerkschaftlich organisiert, ohne einer politischen Organisation anzugehören, überhaupt nicht organisiert sind 11; keiner Gewerkschaft gehören 10 Delegierte an. Die unorganisierten Delegierten wurden namentlich aufgerufen. Auf Grund dieses Berichts beantragte der Vorsitzende des Bundesausschusses, Heinrich Berlin, daß die Delegierten zu Kreis- und Bundestagen in Zukunft parteipolitisch und freigewerkschaftlich organisiert sein müssen. Der Antrag wurde nach einer lebhaften Debatte gegen 15 Stimmen angenommen. Der anschließend von dem Bundesvorsitzenden erstattete Geschäftsbericht enthielt äußerst interessantes Material. Gegenwärtig umfaßt der Arbeiter-Athleten-Bund über 1000 Vereine mit nahezu 40.000 Mitgliedern. Außerdem gehören dem Bunde 4000 Kinder und 15.000 Jugendliche an. Die Agitation für den Bund wurde in dem letzten Jahre leider durch die große Arbeitslosigkeit wesentlich gehemmt. Immerhin sind in den letzten Monaten wieder Fortschritte erzielt worden. Eine der wichtigsten Einrichtungen der Organisation bleibt die Unfallkasse. Sie mußte im Jahre 1927 in 477 Fällen einschreiten und Entschädigungen von rund 12.000 Mark zahlen. An sich sind die Unfälle in letzter Zeit zurückgegangen. Das Bundesgeschäftsbediente im Berichtsjahr 764 Vereine, die zusammen 3295 Bestellungen im Gesamtwert von 51.290 Mark aufgaben. Der technische Betrieb des Bundes ist ebenfalls im Aufsteigen begriffen. 1926 konnte ein Lehrgang mit 108 Teilnehmern in der Landesturnanstalt in Spandau durchgeführt werden. In diesem Jahre ist ein ähnlicher Kursus vorgesehen. Auch die Leistungsfähigkeit der Arbeiter-Athleten hat sich sehr gut entwickelt. Die Heber konnten z. B. eine Reihe internationaler Erfolge ausstellen. Die Ringer nahmen ebenfalls mehrfach Gelegenheit, Qualitätseisungen im Ausland zu zeigen. An ausländischen Mannschaften starteten in Deutschland 15; deutsche Arbeiter-Athleten starteten in der Schweiz, in Rußland und in Finnland. Die Wettstreite sind im übrigen wesentlich herabgesetzt worden. Mehr denn je wird gegenwärtig Zweidringnast betrieben. An der Olympiade in Prag war der Bund mit 10 Sportler und 3 Sportlerinnen beteiligt, die aus verschiedenen Wertungen reich hervorgingen. U. a. ergab auch der Länderkampf im Bogen gegen die Schweiz günstige Resultate; gegen die lettische Mannschaft war allerdings nicht aufzutreten. Rüstig soll der Boxsport im besonderen Maße sporttechnisch verfeinert werden. Auch die Sparte Ju-Jitsu bedarf noch einer besseren Organisation, wenn Vorteile erziehen sollen. Der Gedanke des Massenports soll jedoch nicht aufgegeben werden. Außerst gut entwickelt hat sich auch die Sparte der Artisten, die rund 1000 Anhänger zählt. Die verschiedenen Artistenwettstreite, darunter der Reichs-Artisten-Wettstreit in Berlin brachten allgemein gute Erfolge. — Die Verschmelzung mit dem Arbeiter-Turn- und -Sportbund ist angesichts der gegenwärtigen Verhältnisse vorläufig noch nicht geplant. Dem Bericht des Bundesvorsitzenden folgte eine längere Ansprache, an der sich mehr als 30 Redner beteiligten. Die Diskussion trug sehr oft stark politischen Charakter. Genosse Gellert vom Arbeiter-Turn- und Sportbund nahm deshalb ebenfalls das Wort. Er konnte trotz eines kommunikativen Einspruchs 15 Minuten über die vorgesehene Redezeit sprechen. In klarer und eingehender Weise bemühte er sich, die Meinungsverschiedenheiten zu bereinigen. An einwandfreiem Beweismaterial konnte Gellert u. a. niederträchtige Verleumdungen der kommunistischen Drahtzieher an Ort und Stelle zurückweisen. Die Verschmelzungsfrage müsse von innen heraus reifen. Vertikale Streitigkeiten seien den Bundesleitungen zu melden.

Wegau. Ein Raubakt. In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag wurde hier ein unglücklicher Raubakt verübt. Unbekannte idelten unserm Parteigenossen Schiebold nicht weniger als 30 Kaninchen. Die Täter haben den Tieren teilweise die Köpfe abgeschritten, wieder andere erschlagen. Nach Lage der Sache liegt bestimmt ein Raubakt vor. Vielleicht steht dieser Vorgang mit den Dingen, die sich in der Versammlung am Donnerstag abgespielt haben, in gewisser Verbindung. Bei der Beratung über die Neugründung der freien Gewerkschaftsjugend kam es zu stürmischen Auseinandersetzungen mit jugendlichen Kommunisten. Dieselben Jugend, die vor einiger Zeit beantragte, den Genossen Schiebold, der die Funktion eines Gewerkschaftsstellvertretenden ausübt, aus dem Verband auszuschließen, sich gegen Schiebold erneute Drohungen aus. Die Vernehmung der kommunistischen Jugend gegen Schiebold läßt fast den Schluss zu, daß die Täter des einspännigen geschickten Raubaktes vielleicht in jenen Elementen zu suchen sind, die planmäßig an der Zerschlagung der Institutionen der Arbeiterkraft wirken.

Spiegel, Sport, Körperpflege

Kampf um den Bund

Der Vorsitzende von „Fichte“, Berlin, als Sportfraktionsleiter. „Fichte“ ist der Drehpunkt der Berliner Opposition. Der Bundestag beauftragte den Bundesvorsitzenden, zu prüfen, ob eine weitere Mitgliedschaft des Fichtenschiedes Kirsch angängig ist. Auch in diesem Falle behauptete die KPD-Presse, das Anhaltungs-gungsmaterial beruhe auf Dichtungen und bewußt gefälschten Mitteilungen. Immer noch ist sie den Nachweis dafür schuldig. Da gegen sind wir in der Lage, Kirsch mit seinem eignen Schreiben die bundesgeschädigende Fraktionsmacherei nachzuweisen. Hier die Abstrift:

Wetter Genosse!
Am Donnerstag, 2. Februar, pünktlich um 20 Uhr (8), findet in der Anleihe, Inselstr. 2/5, unsere ständige Fichte-Fraktions-Sitzung statt, wozu von jeder Gruppe der Fraktionsobmann oder sein Stellvertreter erscheinen muß. Dazu gehören auch die Mitglieder des K. A., des Lohn-Zentral-Ausschusses und der Vereins-Funktions-Konferenz, soweit dieselben Parteigenossen sind. Ein Vertreter der B. L. (Nach dem KPD-Vertrag: Bezirksleitung, Neb. d. L. V.) ist zugegen. Erhalten Parteipflicht. Partei- und Gewerkschafts- sowie Bundesmitgliedsbuch ist neben dieser Einladung im Eingang abzugeben.
Fichte-Fraktionsleitung, J. A.: Kirsch.

Hier ist also der Vereinsvorsitzende zugleich der Fraktionsleiter und so der Einseitiger kommunistischer Parteiwünsche. Da nimmt es wirklich nicht Wunder, daß am 1. Mai beim Aufmarsch der Berliner Gewerkschaften die Kinder der 16. Fichtenteilung die Aufgabe der kommunistischen Kindergruppen durchzuführen hatten. Sie wurden im Auto an der Gewerkschaftsdemonstration vorbeigefahren und riefen im Sprechchor:

„Wer — hat — uns — verraten?
Die — Sozial — demo — traten!“

Nur ein Narr kann glauben, daß Leute, die das in den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiterportieren, die zu ihrer Partei stehen, eine ehrliche Einheitsfront begeben.
Wie sieht es denn eigentlich in dem revolutionären Verein Fichte mit der politischen Überzeugung der Mitglieder aus? Nach eignen Feststellungen der Vereinsleitung sind nur 9,2 Proz. KPD-Mitglieder und 2,4 Proz. Mitglieder der SPD, das Heer der „unabhängigen Revolutionäre“ befristet sich demnach auf 88,4 Prozent. Diese Feststellung ist vernichtend für die vielgepriesene revolutionäre Tradition von Fichte und die Arbeit der Fichtesektion im eignen Verein.

Ein verdienter „Fichte“ Berlin noch ausgesagt zu werden, daß es die Fichtewanderversparze ist, die in den vorderen Reihen der Opposition gegen den Bundesvorstand steht. Das sind die Leute, denen wegen ihrer organisationsfähigenden Umtriebe der Weg aus dem Touristenverein „Die Naturfreunde“ gewiesen wurde und die von der Fichtesektion mit offenen Armen aufgenommen wurden. Der Bundesvorstand war dabei stark auf seine neutrale Haltung bedacht und nahm um des lieben Friedens willen die Kudakseite in den Kauf. Das steht die Opposition nicht, für sie ist der Bundesvorstand die „reformistische verbotene SPD-Bureaokratie“.

Entscheidende Maßnahmen

Die Zentralkommission für Körperkultur und Arbeitersport tagte am 3. Juli in Leipzig und beschloß, nach eingehendem Bericht-erstattung die Auflösung der Sportkartelle in Berlin, Halle und Bezirkstarrel für den Regierungsbezirk Merseburg. Für Neubildung der Kartelle ist Sorge getragen. Mitglied der Kartelle können die Vereine und Ortsgruppen der JA werden, die keine Beziehungen zur KPD unterhalten und keine kommunistische Propaganda in ihren Reihen dulden. Vereine und Ortsgruppen, die in den alten Kartellen verbleiben oder an deren Veranstaltungen teilnehmen, an Beschüssen, Ausrufen usw. mitwirken, werden in die neuen Kartelle nicht aufgenommen und gehen aller Rechte, die sich aus der Zugehörigkeit zur Zentralkommission ergeben, verlustig. — Zur nächsten Sitzung der JA, die in der Bundeschule des Arbeiter-Turn- und -Sportbundes in Leipzig stattfindet, sollen zwecks Informierung der Tätigkeit der JA-Verbände behördliche Vertreter eingeladen werden. Dem Reichswehrministerium wird eine Erläuterung der Ziele der Zentralkommission zugehen, die beweisen soll, daß die Stellung des Reichswehrministeriums unter Dr. Gessler auf falschen Schlussfolgerungen aufgebaut war. — Zur Kenntnis genommen wurden die Vorarbeiten für die Sitzung des Internationalen Bureaus, das Anfang August in Brüssel tagt.

Sportkartell. Donnerstag, den 12. Juli, 19 Uhr, im Bundeshaus, Sitzung.

Gewerkschaftliche Anzeigen

Ortsausschuss des A. D. G. B. Leipzig
Volkshaus, Zeilher Straße 32, Fernruf 34021

Deutscher Verkehrsbund, Verwaltungsstelle Leipzig
Bureau: Zeilher Straße 32, II. Et., Zimmer 4245 — Geöffnet von 9-1 und 4-7 Uhr, Sonnabends 9-2 Uhr. — Telefon 34011, 34021, 32500.
Mittwoch, den 25. Juli, 19.30 Uhr, im Gartensaal des Volkshauses
außerordentl. Delegierten-Generalversammlung
Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Gewerkschafts-tagesakt, 2. Ausstellung eines Kandidaten, 3. Vortrag über das Thema: Die wirtschaftspolitischen Aufgaben der Gewerkschaften. Referent: Dr. Därtmeß, Berlin. Diskussion zu beiden Punkten. Die Ortsverwaltung.

FAMILIEN-NACHRICHTEN

Durch unermüdliche Arbeit ist es dem Touristen-Verein Die Naturfreunde Innsbruck (Tirol) gelungen, unsere innigstgeliebten Söhne und Brüder den Handlungsgehilfen **Gerhard Flor** Schriftsetzer **Karl Reiche** Mechaniker **Rudolf Schmidt** welche im Februar d. J. im Padasterjoch durch eine Lawine verschüttet wurden, zu bergen.

Nach erfolgter Einäscherung in München findet die Trauerfeier und Beisetzung der Urnen Sonnabend, den 14. Juli, nachmittags 2¹/₂ Uhr, auf dem Lindenauer Friedhof statt.

Leipzig-Lindenau, den 11. Juli 1928.

Die tieftrauernden Eltern, Geschwister u. Angehörigen.

Glaser-Krankenkasse

Sonnabend, den 14. Juli 1928, abends 7 Uhr, im Volkshaus
General-Versammlung
Tagesordnung: 1. Vorstands- und Kassenbericht 2. Neuwahl der Gesamtverwaltung
Zahlreiches Erscheinen erwünscht **Der Vorstand.**

Die Umschau

muss jeder Gebildete kennen. Sie ist die beste illustrierte, wöchentliche in Wissenschaft u. Technik. Probeheft 10 sendet kostenlos d. Verlag in Frankfurt a. Main, Niddastraße 81/83. Schreiben Sie noch heute eine Postkarte für 8 Pfennig

Unsere lieben Eltern

Wilhelm und Martha Bruchardt
die herzlichsten Glückwünsche zur Silber-Hochzeit
Rudi Bruchardt
Ella Reinhardt

für die überaus zahlreich und herzlich erzielene Teilnahme in Wort und Schrift und für das letzte ehrende Geleit bei unserem 10 jährigen dem Leben gerissenen guten unvergleichlichen Sohne
Rudi Schlieder
genannt Meißgeler
lagen wir hiermit allen unseren aufrichtigsten Dank,
Leipzig, N 22, Briefstr. 8, 11. Juli.
Familie Gustav Meißgeler
nobst Hinterbliebenen